

Maifeier im Junkerparlament.

Als zielbewusste Verfechter des Gedankens der völligen Arbeit, soweit die herrschenden Klassen in Betracht kommen, hat die übergroße Mehrzahl der Mitglieder der preussischen Deputierten ihre Programmpunkte in die Tat umgesetzt und ist am Freitag, den 1. Mai, der Sitzung ferngeblieben. Und das Vorkind, das sich eingetragener parlamentarischer Pflichten in der Prinz-Albrecht-Straße eingefunden hatte, demonstrierte seinerseits für den Achtstundentag, indem es die Verhandlungsdauer auf rund acht Stunden ausdehnte. Dieser Unfug, der im Abgeordnetenhaus eingetragenen ist, ist selbst dieses Parlaments unwürdig. Einstimmig hat das Haus vor einiger Zeit die Regierung um frühere Einderufung des Landtags gebeten, die Regierung aber hat sich nicht daran gehalten und wieder den verfassungsmäßig spätesten Termin für den Zusammentritt gewählt. Und das, obwohl sie vorher dem Etat eine Reihe umfangreicher Gesetzesvorlagen eingebracht hat, deren Beratung ungewöhnlich lange Zeit in Anspruch nimmt. Schon die „normalen“ Sitzungen pflegen sich jetzt so auszudehnen, daß es keinem Menschen möglich ist, den Verhandlungen mit der nötigen Aufmerksamkeit zu folgen. Die Abgeordneten, noch mehr aber die Beamten des Hauses und vor allem die Vertreter der Presse werden über alle Maßen angekrengelt, die Debatten selbst sind nur noch eine Farce. Und das allerstündlichste ist, daß die Mehrheitsparteien, an deren Widerspruch eine Begrenzung der Sitzungen auf ein vernünftiges Maß zu scheitern pflegt, selbst nur in ganz geringer Zahl anwesend sind. Die Bänke der Rechten und des Zentrums sind so gut wie leer, nur hier und da sieht man ein Mitglied sein Mittagsgeschäft halten. Die Abgeordneten, die es mit der Erfüllung ihrer Pflicht ernstnehmen, werden durch eine grenzenlose Ausschüttung ihrer Arbeitskraft bestraft. Ein 12 stündiger Arbeitstag ist für die Mitglieder des Hauses, die gleichzeitig Kommissionen angehören, die Regel geworden. Und das alles, weil die Herren von der Regierung sich nicht bequemen, den Landtag zeitig einzuberufen. Lächelt sich das Haus das gefallen, dann freilich ist es einer solchen Behandlung wert.

Die Debatte selbst, die sich auf das Universalitätswesen bezog, zeichnete sich wieder durch die Tendenz aus, die Universalitäten noch mehr als es heute schon der Fall ist, in den Dienst der Interessen der herrschenden Klassen zu stellen. Eine freie Wissenschaft gibt es in Preußen nicht mehr, an ihre Stelle ist schon längst die königliche preussische Wissenschaft getreten, die ihr Gepräge von einem reaktionären Ministerium empfängt und nur das zu lehren dichtet, was oben genehm ist. Aber das geht den Dunkelmännern im Junkerparlament noch nicht weit genug. Es genügt ihnen nicht, daß Lehrer wegen ihrer politischen Anschauungen aus ihren Ämtern entfernt, daß Lehrstühle nur mit Vertretern einer bestimmten wissenschaftlichen Richtung besetzt werden, ihr Streben ist darauf gerichtet, die freie Forschung völlig zu frachten, und sie sind entschlossen, nicht eher zu ruhen, als bis die Wissenschaft zur dienenden Magd entwürdigt ist. Dies Verhalten der herrschenden Kreise stellt Genosse Dieblin recht gebührend an den Pranger; gleichzeitig trat er in seiner Rede warm für das Frauenstudium ein und kritisierte abfällig das Vorgehen der Universitätsbehörden gegen Ausländer, das sich im Grunde genommen nur gegen die russischen Studenten richtet.

Eine längere Diskussion riefen einige Anträge hervor, die sich auf die Frankfurter Universität beziehen und die Errichtung einer theologischen Universität wünschen. Die Konserativen wollen dafür staatliche Mittel bewilligt haben, offenbar in der Absicht, den Einfluß der Regierung zu vermehren. Die Rationalisten dagegen fordern die Errichtung der theologischen Fakultät ohne Staatsmittel. Beide Anträge, zu denen zu sprechen unserm Vertreter durch einen Schlußantrag die Möglichkeit genommen wurde, gingen an die Budgetkommission. Das gleiche Schicksal widerfuhr Anträgen, die die Pflege der Auslandswissenschaften betreffen.

Am Sonnabend feste das Abgeordnetenhaus die Beratung des Kultusrats fort und beendete zunächst das Kapitel Universitäten. Die Debatte war, obwohl nur noch lokale Fragen erörtert werden durften, doch von großer Bedeutung. Zeigte sie doch, daß das Bestreben, wenn auch nicht die Wissenschaft so doch wissenschaftliche Institute Klasseninteressen dienstbar zu machen, selbst in fortschrittlichen Kreisen Sympathien begegnet. Genosse Braun brachte das Verhalten der Direktoren der Universitätskliniken in Königsberg anlässlich des letzten Kertzeirkreis zur Sprache. Die Kertze haben dort, da es zu keiner Einigung mit den Klassen kam, ihre Tätigkeit für die Klassen kurzer Hand eingestellt. Aber nicht genug damit, haben sie die Direktoren der Universitätskliniken benommen, ein gleiches zu tun und Klassenmitglieder nicht mehr zu behandeln. Nach diesem geradezu haarsträubenden Mißbrauch der aus allgemeinen Mitteln unterhaltenen Universitätsanstalten, die übrigens auch vom Minister gebilligt war, erhebt ein Verteidiger in der Person des „Fortschrittlers“ Dr. Mugdan, der es in echt telegraphischer Spitzfindigkeit so darzustellen suchte, als ob die Sozialdemokraten verlangen, daß die Universitätskliniken zugunsten der streikenden Kertze Streikarbeit verrichten sollen. Dieser seltsame Schuttpatron der streikenden Kertze wurde in glänzender Weise durch den Genossen Braun abgeführt, und als er an dieser einen Abfuhr noch nicht genug hatte, brachte ihn Genosse Hue durch ein paar kurze, aber treffende Bemerkungen vollends zur Strecke.

Interessant waren auch die Ausführungen unseres Genossen Hartmann über die Mahregelung von Greifswalder Studenten, die es gewagt hatten, gegen den Alkoholmißbrauch zu agitieren. Mit Recht zog er aus diesem Vorgang den Schluß von der Unhaltbarkeit des heutigen Universalitätsrechts.

Nach Ueberweisung einiger Anträge auf Errichtung von Lehrstühlen an die Unterrichtscommission begann das Haus die Beratung des Kapitels „Höheres Schulwesen“, vertagte aber die Debatte bald auf Montag.

Politische Uebersicht.

Kleine Vorlagen im Reichstage.

Die Freitagssitzung des Reichstags war einer Reihe kleiner Vorlagen gewidmet, von denen indessen eine, das internationale Abkommen, das aus der Litanie katastrophe hervorgegangen ist, eine längere Erörterung bracht. Die anderen Vorlagen über statistische Aufnahmen der Vorräte an Getreide und Mülerei-Erzeugnisse und über Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen wurden beide debattelos in allen Lesungen erledigt.

Die Aussprache über den internationalen Vertrag, der den Schutz des menschlichen Lebens auf See erhöhen will, war schon Tags zuvor begonnen worden. Man erinnert sich, daß Genosse Schumann die Seeverkehrsgenossenschaft lebhaft kritisiert und eine wirksame Kontrolle durch Errichtung eines besonderen Aufsichtsamtes verlangt hatte. Diese Kritik war sowohl der Regierung wie den bürgerlichen Parteien stark auf die Nerven gefallen, und in vollendeter Eintracht erhoben sich nacheinander die Herren vom Regierungstisch und aus

dem Hause, um die Vortrefflichkeit der Verbandsgenossenschaft und die Uneigennützigkeit der Keeser zu bezeugen.

Ministerialdirektor von Zoueguières machte den Anfang. Der Reihe nach folgten ihm Herr Dr. Pfeleger vom Zentrum, Herr Passermann, Graf Westarp, Dr. Gelscher, Dr. Arendt und so weiter. Am eifrigsten war Herr Dr. Gelscher. Natürlich! Es war eine ausgezeichnete Gelegenheit zur Betätigung all der Eigenschaften, die ihn einst zum Blodjüngling befähigten. Außerdem ist er Direktor bei Herrn Bollin. Und zwar der sozialpolitischen Abteilung der Hamburg-Amerika-Linie! Es war also ganz in der Ordnung, daß er besonders feurig in der Abwehr gegen Schumann war.

Unvorsichtig aber war ein Wabell an das Zeugnis des Genossen Stolten. Der Nachfolger Vebels im Reichstag antwortete ihm alsbald in einer sehr sachkundigen und aufmerksam angehörten Rede, daß er sich in völliger sachlicher Uebereinstimmung mit Schumann befinde. Und da Herr Dr. Gelscher sich so sehr über den Ton in Schumanns Rede entrüstet hatte, war Stolten hohhaft genug, ihm, der einst revolutionären Sturm und Drang poetisch umgekehrt hat, lächelnd zu sagen, daß der Ausdruck immer Sache des Temperaments ist.

Auch Schumann selbst ließ sich von seiner Verworfenheit nicht überzeugen. Er stellte noch einmal in aller Präzision seinen Standpunkt fest.

Der Vertrag selbst wurde einstimmig in drei Lesungen verabschiedet.

Die Sonnabend Sitzung war dem Buchmacher-gesetz gewidmet. Das Lotteriespiel ist in Deutschland längst eine amtlich geschützte und organisierte Einrichtung. Die Finanznot hat jetzt die Regierung dazu gedrängt, das Wettspiel bei Pferderennen in engeren gesetzlichen Rahmen zu fassen; die Buchmacher, die bisher mehr oder weniger geheim solche Wetten annehmen, sollen nach der Vorlage besonders konfessionierte Persönlichkeiten werden. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, der — nach der Erledigung einiger Rechnungssachen und zahlreicher Petitionen — seinen Entwurf begründete, behauptete zwar, die Regierung wolle nichts davon wissen, daß der Grundsat non olet in das Staatsleben offizielle Aufnahme finde. Aber sein durchschlagendes Argument war doch die Bemerkung, daß das neue Gesetz Erträgnisse in Höhe von 10 bis 12 Millionen Mark haben werde. Daneben kann man freilich anerkennen, daß die Konfessionierung der Buchmacher die weitere Ausdehnung des Rennwetters in die breitesten Volkskreise hindern werde, schon dadurch, daß sie die Zahl der Gelegenheiten verringert. Darauf wies namentlich Genosse Frauf hin, der gerade diese sozialpolitische Wirkung des neuen Gesetzes unterstrich. Die Redner sämtlicher Fraktionen erklärten sich mit dem Gedankengang des Entwurfes einverstanden, bis auf den Polen Seyda, der prinzipielle Bedenken äußerte und auf Herrn Dr. Arendt, der die warnende Stimme seiner rettenden Sittlichkeit erhob.

Die Vorlage wurde schließlich an eine Spezialkommission überwiesen.

Am Montag beginnt die zweite Lesung der Konkurrenzklausei-Vorlage.

Die zurückgepiffene clerikale Meute.

Die Zentrumstafel halten es für angebracht, noch deutlicher als bisher zu verkünden, daß die Zentrumspartei als solche nichts mit den von verschiedenen Zentrumsbüchern veröffentlichten Kaiserbriefabschlüssen zu tun haben will und jede Verantwortung dafür ablehnt. Nachdem jüngst von dem klerikalen Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, dem Geheimrat Dr. Vorsch, die Verbreiter der gefälschten Stellen glatt abgeschüttelt worden sind, kommen nun auf Befehl der Zentrumseitung auch noch die Herren Erzberger und Jäger selbst und bestätigen, daß sie vorgeklunfert haben. Abgeordneter Erzberger versichert in einer längeren Erklärung:

„Auf Grund bester Informationen, die nicht von Regierungsseite erfolgten, kann ich mich den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Vorsch anschließen und erklären, der Kaiserbrief enthält nichts, was für einen Katholiken beleidigend wäre. Mit keiner Silbe ist in ihm unsere Kirche erwähnt oder gar eine Beschäftigung gegen dieselbe enthalten. Die „Nord. Allg. Ztg.“ hat ganz richtig berichtet nach amtlichen Mitteilungen, denen eine genaue Abschrift des Briefes zugrunde lag. . . . Allen diesen Darlegungen entgegengesetzte „gute und beste“ Informationen, mögen sie auch seit Jahren umlaufen oder schon vor Jahren unwiderprochen veröffentlicht worden sein, müssen als falsch und unzutreffend bezeichnet werden. Dies festzustellen gebietet die historische Wahrheit und die Gerechtigkeit gegenüber dem Kaiser sowie gegenüber der Frau Landgräfin von Hessen.“

Nach weit demütigerer Leistung der Zentrumsabgeordnete Dr. Eugen Jäger wegen seines in der „Allgem. Rundschau“ erschienenen Geharrtels Abbitte. Er erklärt:

„Der Wahrheit gemäß muß ich feststellen, daß die ganze Angelegenheit mit der Zentrumspresse und Zentrumspartei als solcher nichts zu tun hat. Die Andeutung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wurde nur vom „Kathener Volksfreund“ und meiner Wenigkeit (in der „Allgemeinen Rundschau“ in München) aufgegriffen. Sonst hat sich die Zentrumspresse nur berichtend und höchst rückhaltend, vielfach sogar ablehnend verhalten. Von den Abgeordneten der Partei ist einzig meine Persönlichkeit engagiert und selbstverständlich auf eigene Rechnung und Gefahr.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat das, was der „Kathener Volksfreund“ und die „Allgemeine Rundschau“ über den angeblichen Inhalt des Kaiserbriefes sagte, demontiert mit den Worten, daß der Brief keinerlei Ausdruck irgendwelcher Art über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken und die Stellung des Kaisers zu ihnen enthält. Alle gegenteiligen, in der Presse verbreiteten Angaben sind aus der Luft gegriffen. Damit waren meine Mitteilungen in Nr. 13 der „Allgemeinen Rundschau“, soweit sie den Kaiserbrief betrafen, als unrichtig erklärt. . . . Auch mir sind inzwischen von der ersten hier zuständigen Seite Mitteilungen geworden, die das bestätigen, was die beiden obengenannten Herren (Kultusminister Trost und Abg. Vorsch) über den Inhalt des Kaiserbriefes sagten. Ich darf meinem Gewissensmann vollen Glauben schenken und darf nun ebenfalls erklären, daß der Kaiserbrief nichts enthält, was für einen Katholiken beleidigend wäre, daß er mit keiner Silbe die katholische Kirche erwähnt und auch keine Beschäftigung gegen dieselbe enthält.“

Die Selbstankündigung des Reichstagsabgeordneten Dr. Jäger ist gründlich. Sie dürfte jedoch den gewünschten Erfolg für die Zentrumsparteileitung nicht haben, da der „Kathener Volksfreund“, der zugleich mit Dr. Jäger den gefälschten Brief auspielte, nicht die gleiche Selbstüberwindung an den Tag

legt. Gegenüber den Erklärungen des Abg. Vorsch im preussischen Landtage versichert das Kathener Zentrumsbüchlein, daß der falsche Kaiserbrief schon vor 6 Jahren in Zentrumskreisen allgemein bekannt war. Das jetzt abzustreiten, sei ein ganz nutzloses Beginnen. Wörtlich erzählt der „Kathener Volksfreund“:

„Als der „Volksfreund“ die Angelegenheit zur Sprache brachte, fiel man von allen Seiten mit Sennermeine aus den Türen; sogar der unfrivole Satz wurde bestätigt; so im „Bayerischen Kurier“ Nr. 88, im „Badischen Beobachter“ Nr. 82, in der „Augsburger Postzeitung“ Nr. 135 und in der „Korrespondenz Erzberger“. Es handelt sich also nicht um den etwa hofierten „Volksfreund“ und um die „Allgemeine Rundschau“, wie jetzt die Dialektik feststellen möchte.“

Gegenüber dieser interessanten Feststellung wird auch das Geschwätz Erzbergers nichts nützen. Es bleibt bestehen, daß in Zentrumskreisen bereits seit Jahren hinter den Kulissen mit dem gefälschten Kaiserbrief operiert und Stimmungsmache betrieben worden ist, und daß das jetzige Hervorholen des Briefes nur erfolgte, um die Regierung zur völligen Aufhebung des Jesuitengesetzes zu zwingen. Nachdem der Versuch mißglückt ist, wird nun freilich die Meute zurückgepiffen, und die Herren Erzberger und Jäger müssen sogar an sich selbst ein Art Harikiri vollziehen.

1200 Millionen Wehrbeitrag.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ teilen anscheinend offiziell mit, daß sich die Erträgnisse des Wehrbeitrags erst im Spätsommer endgültig feststellen lassen würden, immerhin ließen die aus einer Reihe von Großstädten und Landkreisen bisher bekanntgewordenen Ziffern der vorausgeschätzten Wehrbeitrageinnahme einen einigermaßen zuverlässigen Schluß wenigstens insoweit zu, als mit einem Ueberschuß in Höhe von mindestens 200 Millionen Mark über die ursprüngliche Ertrags-schätzung von 1000 Millionen Mark hinausgerechnet werden dürfte, wobei auch ein Abzug von 5 Proz. für nichteingehende oder zurückzahlende Beträge in Ansatz gebracht sei. Auf Grund dieser Annahme, zu der sich die Reichsfinanzverwaltung bekennt, würden sich für die Bewältigung der Finanzlage des Reiches während der Geltungsdauer des Wehrbeitragsgesetzes günstige Aussichten eröffnen. Von der Höhe des Betrages, um den die für den Bezugsbedarf des Wehrgesetzes erforderliche Summe schließlich überschritten wird, würde es natürlich abhängen, ob und in welchem Maße eine Kürzung der letzten Rate des Wehrbeitrags Maß greifen kann.

Man wird schon dafür sorgen, daß der Ueberschuß von 200 Millionen Mark durch „Ueberschreitungen“ des Voranschlags aufgebraucht wird — wenn nicht etwa mittlerweile eine neue Militärvorlage kommt, die den Ueberschuß auffrischt.

Ein Mißtrauensvotum für den sächsischen Polizeiminister.

Am Donnerstag fand im sächsischen Landtage der Etat des Ministeriums des Innern zur Beratung. Die sozialdemokratische Fraktion reichte mit dem Grafen Wiskum, dem Minister des Innern, wegen seiner Nichtbetätigung gewählter sozialdemokratischer Gemeindevorsteher ab. Regelmäßig werden in Sachsen Sozialdemokraten, auch wenn sie nur zu Gemeindevorständen gewählt worden sind, nicht betätigt, selbst wenn sie wiederholt gewählt worden sind. Dieses Verfahren hatte die Regierung bei der Staatsberatung mit der Redensart begründet, die Sozialdemokratie sei staatsfeindlich. Solche Maßregelung wegen politischer Gesinnung kennzeichnete bei der Beratung des Ministeriums des Innern Genosse Fleißner als verfassungswidrig und kündigte an, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung über das zur Beratung stehende Gehalt des Ministers zum Ausdruck bringen würden, daß der Minister das Vertrauen der Bevölkerung nicht besitze.

Der Minister erwiderte darauf, die Bestätigung werde nicht der sozialdemokratischen Gesinnung wegen verweigert, wohl aber dann, wenn sich die Gewählten offen zur Sozialdemokratie bekennen. Man könne nicht verlangen, daß die Vertreter einer Partei, die bei jeder Gelegenheit die Revolution herbeizuziehen und auch die Vorkämpfer von 1848 feiere, in Ämtern betätigt würden, mit denen polizeiliche Befugnisse verbunden seien.

Diese Erklärung beantworteten unsere Genossen damit, daß sie zunächst getrennte Abstimmung über das Gehalt des Ministers forderten und schließlich dieses geschlossen ablehnten. Das ist selber im sächsischen Landtage noch nicht vorgekommen. Der Minister machte denn auch ein recht verduhtes Gesicht.

Leider war vorher eine umfassende Generalabrechnung mit dem Minister nicht möglich, weil die Gegner durch einen Gewaltstreich der Debatte vorgezogen ein Ende machten, indem sie einen Schlußantrag durchdrückten, wodurch drei sozialdemokratische Redner, die besonders noch die Handhabung des Vereinsrechts in Sachsen beleuchteten wollten, ums Wort kamen.

Der Gewaltstreich wird jedoch die gewünschte Wirkung nicht haben; denn bereits am Freitagvormittag hat die sozialdemokratische Fraktion drei Interpellationen eingebracht, die sich auf die Handhabung des Vereinsrechts, den Bauarbeiterlohn und die Unfallversicherung im Allgemeinen beziehen. Auf diese Weise ist die Möglichkeit gegeben, trotzdem zu sagen, was insofern Rundtotmachung unserer Fraktion zum Etat nicht gesagt werden konnte. Unsere Genossen wollen ferner Vorfragen treffen, um weiteren bedauerlichen Ueberrumpelungen vorzubeugen.

Abänderung des württembergischen Gemeindesteuerechts.

Die württembergische Erste Kammer hat Freitag das Gesetz über die Abänderung der Besteuerungsrechte der Gemeinden und der amtlichen Körperkassen in der Form der Vermittlungsvorschläge der Zweiten Kammer angenommen, nach denen das Existenzminimum fallen gelassen wird. Danach ist es also den Gemeinden möglich, vom 1. April 1914 ab Zuschläge zur staatlichen Einkommensteuer bis 75 Proz. der staatlich veranlagten Höhe zu erheben, gegen 50 Proz. nach dem bisherigen Recht.

Zur Kündigung Jastrow's.

Als die Kellerten der Kaufmannschaft ihren früheren volkswirtschaftlichen Vorkat, ersten Rektor und Professor der Handelshochschule Jastrow das nicht ein Wort der Anerkennung enthaltende Kündigungs schreiben durch einen Gerichtsvollzieher überbringen ließen, haben sie sich wohl nicht vorgestellt, daß die Kaufmännische Art ihres Vorgehens so viel Staub aufwirbeln würde. Die Presse aller bürgerlichen Parteien nimmt gegen die Abhängigkeit Jastrow's Stellung. Dozenten und Studenten der Handelshochschule drohen mit dem Streik. Der Reichstagspräsident und Vorsitzende der Kellerten Dr. Kaempf muß nun dafür seine Reife zur Befähigung des Hopag-Dampfers „Bairerland“ aufgeben und mit den „Kuffässigen“ verhandeln. Die Ursache der

Öffentliche politische Versammlungen.

Öffentl. Volksversammlung

am Montag, den 4. Mai,

Anfang pünktlich 8 Uhr,

in Obiglos Festsälen, Koppenstraße 29.

Tagesordnung:

Aus russischen Kerkern.

Ein Hilferuf!

Die Leiden der politischen Gefangenen Rußlands.

Vortrag des Schriftstellers Ulrich Rauscher mit erläuternden Lichtbildern.

Der Ueberschuß wird dem Deutschen Hilfsverein für die politischen Gefangenen Rußlands zugewendet.

Es wird Sorge getroffen werden, daß eine Ueberfüllung vermieden wird und jeder Karteninhaber Einlaß findet. Genossen, die im Besitz einer Karte sind, die zu dem Vortrage am Dienstag, den 28. April, berechtigte, von derselben aber leider infolge der Ueberfüllung keinen Gebrauch machen konnten, wollen diese Karte in einer der folgenden Verkaufsstellen gegen eine neue Karte umtauschen:

- Zigarrengeschäft Schröder, Hagenbergstraße 54/55.
- Zigarrengeschäft Gorch, Engelauer 15.
- Zigarrengeschäft Baumann, Rungestraße 30.
- Bureau des 4. Wahlkreises, Strolauer Platz 10/11. Von 9-1 und 5-7 Uhr.
- "Vorwärts"-Expedition, Petersburger Platz 4.
- Zigarrengeschäft Schneider, Inselstraße 80.
- Rekreation Diefeler, Brunnenstraße 150, im Hof.
- Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstraße 71. Von 9-1 und 5-7 Uhr.
- Rekreation von Paersch, Oldenburger Straße 10.

Der Einberufer: Eugen Ernst, Lindenstraße 2.

Erster und dritter Wahlkreis.

Dienstag, den 5. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung

in den Corona-Prachtsälen, Kommandantenstr. 72.

Tagesordnung:

1. Ist Kinderschutz Kulturarbeit?

Referentin: Genossin Emma Döltz.

2. Diskussion.

Die Einberuferin: Martha Schröder, Ritterstr. 56.

Fünfter Wahlkreis.

Dienstag, den 5. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung

in den Berliner Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Tagesordnung:

1. Ist Kinderschutz Kulturarbeit?

Referentin: Genossin Elfriede Ryneck.

2. Diskussion.

Die Einberuferin: Röschen Wollstein, Siegmundstr. 5.

Zweiter Wahlkreis.

Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche Volksversammlung

in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.

Tagesordnung:

1. Ist Kinderschutz Kulturarbeit?

Referentin: Genossin Luise Zietz.

2. Diskussion.

Der Einberufer: Heinrich Schröder, Hagenbergstr. 53/54.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Vier öffentl. politische Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.
- Germania-Säle, Chausseestraße 110.
- Kastanienwäldchen (Inhaber Walter) Badstr. 15/16.
- Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47.

Tagesordnung:

- Auf zum Kampf gegen Kapitalismus und Militarismus.
- Diskussion. Referenten: Reichstagsabgeordneter Georg Ledebour und Dr. Karl Liebknecht, Landtagsabgeordneter Heinrich Ströbel und Stadtverordneter Dr. Kurt Rosenfeld.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint in Massen.

Für die Einberufer: Friedrich Staffler, Pantstr. 65.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Reichstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787.

Filiale Berlin.

Arbeitsnachweis: Hermannstraße 13 Fernsprecher: Amt Norden 3791-97

Dienstag, den 5. Mai 1914, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Versammlung

der Maler, Lackierer und Anstreicher Berlins und der Vororte.

Tagesordnung:

Der Widerstand der Unternehmer gegen die soziale und kulturelle Besserstellung unserer Berufskollegen.

Referent: Kollege J. Zimmermann, Frankfurt a. M.

Wir ersuchen die Kollegen, für diese Versammlung rege zu agitieren.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Außerordent. Generalversammlung

Tagesordnung:

Bericht über die Maifeier und Stellungnahme hierzu.

Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Ordentliche Generalversammlung

Anträge hierzu müssen bis zum 6. Mai an das Bureau eingereicht werden.

Die Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen fallen für diesen Monat aus.

Sargtischler.

Dienstag, den 5. Mai 1914, abends 7 1/2 Uhr, bei Michaltfel, Petersburger Str. 84:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jeder Betrieb muß vertreten sein.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 165.

Montag, den 4. Mai, abends 6 Uhr:

Große Versammlung

der Metallarbeiter u. Polierer Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tagesordnung:

- Vortrag über: "Die Reichsversicherungsordnung". Referent: Kollege Hartmann.
- Diskussion.
- Branchenangelegenheiten.
- Beschließend.

Kollegen! Da unter Punkt 3 der Tagesordnung wichtige Angelegenheiten zu erledigen sind, ist das Erscheinen jedes einzelnen notwendig. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, da von 8 1/2 Uhr der Saal anderweitig vermietet ist.

Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter!

Heute Sonntag, den 3. Mai, vorm. 9 1/2 Uhr:

Versammlungen beider Sektionen

in der Philharmonie, Köpenicker Straße 95-96.

Tagesordnung:

Stellungnahme und Beschlusfassung über das bisherige Verhandlungsergebnis.

Kein Kollege darf fehlen.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands

Achtung! Ballschuhmacher Berlins.

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

- Die gegenwärtige Situation in der Ballschuhbranche und die bevorstehende Lohnbewegung.
- Beschließend.

Kollegen! Jeder einzelne hat in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

Donnerstag, den 7. Mai 1914

Stichwahl der Delegierten zum Verbandstage in Hamburg statt.

Stimmzettel sind in den Wahllokalen zu haben. Zu wählen ist ein Delegierter. Stimmzettel, die mehr Namen enthalten, sind ungültig. Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Wahlteilnahme wird im Mitgliedsbuch vermerkt. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Steindrucker u. Lithographen zu Berlin.

Bei einer Neuwahlung der Wahlberechtigten für den Ausschuss zur Kasse hat sich ergeben, daß die Liste I 36 und die Liste II vier Vertreter erhalten hat. Dies hat zur Folge, daß Herr Ernst Raab auf Liste I als gewählt gilt, während Herr Emil Schmidt von Liste II zurücktreten muß.

Der Vorstand: 273/5 M. Stuhlmann, Vorsitzender.

Allgemeine Orts-Krankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.

In der Vorstandswahl vom 29. April 1914 sind gewählt worden: Der Lagerverwalter Fritz Krufo als erster Vorsitzender, der Malermeister Franz Johns als erster Schriftführer, der Buchdrucker Otto Bräuner als zweiter Schriftführer. Als stellvertretender Vorsitzender amtiert der Buchbindermeister H. Böller. Berlin-Schöneberg, 30. April 1914. Der Vorsitzende: F. Krakow.

Staubmäntel

und Sportjackett in neuesten Formen 750 1050 1500 2250

Kostüme in Frack u. prima Wollstoffen. eleg. Ausführung. 1250 1750 2500 3800

Seidenmäntel und Jackett enorm billig. Sonntag 9-10 geöffnet

H. Heymann

Engros- und Einzelverkauf Gontardstr. 5, I. Etage Ecke Königstraße direkt am Bahnhof Alexanderplatz

Monats-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verleihen), Frühjahrsbaletois sowie v. Kasackieren getragene, fast neue Sachen (a. S. e. b. e.), jed. Figur pass. in größter Auswahl z. unübertroffen billigen Preisen. 1 Tr., bed. bald billiger wie im Laden. Wassortor-, straße 12/13 1

Rester-Handlung.

Twil-Kammgarn, Celolés, blau und farbig... Motor 2,50 an Mod. Kostüm- u. Rockstoffe, 1,90 breit... 1,95 Mäntel, Kleider- und Blusen- u. doppeltr. 3,50 Moires-Charmeuse... 3,50 Reste zu Herren- und Knaben-Anzügen spottbillig.

Konfektion

Gelegenheitskäufe: Moires- und Seiden-Mäntel... 18,50 an Kostüme... große 15,50 Röcke... Auswahl 3,50 Kindermäntel sehr billig. Gediegene Maßanfertigung.

Paul Karle, Warschauer Straße 18.

Verein für Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse

Montag, 4. Mai, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Kellers Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96/97.
 Vortrag: „Volkswirtschaft und Volksgesundheit.“
 Referent: Fräulein Dr. Dygobinski.
 Gäste willkommen. 52/10
 Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Filiale Groß-Berlin.
 Heute: Sonntag, den 3. Mai, mittags 12 Uhr, bei Knörig, N. d. Straßener Brücke 3 (Nähe Bahnh. Zimmowitzer).
Versammlung
 für den
Außenbetrieb der Berliner Wasserwerke.

Tagesordnung:
 Die Verhandlungen über die plötzlichen Entlassungen in den Außenkolonnen (Magerviehof und Biesdorf).
 Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler u. Portefeuller

Ortsverwaltung Berlin.
 Mittwoch, den 6. Mai 1914, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im großen Festsaal der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96-97:
Außerordentliche Versammlung
 aller im Sattler- u. Portefeullergewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.
 Tagesordnung:
„25 Jahre Sattler-Organisation.“
 Referent: Reichstagsabgeordneter Eduard Bernheim.
 Da alle turnusmäßigen Branchenversammlungen zugunsten dieser Versammlung ausfallen, so wird das vollzählige Erscheinen aller Berufsangehörigen erwartet.
 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Aerzterverein

Mittwoch, den 6. Mai 1914, abends 9 Uhr pünktlich:
Sitzung
 im Weihenstephan-Palast, Berlin W 8, Friedrichstr. 176/177 I.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn Simon Rahenstein: „Arzt und Sozialismus.“ — 2. Diskussion. — 3. Vereisungsangelegenheiten (Eintrag 660/13 ufm.).
 Gäste willkommen.
 J. K.: Dr. Simmel-Baumschulenweg.
 19015

Deutscher Arbeiter-Wanderbund

„Die Naturfreunde“.
 Ortsgruppe Berlin.
Pfingsten 1914
Billige 3täg. Gesellschaftsfahrten
 nach der
Insel Rügen
 und in die
Sächsische Schweiz.

Rügen. Steint, Göttern a. R., Sins, Dampferfahrt nach Sahnitz, Stubbenlamm, Königsstuhl, Dampferfahrt an der Kreideküste entlang nach Sahnitz, Heringsdorf, Steint.
 Teilnehmerkarte 20 M. (einschl. Eisenbahn- und Dampferfahrten, Logis mit Frühstück und zweimal Warmbadbesuchen).
 Kustant erstelt Georg Krümer, Berlin N. 58, Brunnenstr. 180.
 Vorderer sächsische Schweiz. Wehlen, Postel, Lichtensteiner Wasserfall, Buschmühle, Brechtshof, Edmundsklamm, Herrnschreychen, Dampferfahrt auf der Elbe nach Pirna.
 Hinterer sächsische Schweiz. Pirna, Dampferfahrt auf der Elbe nach Herrnschreychen, Edmundsklamm, Hörsenleipen Raubschloß, Dittersbach, Ob. Schlenke, Rhaatal, Sahnitz.
 Teilnehmerkarte 20 M. (einschl. Eisenbahn-, Dampfer-, Boot- und Ueberfahrten, Logis mit Frühstück und zweimal Warmbadbesuchen).
 Kustant erstelt Hugo Sinn, Berlin N. 30, Eptiner Str. 30.
Schluss der Kartenabgabe am 20. Mai.
 Ausführliche Programme und Teilnehmerkarten sind zu haben bei Schie, Bahnh. 19, Anse, Rarientenstr. 11, Blantenstein, Schildingstr. 17/18. 1/6

Allgemeine Ortskrankenkasse für Berlin-Lichterfelde.

Nachdem die Vorstandswahlen für gültig anerkannt worden sind, setzt sich der Vorstand nunmehr wie folgt zusammen:
 1. Vorsitzender **Hans Fischer** (Arbeitgeber).
 2. **Oberfeuermann Gustav Tisch** (Arbeitnehmer).
 1. Schriftführer **Klempner Reinhold Wodrak** (Arbeitnehmer).
 2. **Schmelzer Frida Kaeft** (Arbeitnehmer).
 Beisitzer **Uhrmacher Max Vengensfeld** (Arbeitgeber).
 • **Direktor Ernst Krödel** (Arbeitgeber).
 • **Maurer Karl Gummert** (Arbeitnehmer).
 • **Dachbeder Georg Lomanisch** (Arbeitnehmer).
 • **Gärtner Josef Gahn** (Arbeitnehmer).
 Berlin-Lichterfelde, den 2. Mai 1914. 278/8
 Der Vorstand.
 Hans Fischer, Vorsitzender. Reinhold Wodrak, Schriftführer.

Aufruf!

an alle, die sich mit kleinem Einkommen stets gut und modern kleiden wollen. **Überzeugen Sie sich**, daß die seit 26 Jahren als reell bekannte Firma des Schneidemeisters **A. Ringel** in jedem Gelegenhait bietet, sich mit **reeller, fertiger Garderobe** für billiges Geld zu versehen.
Anzüge, Paletots, Ulster 22.-, 25.-, 28.-, 33.- M.
Extra-Anfertigung 36.-, 39.-, 44.-, 49.- M.
Abonnement und Verleihung sämtlicher Herren-Bekleidung. Verliehen gewasene Garderobe und Modelle, von Maßschneidern gearbeitet, werden billigst abgegeben.
A. Ringel, Schneidermeister, Chausseestr. 31.
 Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reußk. Für den

Todes-Anzeigen

Am 29. April verstarb nach schwerem Krankenlager unser hochverehrter Rentant Herr
Adolf Stahlknecht
 im 64. Lebensjahre. 278/8
 Der Verstorbene hat sich in seiner fast 30jährigen Tätigkeit die Achtung der Mitglieder und seiner Mitarbeiter erworben. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse Reinickendorf.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes, Berlin-Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis. Bezirks 98 und 99.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Vater
Hermann Arandt
 Solmsstr. 29, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße 37/38, statt. 206/3
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 Kranzpenden höchst verbeten.

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 8. Berl. Reichstagswahlkreis. 13. Abt. Bezirk 637.
 Am Donnerstag, den 30. April, verstarb unser Genosse, der Rentmacher
Max Fehse
 Zwillingstraße 10.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen Montag, den 4. Mai, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, 140e, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 227/7

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Rentmacher
Max Fehse
 am 30. April an Herzleiden gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Berlin, Müllerstr., 140e, aus statt.
 Ferner starb unser Mitglied, die Kollegin
Frida Jirschott
 am 30. April an Leberleiden.
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Danies-Kirchhofes in Reinickendorf-Well, Blankstraße, aus statt.
 Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
 Ferner starb unser Mitglied, der Rentmacher
Emil Wendegast
 am 28. April an Schlaganfall.
 Ferner starb unser Mitglied, der Schloßer
Bruno Benzner
 am 28. April an Lungenleiden.
Ehre ihrem Andenken!
 117/15 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Reinickendorf-Ost.
 Am Donnerstag, den 30. April, verstarb unser Genosse, der Arbeiter
Franz Kape
 Nordbahnstr. 16.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 3. Mai, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in der Humboldtstraße aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 240/18

Verband der Hut- und Filzwaren-Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl. Ortsverwaltung Berlin.
 Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Franz Kape
 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Halle des Reinickendorfer Gemeinde-Friedhofes, Humboldtstraße, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.
 78/12

Zentralverband der Steinarbeiter Zahlstelle Berlin.
 Am 1. Mai starb unser Kollege, der Sandsteinmetz
Albert Mehlmann
 im 44. Lebensjahre an der Brustkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Müllerstraße, 140e, aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 171/19 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Sektion der Patzer.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Hermann Brandt
 am 26. April im Alter von 66 Jahren an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 3. Mai, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße 37/38, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
 142/10

Am Mittwoch, den 29. April, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriger Mitarbeiter
Adolf Bethge
 im Alter von 55 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr auf dem neuen Jakob-Kirchhof, Reußk., Permannstraße, statt.
Das Personal
der Buchdruckerei W. Woelfer.
 193/36

Am 1. Mai verschied nach kurzem Krankenlager im hoffnungsvollen Alter von 30 Jahren unser Kollege
Wilhelm Kühnke.
 194/15
 Wir werden dem so früh Dahingegangenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Kollegen der Holbuchdruckerei
Julius Sittenfeld.
 Die Beerdigung findet am Montag, den 4. Mai, nachm. 6 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Friedhofes, Rosenthalstr. 66, aus statt.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines geliebten Vaters, lagern wir auf diesem Wege allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Berta Durin
 nebst Kindern.
 109/11

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres Enkels
Paul Neustädt
 lagern wir den Mitgliedern sowie den Kollegen der Firma Köller unseren besten Dank.
 126a Die Großeltern.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.
 Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Fritz Klimpel
 welcher im Betriebe des Elektrisch-Werkzeuges Reußk. beschäftigt war, verstorben ist.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 7 $\frac{1}{4}$ Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg, aus statt.
 34/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Richard Walther
 Weitenloferstraße 13, im Alter von 26 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Montag, den 4. Mai, nachmittags 1 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
 87/6 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter
Johanna Weiß
 geb. Krause
 im Alter von 85 Jahren nach schwerem, langem Leiden verstorben ist.
 Dies zeigt tiefbetrubt an im Namen der Hinterbliebenen
Bruno Weiß nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr auf dem Elisabeth-Kirchhof, Pringensallee, statt.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die reichen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Vaters, des Tischlers
Ernst Schumann
 sage ich hiermit allen denen, die ihn zur letzten Ruhe gebettet haben, insbesondere dem Holzarbeiter-Verband (Zahlstelle Köpenick), dem Arbeiter-Kabfahrer-Bund „Solidarität“ (Mitgliedschaft Köpenick) und seinen früheren Kollegen der Holzerei der Firma Gebr. Krüger u. Co. meinen aufrichtigen Dank.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
Frida Schumann.
 80/1

Für die Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters und Vaters
Karl Zimmeth
 lagern wir allen Freunden und Bekannten sowie den Genossen des Holzvereins, dem Verbands Freier Holzpunkte und dem Holzvereins „Freie Sängerschaft Tempelhof“ für den ererbten Gesang unsern herzlichsten Dank.
Elise Zimmeth
 nebst Kindern.
 54a

Dankfagung.
 Für die Beweise herzlichster Teilnahme bei der Bestattung meiner innigstgeliebten Frau
Emma Krause
 geb. Fiedler
 sage hiermit allen, allen herzlichsten Dank.
 119/11
 Reußk., Sauerstr. 12/13.
Adolf Krause.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kranzpenden bei der Beerdigung meines innigstgeliebten Vaters und Vaters
Reinhard Dahlke
 lagern wir allen Beteiligten, insbesondere den Mitgliedern, Kollegen und Lehrlingen der Firma A. Kuhnke, dem Verband, dem Holzverein, dem Sparverein, sowie Herrn Neße und dem Holzvereins unseren herzlichsten Dank.
 132/4
Frau Dahlke und Sohn.

Dankfagung.
 Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung unseres Enkels
Louis Isberner
 lagern wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders allen Vereinen und Korporationen, welche dem Verstorbenen die letzte Ehre erwiesen, sowie Herrn Baldek Ramasse für seine tröstlichen Worte unsern innigsten Dank.
 90/11
Ww. Ida Isberner nebst Kindern.

Westmann
 Mohren str. 37e
 Gr. Frankfurterstr. 115
2 Sondertage
Reise-Bekleidung
 Verkauf 10 bis 2, 3 bis 9 Uhr.
Herrlichste Kostüme
 Loden, Früll, Eolonna, Kammer (Modelle) imprägniert, wasser-dicht, sonst. Preis 26.- bis 102.-
3 für 3 Tage
 14.- 18.- 25.- 36.- bis 100.-
Wunderbarste Mäntel
 Loden, Papalin, Alpaka, Seide (Modelle) in kurz u. lang, für kleinste wie für stärkste Figur, sonst. Preis 15.- bis 150.-
3 für 3 Tage
 10.- 12.- 15.- 18.- 25.- 35.- 48.-
Sport- und Frühl-Röcke von M. 7 $\frac{1}{2}$ an
Frohl-Röcke von M. 7 $\frac{1}{4}$ an
Lodenröcke von M. 8 $\frac{1}{2}$ an
Lodenjacketts von M. 8 $\frac{1}{2}$ an
Kindermäntel . . . von M. 7 an
Sonntag 8 bis 10 geöffnet



Die fünfundzwanzigste Maiseier.

Zum 25. Male hat sich an seinem selbstgefeierten Festtag das Proletariat aller Länder vereinigt, um für den großen Inhalt seines gewaltigen Kampfes, für den Sozialismus, zu demonstrieren, um seinen Willen zu bekunden, seine Kulturarbeit nicht durch Greuel des Krieges unterbrechen, sein Menschentum nicht durch ein Uebermaß kapitalistischer Ausbeutung niederdrücken zu lassen. Derselbe Gedanke, dasselbe Gefühl internationaler Brüderlichkeit vereinte am gleichen Tage auf der ganzen Erde die Kämpfer für eine neue Gesellschaft. Tief hat der Gedanke des Maiags in den Herzen des Proletariats Wurzel gefaßt und neue Kraft für die mühevollen Arbeit des Tages schöpfen Millionen aus diesem ihren Festtag.

Taher auch der Haß der Gegner gegen diesen Tag, der sie alle ohne Unterschied der Parteien vereinigt. Es ist der eigene Wille des Proletariats, den sie fürchten, es ist die Ankündigung einer neuen Welt, die sie bange ahnen, es ist die Mobilisierung der feindlichen Armee, was sie mit solchem Jörn erfüllt. Nicht, daß an einem Tage mehr oder weniger im Jahre die Räder stillstehen, sondern daß das Proletariat sie als Demonstration für sein politisches Ideal stillsetzt, das ist es, was ihnen unerträglich erscheint. Und deshalb der Kampf gegen die Arbeitsruhe. Um so höher aber muß es gewertet werden, daß trotz alledem und trotz der Krise die Arbeitsruhe im großen Umfang durchgeführt worden ist. Diejenigen aber, denen ein übermächtiges Unternehmertum es unmöglich gemacht hat, die Feier in ihrer würdigsten Form zu begeben, die sich aber zu Hunderttausenden in ganz Deutschland zu den Abendversammlungen eingefunden haben, die werden nur um so mehr den Zwang der heutigen Gesellschaft empfunden und um so fester das Gelöbniß erneuert haben, den Kampf fortzusetzen, die Organisation und die Macht ihrer Klasse zu stärken, bis die Kraft der Arbeiterklasse stark genug geworden ist, nicht nur die Maiseier, sondern noch Größeres durchzuführen.

Die Maiseier in Berlin.

Die diesjährige Veranstaltung trug ersichtlich den Stempel einer Feier in Zeiten der Krise. Aber trotz alledem drückte der Weltfeiertag dem Weltstadtgebiete zu gewissen Zeiten und an gewissen Orten unverkennbar sein Gepräge auf. An zwei Stellen besonders konzentrierte sich in den Vormittagsstunden der Aufmarsch der Feiernden. Im Nordosten, am Friedrichshain, wo die Metallarbeiter ihre Feier abhielten, und im Südosten in der Hofenheide, wo die Holzarbeiter gewohntermaßen in Massen antraten.

Die Demonstration in der Hofenheide ist seit jeher die wichtigere, aber der Rahmen der Veranstaltung am Friedrichshain ist der stimmungsvollere.

Noch ist es länger als eine Stunde hin bis zum Versammlungsbeginn. Der Friedrichshain prangt in einem übigen Gewande lichten Grüns, so licht und verschwenderisch ausgestreut, daß es sieghaft das Grau des Himmels zurückdrängt. Nur einige Händler mit roten Blumen und ellihe Behelme deuten an, daß diesem Maienitag vor allen anderen eine besondere Bedeutung innewohnt. Und namentlich die Revolverumgürteten lassen uns nicht im Zweifel, wer diesen Maienitag herausheben wird zu einem besonderen Feiertage. Die Entrechteten und Gefnehteten werden es sein.

Es ist neun Uhr geworden. Doch! — Lohnt es da nicht herüber aus dem Gaim wie ein geheimnisvolles Räuschen und Klüstern? Sind es schöne, alte Märchenweisen, wachgerufen durch Hofmanns liebenswürdige Schöpfung? Oder sind es Stimmen aus den Gräbern der Märzgefallenen? Nein, nein. Wende nur deinen Blick auf jenen Weg, der aus grünüberwölbter Dämmerung zu uns herführt, und du wirst sehen, es ist lebensprühende Wirklichkeit, deren Tönen wir hören. Die Metallarbeiter sind es, die mit ihrem Anmarsch beginnen. Wohl brennt auch in jedem von ihnen die Sehnsucht, die frühere Geschlechter in die Märchenform gegossen; und auch das tatbereite Wollen ist in ihnen wach, das den Märzkämpfern den gern und nicht ganz vergeblich erduldeten Opfertod brachte. Was sie aber vor jenen voraushaben, ist das Bewußtsein ihrer Macht und die Gewißheit, daß sich diese Macht endlich siegreich durchsetzen wird, trotz alledem und alledem. — Und so schreiten sie einher, erhobenen Hauptes und mit zielklarem Blick; Mai ringsumher und Mai im Innern. Wenige Minuten genügen, um den weitläufigen Saal zu füllen. Aber in ununterbrochenem Strome kommen die Hunderte, Tausende. Alle Tore müssen weit aufgetan werden, um den Ankommenden leichter Zutritt zu gewähren und dennoch flaut sich der Zug auf der Straße. Allmählich nimmt sie der riesengroße Garten auf. Bald ist auch er dicht gefüllt. Wer da befürchtet hatte, der Druck wirtschaftlichen Tiefstandes werde den Besuch der Versammlungen beeinträchtigen, der mußte gar bald freudig überrascht seinen Irrtum einsehen. Mindestens 8 bis 10 Tausend Metallarbeiter und -arbeiterinnen, darunter auch die Kupferschmiede, saßen und standen dicht gedrängt um den Konzertpavillon, denn es war ganz natürlich, daß die Versammlung nach dem Garten verlegt wurde. Selbst das Konzertpodium und die Veranda am Saalgebäude waren dicht mit Zuhörern besetzt.

Otto Hue sprach. Wichtigen Hammerschlägen gleich kausien seine Worte hernieder gegen die lönernen Füße unserer heutigen Wirtschaftsordnung. Daneben zeichnete er mit kräftigen Strichen unsere Forderungen, oft das vielstimmige Echo der gespannt Rauschenden wachrufend. Und wenn auch seine machtvolle Stimme vielleicht nicht bis in die äußersten Winkel des Gartens drang, der Geist, der aus ihm sprach, loderte doch in aller Herzen. Das bezeugte der stürmische Applaus am Schluß seiner Ausführungen.

Alsdann ergriff Adolf Cohen das Wort, um besonders noch das Reflektieren gegen die Koalitionsfreiheit und das Vorgehen Traugott von Jagows zu beleuchten. Und als er schließlich die Resolution zur Abstimmung brachte und unzählige Proletarierrände emporgestreckt wurden, schien es

fast, als sei ein Feuer der Begeisterung plötzlich aufgeflammt. Arbeiterfänger gaben der Veranstaltung durch den Vortrag zweier Kampflieder einen stimmungsvollen Abschluß. In musterhafter Ordnung gingen die Versammelten auseinander, so daß die draußen postierten Polizeimannschaften und -offiziere — wie immer — nicht wußten, was sie eigentlich sollten.

Die Feier der Holzarbeiter.

Seit Jahren versuchen die Unternehmer der Holzindustrie, die Arbeitsruhe zu vereiteln. Es ist ihnen nicht gelungen. Auch der diesmalige Vorstoß der Unternehmer, ihre protokollarische Erklärung, daß sie die Maiseier als einen Vertragsbruch betrachten, hat die Arbeitsruhe im allgemeinen nicht beeinträchtigt. Mit ruhigem Selbstbewußtsein und fester Entschlossenheit schritten die Massen der Holzarbeiter über die einseitige Erklärung der Unternehmer hinweg. Sie gingen am Morgen des 1. Mai nicht in die Werkstätten, sondern in die Lokale, wo sich die einzelnen Branchen sammelten, um von dort nach dem gemeinsamen Festlokal, der „Neuen Welt“, zu ziehen. Als die Branche der Ledentischler in einer etwa 300 Personen starken Gruppe den Vorstoß überschritt, trat ihnen ein von zwei Polizeileutnants kommandiertes Schutzmansaufgebot entgegen und versuchte, den Zug zu sprengen. Doch eine kurze Strede weiter hatten sich die Maiseiernden wieder zusammengefunden und konnten dann unbehelligt ihren Weg fortsetzen.

An der Kottbuser Brücke trafen, aus den dort einmündenden Straßen kommend, mehrerezüge feiernder Holzarbeiter zusammen. Von da an zogen sie in ununterbrochenen Reihen den Kottbuser Damm entlang über den Hermannplatz nach der Hofenheide. Ein imposanter Zug war es, der etwa eine Stunde lang dem Straßenbild das Gepräge einer Arbeiterdemonstration gab, an der niemand achtlos vorübergehen konnte. — Im Garten der „Neuen Welt“ drängten sich die Massen. Wer von einem erhöhten Standpunkt das Menschengewühl überfah, konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Holzarbeiter auch in diesem Jahre wieder eine imponierende Demonstration zustande gebracht haben. — In dem überfüllten Saale hielt Genosse G e h s c h o l d die Festrede. Vorträge eines Arbeitergesangsvereins erhöhten die Feststimmung.

Wie durch die Kontrolle festgestellt wurde, haben sich an der Demonstration in der „Neuen Welt“ rund 17 000 Mitglieder des Holzarbeiterverbandes beteiligt. Die in Nichtenberg, Weißensee und einigen anderen Vororten wohnenden Holzarbeiter beteiligten sich an den von den dortigen Gewerkschaftskartellen veranstalteten Feiern.

Zu Tausenden strömten die

Massen der Bauarbeiter

nach der Pockbrauerei am Tempelhofer Berg; die Belle-Alliance-Straße herauf zog sich zu beiden Seiten ein Strom von Frauen und Männern hin, die festlich gekleidet und mit roten Wellen geschmückt, die erstaunten Blicke der bürgerlichen Anwohner auf sich lenkten.

Kopf an Kopf saßen und standen die Zuhörer, als Reichstagsabgeordneter F r i e d r i c h J u b e i l das Wort ergriff und in markigen Worten die Bedeutung des Tages erläuterte. Aber nicht alle der zugeströmten Bauarbeiter konnten seinen Worten lauschen, viele mußten sich im Garten aufhalten, da der Saal bis auf den letzten Platz besetzt war.

Mit jugendlichem Feuer geistelte Redner den Raubtiercharakter des Kapitalismus mit seiner verwüstenden, zerstörenden Wirkung, nicht minder dessen fürchterlichen Bruder, den Militarismus. Um so leuchtender konnte Genosse Jubel die rastlose gegenwärtige Kulturarbeit der Arbeiterbewegung schildern, die allein es ermöglicht habe, daß das Proletariat nicht nur nicht völlig legeneriert und entrechtet, sondern stolz und machtvoll zur Verteidigung seiner Rechte aufgestanden ist. Doch aber sei die Arbeiterschaft mehr denn je von Feinden und Gefahren umgeben. Immer neue Attacken unternähmen die Gegner auf die Rechte der Arbeiterschaft. Um so mehr ergebe sich die Notwendigkeit für die Arbeiter, ihre Organisationen auszubauen und zu stärken und die fernstehenden und verführten Massengenosien heranzuziehen. Dann können wir den Feinden mit Zuversicht zurufen: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht. Mit warmen Worten wandte der Referent sich an die anwesenden Männer, auch ihre Frauen aufzuklären, damit diese als treue Kameraden und brave Streiterinnen Schulter an Schulter mit dem Manne den Befreiungskampf führen werden. Er hoffe, daß bei der nächsten Maiseier so viele Frauen anwesend sein werden wie diesmal Männer. Diese mögen dann im Garten verbleiben, damit die Frauen das Wort der Aufklärung hören.

Mit dem Dichterwort: Mensch, werde Mensch und mache Dich frei! schloß der Redner seine zündende Ansprache unter stürmischem Beifall der Versammlung.

Nach einem eindringlichen Schlusswort des Vorsitzenden H a n k e war die imposante Versammlung zu Ende.

Die Versammlung der Maser fand in den „Andreasfälen“ statt. Dieselbe war sehr gut besucht, auch nahm eine große Zahl von Frauen daran teil. Die Versammlung hörte das Referat des Genossen H a h mit großem Beifall.

Die Dachdecker hielten ihre Versammlung leider bei sehr schwacher Beteiligung bei Wille, Sebastianstr. 30, ab.

Die organisierten Köpfer versammelten sich im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Hier hielt Genosse J o h a n n s e n das Referat über: „Die Bedeutung des 1. Mai“. Der Saal war vollbesetzt, unter den Besuchern waren viele Frauen. Der Gesangsverein der Köpfer spendete ein Eröffnungs- und Schlusslied.

Die Maiseier der Steinarbeiter war von zirka tausend Personen besucht. Die zündenden Ausführungen des Genossen W a h l wurden mit heller Begeisterung aufgenommen.

Die Bildhauer aller Branchen waren in der „Alhambra“ erschienen, um dem vorzüglichen Referat des Genossen Reichstagsabgeordneter G i e b e l zu folgen. In wirkungsvoller Weise schilderte der Referent den Gedanken des Maienitages. Teilnehmer waren gegen 400 erschienen.

Die Versammlung der Buchbinder in der „Königsbank“ war von 1400 Personen besucht. Referent war der Genosse B a u e r.

Die Versammlung des Fabrikarbeiterverbandes war von zirka 400 Personen besucht. Genossin Klara W e h l behandelte in treffenden Worten das Thema des Tages.

Die im „Englischen Hof“ tagende, sehr gut besuchte Versammlung der Gemeindefeier nahm den Vortrag des Genossen Stadtk. R i t t e r mit großem Beifall auf.

In der Versammlung der Glasarbeiter, die in den „Comeniusfälen“ stattfand, referierte Genosse B a r t h. Redner erläuterte in eingehender Weise die Bedeutung des 1. Mai und die Forderungen der modernen Arbeiterbewegung. Mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Die Versammlung der Rüstfänger, die in den „Rustfängerfälen“ stattfand, war von über 200 Personen besucht. Nach einem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Referat der Genossin H a a s e schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

In der von zirka 2000 Personen besuchten Versammlung der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, welche in Voelkers Festfälen in der Beberstraße tagte, wurde das Referat des Genossen P o e h s c h mit großem Beifall aufgenommen.

Die Versammlung der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgeosien, welche in „Sanssouci“ in der Kottbuser Straße stattfand, war von 8-900 Personen besucht. Der Gesangsverein „Morgengrauen“ eröffnete und schloß die Versammlung durch den Vortrag stimmungsvoller Lieder. Dem Referenten, Genossen D i t t m e r, lohnte reichlicher Beifall für seine eindringliche Rede.

Die Gasangestellten hielten in diesem Jahre zum erstenmal eine Maiseier ab. Sie fand morgens um 6 Uhr im „Germaniasaal“ in der Chausseestraße statt und war von 600 Personen besucht, die den Vortrag der Genossin R o s a L u z e n b u r g mit lebhaftem Beifall aufnahmen.

Wie immer, so haben auch diesmal die Transportarbeiter gut daran getan, zwei Versammlungen zu veranstalten. Sie haben gut daran getan, denn beider Versammlungen Besuch zeugte von einem energischen Fest- und Hochhalten des Maiseiergedankens. Einen geradezu überwältigenden Anblick bot der Aufzug der Feiernden in der Andreasstraße. In hohen Bögen strebten sie den „Concordia-Festfälen“ zu. Fast barsten hier die Galerien unter der Riesenzahl der Erschienenen. P a u l W i l l e r s Maiseiergedanken — schneidige Geißelstiche auf den Rücken der preussisch-deutschen Reaktion — lösten stürmische Zustimmung aus.

Ein gleiches Bild in „Kellers Neuer Philharmonie“. 12 Uhr. Dicht gedrängt sah hier Zuhörer neben Zuhörer, erfüllt von dem wichtigen Kampfgedanken des Weltfeiertags. Zündend und padend zugleich referierte hier Kurt R o s e n f e l d über die Bedeutung des 1. Mai. Der fröhe Kampfesjubel bewies, daß des Redners Worte auf fruchtbaren Boden gefallen.

Die Versammlung der Leitergeräthbauer im Saal 2-3 des Gewerkschaftshauses war von 300 Personen besucht. Auf Aussperrungen hin wurde beschlossen, mit Lohnforderungen zu antworten.

Noch nie hatten die Handlungsgelbten unter den gegebenen Verhältnissen solch gewaltige Maidemonstration, als die am Freitag; wohl selten haben die „Rustfänger“ solche Ueberfüllung aufgewiesen. Ein Zeichen der Zeit. Proletarier Handlungsgelbte hat begonnen, seine Kraft zu erkennen. W i f f e l l s ferner Rede entsprach ganz dem Geist der Versammlung. Ganz besonders bemerkenswert war hier ein Zug von zirka 600 Handlungsgelbten und -gelbten, der geschlossen zum Versammlungslokal ging. So manchem Angestellten des Tichischen Warenpalastes mag wohl beim Anblick dieses Zuges ein Gedanke von der Bedeutung des Solidaritätsgefühls aufgefliegen sein.

Bei den Verzahnarbeitern, welche ihre Feier im Saal 1 des Gewerkschaftshauses abhielten, waren zirka 200 Personen anwesend. Gefangliche Vorführungen und ein eingehendes Referat des Genossen G e o r g B a u e r krönten die Veranstaltung.

Die Arbeiterschaft der Schuhindustrie war nach dem Schweigergarten am Friedrichshain berufen. Trotz der vom Verband der Berliner Schuhfabrikanten verhängten vierstägigen Aussperrung vermachte der große Saal die Erschienenen kaum zu fassen. Nach der stimmungsvollen Einleitung durch die Gesänge der Gesangsabteilung des Schuhmacherverbandes hielt Genosse F i c h o r n sein mit zündendem Beifall aufgenommenes Referat, woran der gleichfalls in der Versammlung erschiene, mit Beifall begrißte Genosse M a n a s s e, einem Wunsch der Versammelten entsprechend, eine feurige Ansprache anknüpfte.

Außerordentlich imposant war die Versammlung der Sattler und Vorlesemeister. Mehr als 1200 Berufsangehörige füllten den großen Saal der „Arminhallen“, und ohgleich die Galerie und die Nebenzimmer bis zum letzten Winkel ausgenützt wurden, konnte eine größere Anzahl Berufsangehöriger keinen Einlaß finden. Demonstrativen Beifall fanden die Ausführungen des Gen. F. S p i e b e l.

Die Maiseier der Tegilarbeiter in den Prachtfälen „Alt-Berlin“ war von 400 Personen besucht. Das Referat hielt die Kollegin Martha H o p p e.

Die von zirka 600 Männern und Frauen besuchte Maiseier der Verbandes der Steinseher, Hammer und Steinhauer nahm das Referat des Genossen D r. W e h l mit Beifall auf.

Der Verband der Tapezierer hielt die Maiseier in Wendts Festfälen ab. Reichlicher Beifall belohnte den Genossen J i p e r t h für sein Referat. Unter Mitwirkung des Männerchors „Norden“ nahm die Feier einen würdigen Verlauf.

Die Versammlung der in der Lederbearbeitung beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Schmidts Festfälen, Pringen-Allee 33, war nach zahlreicher Besuch, als die Versammlung im vorigen Jahre. Ungefähr 500 Personen lauschten den eindrucksvollen Ausführungen des Genossen F r. S c h n e i d e r über die Bedeutung des 1. Mai. Der Gesangsverein „Gesundbrunner Harmonie“ brachte einige der Feier angepaßte Lieder in vorzüglicher Weise zum Vortrag.

Die Abendfeier der Partei.

Der plötzliche Temperatursturz beeinträchtigte leider die Gartenfeier in einer großen Reihe von Lokalen. Nur die ganz Unentwegten hielten trotz der Raifühle tapfer aus. Die warmen Säle fanden — wenn das noch möglich war — größeren Zuspruch als sonst. Die Veranstaltungen selbst dedten sich ihrem Charakter nach sehr überall. Gesangsvorträge, Musik, Veranstaltungen des Turner und Festredn wechselten in dummer Reihe ab.

Maasit und Wedding.

Ein ziemlich gleiches Bild wies auf die vorgesehene Lokalität auf. In der Brauerei Papenhof, Stadthof, Zwickauer, Roabiter Schützenhaus und der Brauerei vergnügte sich die Menge, allerlei Kurzweil und — ein dem ungünstigen Wetter entsprechender Besuch. Die Referenten des Abends: Kaiser, Heinig, Hähnlein, Karole und Kuh würdigte die Bedeutung des Tages in wohlgeordneten Reden. Da das garstige Wetter ein frühes Aufbruch der Gäste gebot, entwickelte sich in diesen gar bald ein frohes Treiben. Jung und alt schwang das Tanzbein und für wenige Stunden machte das Denken an die graue Alltags Sorge heiterem Frohsinn Platz.

Gesundbrunnen und Schönhauser Vorstadt.

In Büttner's Festsälen, Schwedter Straße, hatten sich schon am frühen Nachmittag zahlreiche Besucher eingefunden, die aber recht bald der niederen Temperatur wegen die schützenden Innenräume aufsuchten. Hier entwickelte sich schnell eine recht gemütliche Stimmung. Abwechslungsreiche Darbietungen sorgten für Unterhaltung, während im kleinen Saal die Jüngeren der Göttinger Liedertafel huldigten. Die kurze und wirkungsvolle Feste des Genossen Jahr fand lebhaften Beifall. Sie wurde in feurige Gesänge eingeleitet.

Für das Brunnenviertel waren in drei Lokalen Veranstaltungen getroffen. Und dennoch erwies sich das als zu klein. Selbst in den Gärten haben viele Besucher bis in die späten Abendstunden ausgehalten, um den gesanglichen, humoristischen und musikalischen Darbietungen zu lauschen. Auch den Kindern wird der Tag noch lange in Erinnerung bleiben, sind doch in freigelegter Weise Papierlaternen an sie verteilt worden, mit denen sie freudestrahlend im Dunkel des Abends mit den Eltern nach Hause trippelten, während die erwachsenere Jugend sich noch fröhlich im Tanze drehte.

Der Osten.

Auch in dem Stadtviertel der Brauerei Friedrichshain vereinigte die Nachmittagsfeier eine stattliche Zahl von Genossen mit ihren Familien. Der schöne, große Garten allerdings, der viele Tausende aufnehmen, wenn das Wetter günstiger ist, verwaiste diesmal gegen Abend vollständig. Wer nachmittags hier der empfindlichen Matrasse getrost und dem Konzert gelauscht hatte, suchte gegen 6 Uhr den großen Saal und die weiten Nebenräume auf. Das Konzert des Berliner Tonkünstlerorchesters nahm dann hier seinen Fortgang. In den Sälen herrschte bald eine erdrückende Hölle. Turner, geschmeidige Gestalten aus der Arbeiterschaft, ernteten mit ihren großartigen Darbietungen reichen Beifall. Als dann Mozart's „Weibe des Gesanges“, von einem starken Männerchor mit Orgelbegleitung vorgetragen, erklang, erfolgte eine weisevolle Stimmung die aufmerksame Hörschaft. Lieder von H. Schumann und Lisztmann folgten. Eine Phantasie über das Lied „Ein Sohn des Volkes“ wurde vom Komponisten Blume selber auf der Orgel vorgetragen. Er, wie die Gesänge, lösten begeisterte Beifallsstürme aus. Darauf hielt Genosse Eugen Bräuner den Festvortrag. Wie die härmische Zustimmung bewies, werden die versammelten Männer und Frauen seiner Mahnung gedenken und selber Hand anlegen im Ringen um eine große Zukunft, auf daß es besser werde hier auf unserem Erdenstern. Weitere Gesänge der gesungenen Schar beschloßen diesen Hauptfestakt.

Im Schweizer Garten fand das Fest in der Hauptsache ebenfalls in den geschlossenen Räumen statt, die gar nicht alle diejenigen zu fassen imstande waren, die zur Maifeier herbeieilten. Instrumentalmusik und Gesangsvorträge wechselten miteinander ab. Den Festvortrag hielt hier Mathilde Wurm, nachdem die Arbeiter-Gesangsvereine stimmigst Frühlings- und Freiheitsgesänge unter lebhaftesten Mitempfinden und lautem Beifallsjubel der Anwesenden zu Gehör gebracht hatten. Bevor Genossin Wurm zu Worte kam, mußte aber erst der Auszug der Kinder und Jugendlichen dank einem reaktionären Vereinsgesetz erfolgen. Während sie draußen im weiten Garten ihren Fadelzug hielten, würdigte Frau Wurm in markanten Sätzen die Bedeutung des Tages. Sie betonte, daß es vor 25 Jahren, als die Maifeier zum erstenmal stattfand, keine großen Scharen gewesen seien, die daran teilnahmen. Damals, nach dem Falle des Schanzesches, sei es nur ein kleines Häuflein Treuegeliebter gewesen. Und jetzt! Welch gewaltiger Aufschwung seit damals. Berlin allein zeige 120 000 Organisierte und darunter 21 000 Frauen, die man heute gewinnen können dank der Forderung der Gleichberechtigung. Wir feiern jetzt am 1. Mai zwar den inzwischen erreichten Fortschritt unserer Bewegung, aber noch lange keinen Tag der Ernte und des Sieges. Die mühen erst erlämpft werden. Der Arm des Proletariats müsse noch viel härter werden; darum heißt es heute mehr als je: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Stürmische Zustimmung.)

Ein Kampflied der Sänger folgte als stimmungsvoller Abschluß dieses Teiles der Feier.

In den Festsälen von Obiglo in der Köpenicker Straße 20 nahm die Maifeier ebenfalls einen würdigen Verlauf. Neben einem guten Konzertprogramm sorgte die Gesellschaft Stragelwitz für angemessene Unterhaltung, wobei auch die soziale und politische-satirische Note nicht fehlte.

Die Feste des Genossen Wielech, stimmungsvoll eingeleitet durch die dem Tage angepaßten Darbietungen des Arbeiter-Sängerkorps, fand großen Beifall.

Im Gewerkschaftshaus hatten die Festteilnehmer sich ausschließlich im großen Saal zusammengefunden. Ein Verweilen im Garten war infolge des kühlen und stürmischen Wetters nicht möglich. Für diesen Ausfall entschädigte indes ein erlebtes Programm in reichlicher Weise. Musikalische und gesangliche wechselten mit humoristischen und artistischen Darbietungen, die bei den Zuhörern vollste Anerkennung auslösten.

In der achten Stunde nahm Genosse Wilhelm Pfannkuh, der Vertreter des dritten Reichstagswahlkreises, das Wort zu einer Ansprache, in der er den Weltfeiertag des Proletariats einer eingehenden Würdigung unterzog. Die prächtigen Worte des Redners fanden im Herzen der Anwesenden freudigen Widerhall.

Nachdem dem Langzoll noch sein Tribut gezollt war, hatte die hübsche Feier ihr Ende erreicht.

Auch die Veranstaltung in Treptow hatte sich eines regen Zuspruchs zu erfreuen, wenngleich auch hier die unbehagliche Temperatur viele abhielt, die sonst nur zu gern einige frohe Stunden in dem schönen Garten des Restaurants „Concordia“, am Treptower Park 88, verweilt hätten. So beschränkte sich auch hier der Besuch auf die Säle. Im großen Saale war für künstlerische und unterhaltende Darbietungen auf das reichlichste gesorgt. Konzert, Chorgesänge, turnerische Aufführungen, Kinderbelustigungen und Fadelzug boten des Guten genug und bewahrheiteten, was der Dichter sagt: „Der vieles bringt, wird manchem etwas bringen, und jeder geht befriedigt aus dem Haus.“ Den Festvortrag hatte Genosse Ewald Tempelhof übernommen und der starke Beifall bewies, wie gut er seinen Zuhörern aus dem Herzen gesprochen hatte.

In der Hasenheide.

Happold's Brauereiausgang war der Sammelpunkt für die Genossen des ersten Wahlkreises. Der Garten übte trotz seiner frischen Frühlingspracht wenig Anziehungskraft aus, denn das Matrasfeste wehte gar zu kühl. Nur wenige Wetterfeste wagten es, dem Gartenkonzert beizuwohnen. Die meisten zogen die schützenden Innenräume vor. Bald wurde denn auch die Feier in den stimmungsvoll dekorierten Saal verlegt, der sich in den Abendstunden vollständig füllte. Die Verhältnisse des ersten Wahlkreises bringen es mit sich, daß die persönlichen Beziehungen unter den Parteigenossen enger geknüpft sind als in den großen Wahlkreisen mit Zehntausenden von Mitgliedern. Infolgedessen trug die Feier in Happold's Saal einen fast familiären Charakter. Die in jahrelanger Kampfsarbeit vereinten Genossen und Genossinnen verlebten hier einen genussreichen Festabend, der in jeder Hinsicht der Bedeutung des Tages gerecht wurde. Neben dem Berliner Sinfonieorchester sorgten der Gesangsverein „Typographia“ sowie Mitglieder des Turnvereins „Fichte“ für die Verschönerung des Festes und Genosse Eichhorn trug in einer wirkungsvollen Rede dem demonstrativen Charakter der Maifeier Rechnung.

In der „Neuen Welt“ fanden sich am Nachmittag und Abend die Genossen und Genossinnen aus Neukölln und aus dem dritten Berliner Wahlkreis ein. Der Besuch war so stark, daß bei mildem Wetter, das eine „Sechsbästigkeit“ im Freien gestattet hätte, der riesige Garten wohl gefüllt gewesen wäre. Aber bei der empfindlichen Matrasse stundenlang im Freien zu sitzen, das kann Frauen und Kindern nicht leicht zugemutet werden. Da ein längerer Aufenthalt in den dichtgedeckten Innenräumen auch nicht jedermanns Geschmack ist, so konnte man während der ganzen Dauer des Festes ein ununterbrochenes Kommen und Gehen beobachten, so daß die gewiß große Zahl der Festteilnehmer nicht zu schätzen ist. In zwei Sälen machte die tanztunfuge Jugend von der Gelegenheit, sich nach den Klängen der Musik zu drehen, ausgiebigen Gebrauch, während die übrigen Innenräume von zwanglos sich unterhaltenden Gruppen besetzt waren. — Im Garten war nur der mittlere Teil in der Nähe der großen Bühne bis in die späteren Abendstunden dicht besetzt. Hier übte die Hauskapelle der „Neuen Welt“ sichtlich und recht ihr Handwerk aus, während eine im nicht besetzten vorderen Teil des Gartens konzertierende kleine Kapelle, die wesentlich bessere Leistungen bot, leider nicht die verdiente Beachtung fand. — Wohlverdienten Beifall ernteten die Vorträge der Arbeiterführer. Mitglieder des Arbeiter-Sportartells Neukölln produzierten sich mit Leistungen, die auch jedem berufsmäßigen Artisten Ehre gemacht haben würden und mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Ein farbenprächtiges Brillantfeuerwerk bildete den Schlußeffekt der Aufführungen im Freien.

Die Maifeier in den Vororten.

Neukölln veranstaltete drei öffentliche Vormittagsversammlungen, in denen die Genossin Lungwitz sowie die Genossen Fritz Carl und Oshoff in überaus treffender Weise die Bedeutung des 1. Mai darlegten. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt, trotzdem die Unternehmung auf der ganzen Linie mit Aussperrungsmahregeln drohten. Bei Borsdorf und in den „Bürgerhöfen“ wirkten die Neuköllner Liedertafel und der Neuköllner Männerchor mit. Sonderbarerweise wurde keine Versammlung polizeilich überwacht.

Die von der Schönberger Gewerkschaftskommission einberufene Waierversammlung war von 600 Personen besucht. Referent war Genosse Wielech.

Im Charlottenburger Volkshaus referierte in einer zahlreich besuchten Versammlung Genosse Theodor Glocke unter lebhaftem Beifall.

Lichtenberg. Die Versammlung bei Schwarz war von 1500 Personen besucht. Referent war Genosse Brühl, der in seinen der Bedeutung des Tages entsprechenden Darlegungen u. a. auch das provokatorische Vorgehen der Lichtenberger Polizei scharf verurteilte.

Im Café Bellevue hatten sich 1200 Teilnehmer versammelt. Hier referierte Genosse Busch.

In Wilmersdorf sprach im Viktoriagarten vor 500 Personen Genosse Hartmann-Treptom.

In Rhenid hatten sich etwa 1000 Männer und Frauen versammelt. Das Referat hielt Genosse Vermuth.

In Adlershof legte Genosse Kurt Schmidt vor 220 Versammelten die hehren Gedanken des 1. Mai dar, dabei besonders die Vorzüge der Reaktion gegen das Koalitionsrecht, die Auswüchse der Klassenjustiz und des Militarismus geißelnd.

Die Versammlung für Weiskese im Schloß Weiskese war von 1500 Personen besucht, während mindestens 500 Personen, die der Saal nicht mehr faßte, sich im Park aufhielten. Das vorzügliche Referat des Genossen Dr. Preitscheid wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

In Zankow war die Versammlung von 400 Personen besucht. Dr. Referat hielt Genosse Langnitschke.

von etwa 300 Personen besucht. Die Referate hielten die Genossen Oberländerweide.

Die Versammlungen in Reinickendorf-ON und -West waren je von etwa 300 Jahren besucht. Die Referate hielten die Genossen Emil Lehmann und A. Hähnlein.

Für Bismarck war die Versammlung in Budow anberaumt. Hier referierte vor 400 Teilnehmern die Genossin Demning.

Für Waldmannslust und Umgebung fand die Maifeier auf dem Bergschloß statt. Ein der Bedeutung des Tages entsprechendes Referat hielt Genosse Franke.

In Eichwalde sprach vor 120 Personen Genosse Thielcke.

In Lichterfelde referierte vor 250 Personen Genosse Obst.

In Rowawes nahm die Feier im Gegensatz zum Vorjahr, wo ein Polizeibeamter als Friedensstörer auftrat, einen ruhigen Verlauf. An der Vormittagsversammlung im Singerschen Lokal beteiligten sich über 300 Personen — ein in Anbetracht der kaum überwundenen Periode langer Arbeitslosigkeit gerade im Waberufe gewiß zurückstellendes Resultat. Das Referat hielt Genosse Reutter-Halensee.

Vor etwa 100 Versammelten sprach in Alt-Ostliche Genosse Geisler.

Einem glänzenden Verlauf nahm auch die Vormittagsversammlung in Potsdam. Das Referat hielt Genosse Staab.

Spandau. Hier war die Vormittagsversammlung noch nie so stark besucht, wie in diesem Jahre. Reichstagsabgeordneter Genosse Kädel sprach vor 1200 Personen. An der Versammlung beteiligten sich insbesondere Bauarbeiter; sämtliche hiesige Bauten ruhten. Holzarbeiter feierten nur wenige.

In fast allen Versammlungen erhoben die örtlichen Arbeiter-gesangsvereine durch stimmungsvolle Gesangsvorträge die Feier des Tages.

Die Abendfeiern wurden nach den vorliegenden Berichten unter großer Beteiligung begangen. Außer guten, zum Teil künst-

lerischen Darbietungen stellten sich die Arbeitergesangs- und -turnvereine zur Verfügung, um durch ihre Mitwirkung die Feier zu einer recht eindrucksvollen zu gestalten.

Die Maifeier im Reiche.

Die fünfundsiebzigste Wiederkehr unseres Maidages!

Ein Jubiläum! Und die Teilnahme zeigte, daß die Arbeiter allen hämischen Bemerkungen zum Trost an ihrer Maifeier läugnen, daß ihnen die Maifeier in Fleisch und Blut übergegangen ist. Der diesjährige, der Jubiläums-Maidag fiel auf den Freitag, der für die Arbeitstrube ungünstigste Wochentag, weil in vielen Betrieben Sonntag. Es wäre durchaus verständlich gewesen, hätte dieser Umstand die Maifeier ungünstig beeinflusst. Aber ganz im Gegenteil. Die Arbeitstrube ist, soweit sich aus den Nachrichten aus dem ganzen Reiche übersehen läßt, eher größer geworden. Aus allen Großstädten und Industriezentren wird über außerordentlich starke Beteiligung an den Vormittagsversammlungen — der Stadtmesser für die Arbeitstrube — berichtet. Uns liegen heute folgende Meldungen vor:

In Sachsen wies die Maifeier durchweg starke Beteiligung auf, die teilweise durch das schlechte Wetter beeinträchtigt wurden. In Leipzig waren die fünf Vormittagsversammlungen trotz des regnerischen Wetters sämtlich überfüllt. Der sich anschließende Maifestzug bewegte sich vom Johannisplatz nach dem Brauereigarten in Stötteritz und umfaßte 10 000 Demonstranten. Die Polizei hatte also mit ihrem Verbot des Sozialisten- und Andreas-Hofer-Marsches auch ihr Teil zur Verbreiterung des Maifestzugs beigetragen. — In Dresden verlief die Maifeier wie in früheren Jahren. Am Demonstrationszuge nahmen 5000 Personen teil. An vielen Orten der Umgebung fanden Abendfeiern statt. — In Chemnitz gestaltete sich die Maifeier zu einer imposanten Demonstration. Trotz strömenden Regens nahmen 5000 Personen am Festzuge teil, darunter 500 Frauen. Auch die Sommerveranstaltungen am Abend waren gut besucht. — In Zwickau war die Morgenversammlung glänzend besucht. Der Maifestzug litt unter dem schlechten Wetter. — Die Abendveranstaltungen in zirka 25 Orten der Oberlausitz fanden allgemeine Beteiligung. Die Zittauer Amtshauptmannschaft verbot den Jugendlichen unter 18 Jahren die Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen; daher gingen die Arbeiter in Seiffennersdorf mit ihren Veranstaltungen nach Böhmen. In Zittau und Neugersdorf wurden Morgenveranstaltungen abgehalten.

Die Stadt Halle sah trotz des Festzugsverbotes am Vormittag eine recht eindrucksvolle Straßendemonstration. Aus neun Lokalen in den verschiedensten Stadtteilen zogen die Teilnehmer, etwa 200 Mann, dem Versammlungsort entgegen und trafen auf einer der Hauptverkehrsstraßen zusammen, wo sie die Polizei anscheinend gar nicht vermutet hatte. Ein halbes Hundert radsahrende Polizeibeamte trieb den Zug wiederholt auseinander. Im Volkspark tagten um 11 Uhr zwei Versammlungen, die zusammen 2200 Besucher zählten. Außer den Holz- und Steinarbeitern hatten auch die Bauarbeiter sowie die Brauer vollkommenen Arbeitstrube beschloßen. — Im Bezirk Halle wurden in etwa 35 Orten teilweise stark besuchte Versammlungen und festliche Veranstaltungen abgehalten. — Eine glänzende Frühversammlung hatte Eisenburg mit 1200 Besuchern. Auch der nicht genehmigte „Festzug“ am Nachmittag gelang hier ausgezeichnet. — An dem Spaziergang der Erfurter Genossen nach dem gothischen Dorf Rhoda nahmen 300, an der Nachmittagsveranstaltung 1500 und an den Abendveranstaltungen in drei Lokalen 3500 Personen teil. — In Suhl bei Erfurt waren an der Nachmittagsfeier 400, an der Abendfeier 1000, in sechs weiteren Orten etwa 3000 Personen beteiligt. Die Polizei verhielt sich referiert. — Der Morgenausflug der Magdeburger Genossen wies trotz des schlechten Wetters eine starke Beteiligung auf. Am Abend vereinigte sich die Arbeiterschaft in fünf Festveranstaltungen. — In Gera war die Vormittagsversammlung von 750 Personen besucht. Die Maifeier war durch das schlechte Wetter beeinträchtigt. — Am Frühausflug der Braunschweiger Genossen nahmen 2500—3000 Personen teil. Das Baugewerbe feierte fast vollständig. Die Nachmittagsversammlungen waren sehr gut besucht. — Auch in Wolfenbüttel waren die Früh- und die Nachmittagsversammlungen gut besucht. Abends wurden in 15 Orten des Herzogtums Versammlungen abgehalten.

Die Demonstrationsversammlung in Köln war am Vormittag überfüllt. Am Nachmittag und Abend fanden weitere Veranstaltungen statt, die gut besucht waren. Die Polizei war zurückhaltend. — In Düsseldorf wies die Morgenversammlung eine unerwartet starke Beteiligung von etwa 4000 Personen auf. Abends tagten acht Festveranstaltungen ersten Charakters. — In Essen nahmen an der Morgenversammlung 3000 Personen teil. Die innere Stadt war polizeilich abgesperrt. — In Elberfeld-Darmen fanden am Vormittag zwei überfüllte Versammlungen statt. Die Abendfeier grohen Eisls wurde in dem 5000 Personen fassenden Varmer Fiskusgebäude abgehalten. — Für den Wahlkreis Bochum war auf dem Schützenhof zu Bochum eine Maifestfeier am Nachmittag veranstaltet, an der 6—7000 Personen teilnahmen. Die gesamte Polizeimannschaft war auf den Beinen. — Die Maifestveranstaltungen in Solingen verliefen gut. — In Wald, Ohligs, Hähnlein ließ der Besuch der Tagesveranstaltungen zu wünschen übrig, da der Freitag Jochtag ist und auch die selbständigen Arbeiter nicht feiern konnten, weil sie Freitags ihre Arbeit abzuleisten haben.

Die Maifeier in Hamburg wurde mit einem imposanten Festzug, der drei Stunden dauerte und 40 000 Teilnehmer zählte, eingeleitet. Er bewegte sich vom Gewerkschaftshaus zum Hörner Park. Fast alle Gewerkschaften hatten ihre Banner entfaltelt. — In Kiel war die Morgenveranstaltung von 1500 Personen besucht. Abends fanden drei weitere gut besuchte Versammlungen statt. — In Lübeck nahmen an der Morgenversammlung 1000 und am Festzug 3000 Personen teil. Auch in den umliegenden Orten verlief die Maifeier gut. — In Rüstingen-Wilhelms haben wies die Morgenversammlung 2000 Personen auf. Im Gegensatz zum Vorjahre ließ die Wilhelmsbühener Polizei die Teilnehmer dann ruhig durch Wilhelmsbühnen nach dem obdenburgischen Gebiet ziehen. Stark besuchte Abendfeiern fanden außer in Rüstingen auch in den obdenburgischen Städten Oldenburg, Delmenhorst, Nordenham, Barst, Jever und Schortens, sowie in Emden statt. — In Harburg war die Morgenversammlung gut besucht.

In Königsberg i. Pr. waren die beiden Vormittagsversammlungen und am Nachmittag das Volksfest stark besucht. Einige Berufe feierten geschlossen. Ein starkes Aufsehen von Polizei zu Pferde und zu Fuß fehlte nicht. — Infolge der Teilnahme von 4000 Ausgesperrten der Linke-Hoffmann-Werke wies die Versammlungen in Breslau einen großen Andrang auf. Die Nachmittagsveranstaltungen zeigten trotz kühlen Wetters eine ähnliche Fülle. In der Umgegend fand die Maifeier am Abend statt.

An der Maifeier in Augsburg waren am Vormittag 2000 Personen beteiligt, die einen imposanten Festzug mit Musik durch die Stadt veranstalteten. Die Abendveranstaltungen in Augsburg, Lechhausen, Göttingen und Gersthofen waren überfüllt.

Gewerkschaftliches.

Maifeier - Aussperrungen.

Die Maifeier wurde in der Berliner Metallindustrie in 191 Betrieben von 6824 Personen begangen. In 13 Betrieben wurden darauf 337 Personen wegen der Maifeier ausgesperrt.

Auch in einer Reihe von Schuhfabriken ist die Arbeiterchaft bis zum 7. Mai ausgesperrt worden. Da außerdem die Unternehmer angeklagt haben, diejenigen Aussperrten, deren Plätze inzwischen besetzt wurden, nicht weiter zu beschäftigen, erfucht die Organisation die gesamte Arbeiterchaft der Schuhindustrie, Solidarität zu üben und während der Aussperrung keine Arbeit bei folgenden Firmen anzunehmen: Jakobowski, Neukölln, Weigandstr. 42; Vinner Nachf., Köpenicker Str. 127; Veiser, Große Frankfurter Str. 53; Carisch, Rungestr. 20; Ginge, Blumenstr. 81; Wahlich, Grüner Weg 108; Schulze, Reibelfstr. 41; Silberberg, Große Frankfurter Str. 87; Stein, Schillingstraße 12; Jimmi, Neue Schönhauser Straße 14; Heimann, Landwehrstr. 11, und Pascha, Gollnowstr. 12.

Das Einnehmen der Plätze von Aussperrten gilt als Streikbruch!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Kollegen der Vierdruckapparaturbranche befinden sich seit dem 1. April im Streik, und ersuchen wir den Zugang von folgenden Firmen streng fernzuhalten: Bach u. Mahlow, Berlin, Sophienstr. 31; S. Denike Landw. Charlottenstr. 45; A. Kurb, Berlin, Simeonstr. 13; Hermann Krüger u. Co., Berlin, Köpenicker Straße; Wehr Krüger, A.-G., Köpenick; Ernst Jagelow, Berlin, Kollnmarkt 1; S. Jungeblut, Berlin, Köpenicker Str. 36/38.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Streik in zwei Großbäckereien.

In der Großbäckerei von Solda & Co., Brunnenstr. 120, haben die Bäcker am Donnerstagsabend, in den Bäckereien der Firma Hanke u. Co. am Freitagmorgen einmütig die Arbeit niedergelegt, nachdem die letzten Versuche, eine Einigung herbeizuführen, an dem Widerstand beider Firmen scheiterten.

Freitag morgen stand bereits die Polizei, durch drei Schutzleute vertreten, vor dem Hauseingang bei Solda & Co. Jeder, der die Miene machte, das Haus zu betreten, wurde scharf gemustert! Die Arbeiter, die am Freitag sich Lohn und Papiere holen wollten, wurden nur einzeln und immer in Begleitung eines Behelinten vorgelassen. Fürchtete Solda & Co. etwa, daß die Leute, die teilweise viele Jahre ihre Arbeitskraft im Interesse seines Profites opferten, revolutionären würden?

Auf dem Jnnungsbeureau wurde alles in Bewegung gesetzt, um Arbeitswillige für Solda & Co. zu werben. Ob diese Liebeshandlung Erfolg hatte, ließ sich noch nicht feststellen. Zunächst versucht man, den Betrieb mit Hilfe der zu Lehrlingen gepreßten jungen Leute, die bisher zu den Lohnbäckereien demutet wurden, sowie durch die seitherigen Antreiber aufrecht zu erhalten.

Zugang ist von dieser Großbäckerei streng fernzuhalten. Herrn Weidner, dem Inhaber der Firma Hanke u. Co., scheint der seiner Heidentat, der Entziehung des wöchentlichen Ruhetages, im letzten Augenblick Angst geworden zu sein. Die Firma war noch am Montagmorgen zu Verhandlungen bereit. Aber da trat der Obermeister des Widerstands dazwischen und nun sieht die Firma die Verhandlungen abbrechen mit der Notivierung: der Obermeister habe den Abschluß eines neuen Tarifs verboten!

Kleines Feuilleton.

Jakob Meyer-Beer. Giacomo Meyerbeer (so nannte er sich später) starb gestern vor fünfzig Jahren, und dieser Todestag wird begangen von einem hübsch musikalischen Reaktionäre und von jenen schlaun Theaterdirektoren, die einem schlechten lebendigen vormaligen Kunstgeschmack des Publikums der Klasse wegen schmeicheln, halt ihn zu klein und zu verbessern. Der Geschichte Musiker, der sich nach kleinen Anfängen zum Franzosen, zum Italiener, zum Napolen des urdeutschen Weber, zum königlich preussischen Generalmusikdirektor durchgearbeitet hatte, ist künstlerisch schon längst tot. Er war einst eine Gefahr, auf die nicht nur R. Wagner rechtzeitig in seinem berühmten Pamphlet: „Das Judentum in der Musik“ hingewiesen hat. Damals, als das tonangebende Europa sich in Suldigungen für den gefeierten Komponisten der Hugenotten, des Propheten, Robert des Teufels und der Afrkanerin überbot, als die sogenannte „Große“ Oper, die historische Oper mit Brunk, Lärm, Scheinleben, Schlitzschußläufchen, Sonnenuntergängen, Fülladen, Lutherchören, Schiffbränden und Tempelruinen eine Rolle im geistigen Leben der Kulturvölker spielte. Als die Musik nur Ohrenschmaus, Vorwand zu Reklompfaktobotik, die Handlung nur Augenweide und eine leere Hängung von Effekten war, als die Oper in der tiefsten Kurve ihrer Entwicklung stand. Selbstamt: Mozart und mit ihm die Renaissance deutsch-italienischer Melodie war schon da, aber noch nicht erkannt und die bravourösen Katheter der großen italienischen und französischen Oper, die Spontini, Ruber konnten somit ungehindert ihren Einfluß auf die deutsche Oper, die keinen Führer hatte, und das in blühende Fremdmannschaft verfallene deutsche Publikum ausüben. Was der Jam, der sie mit geschickter Anpassung und meisterhafter technischer Aufmachung an Ort und Stelle emsig kopierte: Meyerbeer.

Man muß sich fragen, was hätte M. mit seiner spielenden Beherrschung aller musikalisch-dramatischen Darstellungsmittel geleistet, wenn ihm auch der berühmte „sittliche Ernst“, die hohe Kunstausfassung von den Göttern gegeben worden wäre! Wenn er den Effekt zu einer Folge des künstlerischen Ausdrucks gemacht hätte, statt zum Selbstzweck! Wie das Richard Wagner, im „Rienzi“ noch sein erbitterter Nachahmer, dann sein großer Gegenpol und Widersacher geizt hat. Mit dem Bayreuther trat die „ideale deutsche Kunst“, das aus sittlichen Idealen erwachsene nationale Kunstwerk, trat der Mensch mit seinen künftigen Singpuppen Meyerbeers und seiner zahlreichen Gefinnungsgegenossen mit all ihrem hohlen Pathos und gefälligen Schmuckwerk der Roloraturen hätten von Rechts wegen für immer in der Versenkung verschwinden sollen. Sie taten es aber leider nur unvollkommen. Denn noch immer nicht hat Jakob Meyerbeer seine Rolle ganz ausgepielt in den Tagen der Wahrheit und feischen Leidenschaft, der tonärztlichen Erhabenheit und Weisheit einerseits, in den Tagen der widererwarteten Freude an heterer, beschwingter, gepolter Musik, an Ammut, Grazie, Melodie und Formgefühl und Abbitabus. In den Tagen eines Ragner und Strauß und Wolf-Ferrari. Denn die schönsten Dramen in der Kunst sind schon ausgearollten wie die eines ungegogenen Kindes.

Die Firma mag auch gefürchtet haben, daß ihre meist aus Arbeiterkreisen bestehende Kundchaft diesen Raub an den Bäckereifellen als einen Schlag gegen die Kundchaft betrachten könnte, und um einen Gegenschlag abzuwenden, war sämtlichen Filialen Anweisung zugegangen, vom 30. April an durch Plakat im Schaukasten bekannt zu geben, daß das Brot von jetzt an ein Pfund schwerer wiege.

Da erschien in der Nummer vom 30. April im „Vorwärts“ jene Notiz, die auf die Bekanntmachung der Firma hinwies. Darüber ungeheure Aufregung bei der Firma! Sofort wurden die ominösen Plakate eingezogen und der Leiterin einer Filiale, deren Mann zu den Streikenden gehörte, sowohl die Filiale als auch die Wohnung gekündigt.

Der Firmeninhaber von Hanke u. Co., Herr Weidner, ist mit Paul Hanke, dem Inhaber der Firma P. Hanke's Großbäckerei verwandt! Wie wir erfahren, soll Weidner die Kraftprobe zur Befestigung des wöchentlich 38 stündigen Ruhetages machen. Ist er in den Bäckereien Weidners befestigt, müssen dort die Leute wieder sieben Schichten in der Woche arbeiten, so soll dasselbe in den Bäckereien des Herrn Paul Hanke eingeführt werden, sollen auch dort die Arbeiter sieben Tage in der Woche arbeiten. Die Bäcker allerorts werden dringend vor Zugang sowohl zu Solda & Co., als auch nach den Bäckereien von Hanke & Co., Inhaber Weidner, gewarnt.

Die Firma O Hanke erfucht uns, zu erklären, daß sie mit der Firma Hanke & Co. nicht identisch ist. Wir kommen diesem Ersuchen gern nach. In den Bäckereien von O. Hanke ist der Tarif strikt eingehalten worden. Differenzen bestehen nur mit der Firma Hanke & Co.

Scharfmacherei im Freiseurgewerbe.

Die aus Meistern und Gehilfen bestehende Tariffkommission hat den bisher bestehenden Tarifvertrag neu formuliert, weil dessen Fassung etliche Mängel aufwies, die sich in der Schlichtungspraxis herausstellten. Bei dieser Gelegenheit wurden zugleich einige geringfügige Verbesserungen in den neuen Vertrag aufgenommen, der dann den bisher mit der Gehilfenorganisation im Vertragsverhältnis stehenden Meistern in einer Versammlung unterbreitet wurde.

Außer den drei Innungen besteht in Berlin eine „Freie Vereinigung selbständiger Barbier und Friseur“, die ehemals — als sie noch klein war — mit der Arbeiterbewegung sympathisierte und lottertierte, der jedoch heute „die ganze Richtung“ nicht mehr paßt. Da nun für die Tariffgemeinschaft eine ganze Reihe Mitglieder dieser Vereinigung in Frage kommen, soll die Gelegenheit des Neuabschlusses des Tarifvertrages offenbar zu einer Nachprobe der „Freien“ genutzt werden. Zu Anfang dieser Woche, bevor noch der neue Tarif den Meistern zur Anerkennung unterbreitet war, wurden mehrere organisierte Gehilfen bei Mitgliedern der Freien Vereinigung nach vorausgegangener Kündigung entlassen und an ihrer Stelle unorganisierte Gehilfen eingestellt.

Ein Vertragsbruch liegt zwar insofern nicht vor, weil der bisherige Tarifvertrag abgelaufen ist; doch ist den betroffenen Meistern sehr wohl bekannt, daß sie den neuen Tarifvertrag mit der Gehilfenorganisation nicht abschließen können, wenn sie unorganisierte Gehilfen beschäftigen.

Nach dem Chauffeurstreik.

Die WiederEinstellung der ausgesperrten und streikenden Kraftdroschkenfahrer geht nicht so glatt vonstatten, als es nach den vor dem Einigungsamt abgeschlossenen Vergleich der Fall sein müßte. Hiernach sollen alle Chauffeurs auf ihre alten Arbeitsstellen, soweit sie nicht besetzt sind, wieder eingestellt werden. Die meisten Unternehmer sind dieser Bedingung nachgekommen. Ein kleinerer Teil der Kraftdroschkenbesitzer dagegen hat die bei ihnen beschäftigt gewesenen Chauffeurs noch nicht eingestellt, obgleich die betreffenden Wagen noch frei sind. In einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung der Chauffeurs waren noch etwa 200 Ausständige anwesend. Es wurde dort festgestellt, daß ein Teil der Unternehmer, welche ihre Chauffeurs noch nicht eingestellt haben,

angeben, sie hätten ihre Wagen in Reparatur gegeben. Ein anderer Teil aber weigert sich ohne Grund, die Einstelllung vorzunehmen. Wie in der Versammlung behauptet wurde, soll die Leitung des Vereins der Kraftdroschkenbesitzer ihren Mitgliedern mitgeteilt haben, sie könnten sich die einzustellenden Chauffeurs beliebig aussuchen. Ob diese Behauptung zutreffend ist, konnte nicht festgestellt werden. Sollte eine derartige Mitteilung des genannten Vereinsvorstandes ergangen sein, so würde das den Einigungsbedingungen direkt widersprechen.

Die Versammlung beauftragte die Leitung des Transportarbeiterverbandes, mit der Unternehmerorganisation in Verbindung zu treten, um die strikte Erfüllung der Einigungsbedingungen zu verlangen.

Aus dem Fleischergewerbe. Der Restaurateur Kötting, Neukölln, Dornmannstr. 210, hat den Tarifvertrag der Organisation anerkannt. Die Sperre ist somit aufgehoben. — Wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages bleiben die Restaurateure Troack, Schönhauser Allee 72, und Pirnau's „Gadepeier“, Gr. Frankfurter Str. 106, sowie die Fleischerereien: Horn, Danziger Str. 9, Bösch, Ede Reichenberger und Forsterstraße, und Böhle, Pall-Jadenstr. 29, gesperrt.

Zum Streik der Maßschuhmacher. In der Hofschloßstr. 15, wird von dem Inhaber und dem Gesellen Neusch Streifarbeitsfertigkeit. Desgleichen bei Ratheß, Seumestr. 30, wo auch der Plagarbeiter Bernhard Lehmann seinen Kollegen in den Rücken gefallen ist. Auch in der Hofschloßstr. von Borgwardt, Müggelstr. 1/2 in Lichtenberg, wird Streifarbeits angefertigt. Herr Saunold, Müggelstr. 5, ist infolge eines Irrtums veröffentlicht. Dort wird keine Streifarbeits angefertigt. Wir ersuchen, davon Notiz zu nehmen.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Geschäftstelle Berlin.

Achtung, Schuhmacher! Wir weisen besonders darauf hin, daß die Stichwahlen zum Verbandstag am Donnerstag, den 7. Mai, stattfinden. Näheres im Anserat.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Nachstehende Lokale in Treptow sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt: Hauptrestaurant „Eierhaus 2“ (Inhaber Kammla), Stehbierhalle „Eierhaus 2“ (Inhaber Wansche), Stehbierhalle am „Paradiesgarten“ (Inhaber Ganjberg). Die Inhaber dieser Lokale lehnen jede Vereinbarung mit der Organisation ab und beschäftigen Kellner gelber Vereine.

Deutsches Reich.

Am die Einführung des Reichstarifs kämpfen die Maler und Anstreicher in Weibert. Bekanntlich haben die rheinisch-westfälischen Unternehmer im Malergewerbe den im vorigen Jahre abgeschlossenen Reichstarif nicht anerkannt und sind deshalb, mit dem Malel des Tarifbruches behaftet, aus dem Hauptverband der Unternehmer ausgeschlossen worden. Der Kampf wird weniger um eine Lohnhöhung, weil die im Reichstarif vorgesehenen Löhne bezahlt werden, sondern um die Anerkennung des Reichstarifes geführt. Da im ganzen Rheinland und Westfalen zurzeit die Bewegung entbrannt ist oder bevorsteht, ist den zureichenden Malergehilfen zu empfehlen, bevor sie Arbeit nehmen, bei der Organisationsleitung darüber Erkundigungen einzuziehen, ob bei der Firma nicht auch Differenzen bestehen. Der Zugang nach Koblenz, Neuf bei Düsseldorf und Weibert ist strikte zu vermeiden, da sich in diesen Orten die Malergehilfen zur Anerkennung des Reichstarifes im Streik befinden.

Wie sieben Brauereien in Wiesbaden und Mainz, die zusammen vierzig Arbeiter beschäftigen, konnte der Zentralverband der Bäcker und Konditoren die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich regeln. Bei einer zehnständigen täglichen Arbeitszeit und sechs Schichten in der Woche beträgt der wöchentliche Mindestlohn 30 M. In Wochen mit Feiertagen werden fünf Schichten geleistet. Nebenstunden werden mit 60 Pf. bezahlt. Alle vor dem 1. Januar in Arbeit gestandene Arbeiter erhalten in den Sommermonaten eine Woche Ferien.

Zukunft Vorlesungen, die ohne Damen stattfinden sollen, in den männlichen Abteilungen der Rotunden abzugeben, da die dortigen Türhülder „Für Herren!“ schon vorhanden und auch stets respektiert worden sind.

Notizen.

— **Wichtige neue Kleisbriefe.** Der Direktor der Dredener sächsischen Sammlungen Dr. Rinde-Wouet hat Briefe aufgefunden, die Heinrich v. Kleist's Beziehungen zu seiner Cousine Marie v. Kleist aufheben und allem Anscheine nach besonders den edlen Charakter dieser Frau, die den Dichter begriff und zu stützen suchte, durch neue Tatsachen erhärten. Die bisher geltende Annahme, die Königin Luise habe dem Dichter eine Pension gezahlt, dürfte nicht länger zu halten sein: Marie v. Kleist selber war die Gabein und hat jene Legende erfunden, um den Dichter zur Annahme des Geldes zu veranlassen. Auch eine neue Fassung des wilden Gedächts gegen die französische Fremdherrschaft („Salage ihn tot! Das Weltgericht fragt nach euren Gründen nicht“) soll gefunden sein.

— **Vorträge.** Der Verein Berliner Freie Studentenschaft eröffnet das Sommerhalbjahr am 4. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Café Austria, Potsdamer Str. 28, mit einem Vortrage über die letzten Verluste sozialer Betätigung in der Studentenschaft.

— **Musikchronik.** In dem am 3. Mai im großen Saale der „Neuen Welt“ stattfindenden Volks-Oratorienkonzert der Stadt Reußlin führt der Oratorienverein zu Reußlin zum erstmaligen Mendelssohns „Elias“ auf.

Max Meger ist von der Leitung der Reiminger Hofkapelle zurückgetreten. Der Jenenser Universitäts-Musikdirektor Fritz Stein wird ihn ersetzen.

— **Kunstchronik.** Die Kunstgewerbe- und Handwerkerchule Charlottenburg läßt zur Vorbereitung der Arbeiten ein, die sie auf der Deutschen Werkbundausstellung in Köln in der Abteilung: „Künstlerische Erziehungsmethoden“ zeigen wird. Die Arbeiten sind im Festaal des Charlottenburger Rathauses, Berliner Straße 72 (Untergrundbahnhof Wilhelmplatz), bis zum 6. Mai täglich von 10 bis 7 Uhr zu besichtigen.

— **Otto Heune am Rhein.** Der Verfasser kulturhistorischer Schriften, die viel gelesen wurden, ist 86 Jahre alt, in Weiz in Steiermark gestorben.

— **Stillerons Kriegsnovellen** kommen im Verlag Schuster u. Poeschl, Berlin, in den nächsten Tagen in neuen Drucken heraus, die bis zum 150. Tausend reichen.

— **Der geheizte Handlauf.** Bei jedem Wetter, bei dem schneidenden Winde, hat der Kraftwagenführer die Hände am Steuerende: was Wunder, wenn ihm die Finger frieren! Ein Erfinder sucht dem abzuwehren und hat sich, wie der „Prometheus“ berichtet, einen elektrisch heizbaren Handlauf durch Patent schützen lassen. Als Heizkörper dienen Widerstände: sie haben Kontakte an der äußeren Handlaufhülle, und diese werden an die Stromleitung gelegt, deren Kontakte am Steuerende liegen.

— **Weltsprachbewegung.** Ein erster Kongreß der Anhänger des Systems Ido soll vom 6.—8. September in Luxemburg stattfinden.

— **Nicht weniger als 157 Kongresse** werden während der Dauer der Deutschen Werkbundausstellung in Köln tagen.

Der Ueberschmuck. Die leichteste Erklärung des alten Kaisers gibt immer zu den schwersten Besorgnissen Anlaß. Aber diesmal war gar so viel schlimm. Alle Schmücke waren angelegt. Ihr Handwerk trieb die tollsten Blüten, lag doch ein Katarrh der Luftschleimhäute vor, und sie setzten, ergriffen von den Fiebererscheinungen, die bei dem alten Herrn auftraten, das ganze Welttheater in hellen Bewegung. Auf die Börse wirkte lähmend schon ein Wildhauer, das Diebstahlsgesicht des Kaisers, das in die Küche zurückwandern mußte, und die Papiere sanken mit jeder Steigung der hohen Temperatur des hohen Patienten.

Aber wie immer, war es auch diesmal der „Sozial-Anzeiger“, der (in der Zeit der Rot) publizistisch aus dem Vollen schöpfte. Er gab von dem Wlen dieser Tage ein Bild, das hier um jeden Preis höher gehängt werden muß.

„Man sieht“, erzählt er, „man sieht sie nicht, diese Art Lähmung, die über die Stadt kommt, wenn der Kaiser krank wird. Die Menschen ziehen wie sonst ihre Straße und die elektrischen Bahnen und Autos lärmen wie sonst. Und doch hält jeder den Atem an und wird nachdenklich. Ein unsichtbarer Schleier senkt sich gleichsam herab, als ob er eine Zukunft zu verhüllen hätte.“ Die Autos laufen wie sonst, aber der Chauffeur hält den Atem an und wird nachdenklich. „Es geht wie ein Ruck durch die Bevölkerung, wenn in der Zeitung steht, der Kaiser läßt sich erkälten. Da kommt es wie eine schmerzhafteste Ratlosigkeit über die Menge.“

Eine Art Lähmung, die man nicht sieht, kommt über die Stadt, ein Ruck geht durch die Bevölkerung, jeder hält den Atem an und mit einem Schauder geht die Phantasie durch. Und ferner kommt eine schmerzhafteste Ratlosigkeit über die Menge, er aber weiß sich zu helfen. Und so auch die Sprache der „Vulgarität“ immer heftigster wird, er tragt sich mit den schäbigsten Impressionen herum; für das kostbare Leben des Kaisers gibt man fast keinen roten Heller mehr, er aber verdient.

Humor und Satire.

Nur für Herren! Professor Roethe von der Berliner Universität hat seine Vorlesungen: „Geschichte der deutschen Literatur des siebenzehnten Jahrhunderts“ damit begonnen, daß er der weiblichen Hörschaft ankündigte: er werde während des Semesters einige Male die Damen bitten, bei bestimmten Vorlesungen nicht zu erscheinen.

Wie verlautet, wird das Vorgehen Schule machen. Die Dozenten der verschiedenen Fakultäten sollen beschließen haben, bei Behandlung diverser Thematia Hörschwestern auszuschließen. Und zwar: der Anatom bei Demonstration des Adamsapfels; der Zoologe bei den Kapiteln von der Liebe des Rächten und der unbeschlechten Empfängnis, der Jurist bei den §§ 750—761 des Bürgerlichen Gesetzbuchs; der Astronom beim Durchgang der Venus; in der Technischen Hochschule: Konstruktion der Rutterstschrauben.

Auf besonderten Senatbeschlusß hin sollen, wie eine allerdings noch unverbürgte Nachricht wissen will, in der Chemie Immatrikulationen von Studienmännern überhaupt nicht mehr stattfinden, da die Chemie die „Schweidkunzt“ ist.

In übrigen wird eifrig weiter nach anstößigen Themen gesucht, und demnächst sollen Preise für das Finden solcher am „Schwarzen Brett“ angekreidet werden. Angeregt wurde, für die

Jugendbewegung.

Wo das Geld bleibt!

In der Sitzung des Budgetausschusses des Preussischen Abgeordnetenhauses vom 27. April gab ein Vertreter des Kultusministers Aufschluss über die Verteilung der Staatsfonds für Jugendpflege im Jahre 1913. Zur Jugendpflege wurden verwendet für dahin zielende Einrichtungen an Volksschulen 34 800 M., an Fortbildungsschulen 54 000 M., an Fachschulen 1106 M., an kirchliche Veranstaltungen 190 237 M., an Gemeinden 178 182 M., an nationale Turn-, Spiel- und Sportvereinigungen 160 282 M., an sonstige „im vaterländischen Sinne geleitete Vereinigungen“ 80 522 M., an Orts- und Kreisvereinigungen für Jugendpflege 285 685 M., an sonstige Empfänger 155 050 M. Ferner wurden verwendet zur Deckung dorerer Ausgaben, die den nebenamtlichen Jugendpflegern entstammen, 38 157 M., für Abhaltung von Jugendpflegerversammlungen in den Provinzen 106 413 M., an Landesanstalten 40 171 M., für Anschaffungen von Schriften, Lichtbildern, Wanderpreise 3713 M., zu Beihilfen für eine Jugendpflegelieferung usw. 32 657 M., zur Verfügung der Regierungspräsidenten verblieben am Ende des Jahres 183 030 M. und an der Zentralinsanz 16 425 M.

Man sieht aus diesen Zahlen, welche bedeutenden Summen aus der großen Goldquelle in Berlin zur Erfrischung der christlich-nationalen Jugendbewegung ins Land fließen. Immer wieder muß dabei auf das Erbitternde hingewiesen werden, daß von diesen großen Beträgen, die aus den Steuergrößen des ganzen Volkes ausgebracht sind, kein Pfennig der Arbeiterjugend zugute kommt, sondern die Summen fast ausschließlich von Leuten verbraucht werden, die dem bürgerlichen Jugendpflegesport ganz gut aus eigenen Mitteln kuldbilden oder ihren Bedarf an Geld, wie früher auch, zusammenhohlenen könnten.

In der Kommissionssitzung wurden bewegliche Klagen laut, daß einige liberale Landräte den kirchlichen Vereinen den Geldsack recht hoch hängen. Der Vertreter des Kultusministers mißbilligte das natürlich und versprach den guten Christen, daß sie überall zu Gottes Hilfe auch noch die staatlichen Hundertmarkscheine bekommen sollen. Ein weiterer Wunsch ging dahin, Jugendheime zu errichten, die zugleich als Logishäuser dienen könnten. Dem „Wandervogel“ wurde von einigen Seiten zugehört, weil er beschloffen hat, Juden nicht mehr aufzunehmen. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, daß der Wandervogel sich an dem Gerichte um den Jugendkorruptionsfonds nicht beteiligt. Er hat noch keinen Pfennig Staatsunterstützung erhalten.

Aus Industrie und Handel.

Bautätigkeit und Wohnungsmarkt.

Von der Bautätigkeit und dem Wohnungsmarkt in deutschen Städten im Jahre 1913 wird in einer Sonderbeilage zum „Reichs-Arbeitsblatt“ berichtet. Die Statistik erstreckt sich auf die Städte mit über 50 000 Einwohnern. Wie im Vorjahr litt der Baumarkt unter dem hohen Zinssatz. Von 35 Städten, für die sich die Angaben über die Bautätigkeit in den letzten beiden Jahren vergleichen lassen, hatten nur 14 eine stärkere, 21 aber eine geringere Bautätigkeit aufzuweisen. Den härtesten Wohnungsmangel zeigt Buer mit 61,36 v. T. des Bestandes, Düsseldorf mit 41,19 v. T., Königsberg mit 32,47 v. T., Bernau mit 30,79 v. T., den geringsten Wiesbaden mit 3,31 v. T., Vorbeck mit 4,91 v. T., Darmstadt mit 5,10 v. T., Götting mit 5,15 v. T., Berlin mit 5,90 v. T. Der Zugang an Mietwohnungen war bei 42 Städten geringer als der Zugang an Wohnungen überhaupt, nur bei 10 Städten war er größer.

Der geringen Bautätigkeit entsprechend hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen abgenommen. Nur in 10 Städten ist der Bestand an leerstehenden Wohnungen gestiegen, in 3 ist er gleichgeblieben, bei 43 aber zeigt sich ein zum Teil recht erheblicher Rückgang. Im Verhältnis zum Bestand hatte die meisten leerstehenden Wohnungen Hamburg mit 5,8 v. H., Wilmersdorf mit 5,5 v. H., Steglitz mit 5,4 v. H., Altona mit 4,7 v. H., Reutlingen mit 4,5 v. H. und Berlin mit 4,4 v. H. aufzuweisen. Die wenigsten leerstehenden Wohnungen hatte Dortmund mit 0,3 v. H., Ulm mit 0,4 v. H., Wiesfeld, Linden, Lübeck, Neulinghausen und Stettin mit je 0,5 v. H.

Eine neue Pacificbahn in Kanada.

Die Canadian Northern Railway-Gesellschaft soll mit Hilfe der Regierung erneuert werden. Die Regierung übernimmt die Garantie für neue Bonds der Gesellschaft. Die Höhe der neuen Anleihe wird 45 Millionen Dollar betragen; ihr Erlös ist zur Vervollständigung und zum Ausbau des transkontinentalen Eisenbahnsystems bestimmt. Die Regierung übernimmt, falls nötig, die Zahlung der Zinsen auf die neuen Bonds und garantiert die Erfüllung des Zinsendienstes für die Dauer von drei Jahren nach Eröffnung des Durchgangsverkehrs zwischen Montreal und der pazifischen Küste.

Das Aktienkapital der Canadian Northern Railway Co. und ihrer Untergesellschaften, das sich auf 145 Millionen Dollar beläuft, wird auf 100 Millionen Dollar reduziert und bildet das Kapital einer neuen Gesellschaft, die die verschiedenen Untergesellschaften zusammenfaßt. Die Regierung erhält 40 Millionen Dollar zum

Renntwert. Als Sicherheit für die zu leistende Garantie erhält die Regierung eine Hypothek auf die Linien der Canadian Northern Ry., die die drei Prairie-Provinzen durchziehen und deren Länge ungefähr 5000 Meilen beträgt. Zu den Untergesellschaften, die in der neuen Gesellschaft zusammengeschlossen werden, gehören verschiedene Eisenbahngesellschaften, die Terminal Co., Telegraphen-, Express- und Elevatoren-Gesellschaften und die Canadian Northern Steamship Co.

Das erste Auswandererschiff von Emden. In Emden wurde am Donnerstag der Dampfer „Kugia“ der Hamburg-Amerika-Linie mit Zwischendeckpassagieren und Ladung nach Philadelphia abgefertigt. Damit hat der erste Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie im nordamerikanischen Dienst von Emden die Ausreise angetreten.

Gerichtszeitung.

Rettung aus Lebensgefahr kein Notstand?

Eine eigenartige Auslegung des Begriffs Notstand wurde in einem von dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg gefällten Urteil gegen einen praktischen Arzt Dr. Sch. aus Steglitz zum Ausdruck gebracht.

Gegen Dr. Sch. war von der Polizeibehörde ein Strafmandat erlassen worden, weil er eines Nachts mit einem unbeleuchteten Automobil durch die Straßen von Steglitz gefahren war. Der Arzt gab den Sachverhalt zu, gab aber folgende Erklärung hierfür. Er sei in der fraglichen Nacht zu einem schwerkranken, mit dem Tode ringenden Kinde gerufen worden. Als er sein Automobil aus der Garage herauszog, habe er zu seinem Schreden gesehen, daß die Akkumulatorenbatterie, welche die Laternen speiste infolge Kurzschlusses völlig entladen war, so daß die Lampen nicht brannten. Mitten in der Nacht habe er keine Möglichkeit gehabt, sich eine andere Batterie oder eine andere Laterne zu beschaffen. Er sei deshalb mit dem unbeleuchteten Wagen losgefahren und gerade noch zu rechter Zeit gekommen, um dem Kinde durch eine Serum-injektion das Leben zu retten. Auf der Rückfahrt sei er dann von einem Polizeibeamten angehalten und aufgegriffen worden. Der vorliegende Fall sei geradezu ein Schulfall von Notstand. Er hätte es mit seinem ärztlichen Gewissen keinesfalls vereinbaren können, weil zufällig seine Laternen nicht brannten, ein mit dem Tode kämpfendes Kind im Stich zu lassen.

Das Schöffengericht erkannte auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von 1 M. mit der Begründung, daß jene Bestimmungen zum Schutze der Allgemeinheit erlassen seien und das Interesse der Allgemeinheit bzw. der Schutz des Publikums höher stehe als das Interesse des einzelnen Individuums.

Die Auslegung des Gerichts entspricht freilich dem Buchstaben des Gesetzes, nach dem (§ 54 des Strafgesetzbuchs) Notstand nur vorliegt, wenn die Tat zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Täters oder eines Angehörigen begangen worden ist. Bei freierer Auslegung des Gesetzes konnte man aber sehr wohl zu einer Freisprechung gelangen, weil der Arzt in Ausübung seiner höher als die Beachtung einer Ordnungsanordnung stehenden Pflicht, also nicht rechtswidrig, gehandelt hatte.

Rotweh oder Schuld?

Die Bluttat in Glienide an der Nordbahn, welcher im Herbst des vergangenen Jahres der Bankier Mathesius zum Opfer fiel, hatte am 1. Mai ihr gerichtliches Nachspiel vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bahr. Unter der Anklage der fahrlässigen Tötung, der Bedrohung und verübten Nötigung hatte sich der Maler Karl Basin, wegen verübter Nötigung hatten sich der Maurer Alois Heinze und der Malergehilfe Ballasch zu verantworten.

Im Oktober fanden bei dem Bankier Mathesius Ausbesserungsarbeiten statt, die von dem Maurermeister Ursium geleitet wurden. Am 16. kam es zu einem Austritt zwischen den Arbeitern und Herrn Mathesius, der darauf zurückzuführen war, daß ihnen Ursium ihren wohlverdienten Wochenlohn nicht zahlen konnte und ihnen gesagt hatte, sie sollten sich den Lohn von Herrn Mathesius holen. Die Angeklagten hatten schon einmal wegen ausbleibender Lohnzahlung durch Ursium aufgehört zu arbeiten, die Arbeit aber wieder aufgenommen, nachdem, wie sie behaupten, ihnen gesagt worden war, Mathesius garantiere für den Lohn. Am 18. Oktober begaben sich die Angeklagten in großer Erregtheit zu M. und suchten ihn zu bewegen, doch den Lohn für Ursium zu bezahlen. Mathesius soll sie mit dem Revolver in der Hand empfangen und ihnen geantwortet haben: er gebe nichts mehr, denn Ursium habe schon mehr weg, als er zu bekommen habe. Basin soll hierauf ausgerufen haben: „Wenn Sie uns kein Geld geben, sind Sie ein Lump!“ und als Ballasch noch einmal Herrn M. eine Bezahlung des Lohnes nahelegte, soll nach der weiteren Behauptung der Angeklagten Mathesius gerufen haben: „Geben Sie die Treppe hinunter oder ich schieße Sie über den Haufen!“ Dann verriegelte M. die Tür und die Angeklagten gingen hinunter. In seiner Empörung über die Nichtzahlung seines Lohnes nahm Basin einen Mauerstein auf und warf ihn gegen die Tür mit den Worten: „Man müßte die ganze Tude hier in Klumpen schlagen.“ Die

Angeklagten zogen nun den Jagdmagen des Mathesius aus der Kamise und erreichten hierdurch, Mathesius noch einmal zum Herunterkommen zu bewegen. Als dieser auf der Bildfläche erschien, soll er den Revolver in der Hand gehalten haben. Basin sprang auf ihn zu, packte ihn an der Hand und suchte ihm den Revolver zu entreißen. Dabei fiel plötzlich ein Schuß, die Kugel drang Mathesius durch die linke Wange in Höhe des Nasenflügels in den Kopf und führte den sofortigen Tod herbei. Basin rief ganz entsetzt: „So sollte es doch nicht kommen, ich denke doch nicht, daß das Ding gleich losgeht“ und rannte selbst nach einem Arzt. Hierauf stellte er sich selbst der Polizei. Es wurde zunächst ein Verfahren wegen Mordes gegen ihn eingeleitet, dieses aber später auf fahrlässige Tötung eingeschränkt. Die verübte Nötigung wurde in dem Herausziehen des Jagdmagens, die Bedrohung in dem Werfen mit dem Mauerstein gefunden. — Rechtsanwalt Dr. Herbert Fuchs hielt eine Freisprechung für geboten und führte insbesondere für Basin aus, daß dieser sich im Stande der Notwehr befunden und eine Fahrlässigkeit ihm nicht zur Last falle. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Basin wegen Bedrohung und fahrlässiger Tötung zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft und sprach die beiden Mitangeklagten frei.

Politische Versammlung?

Eine das Vereinsgesetz berührende Frage hatte gestern die 141. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte zu entscheiden. Der prakt. Arzt Dr. med. Konrad Gold, der Kirchhofswart und Geschäftsführer der Freireligiösen Gemeinde Adolf Harndt und der Schriftführer des Komitees „Konfessionslos“ waren angeklagt, gegen die §§ 5, 6, 18, Ziffer 2, des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 verstoßen zu haben. Sie sollen am 20. November v. J. öffentliche Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten (politische Versammlungen) ohne die vorgeschriebene Anzeige bzw. Bekanntmachung veranstaltet haben. Sie hätten durch Annoncen im „Vorwärts“ und durch Plakate für den 20. November drei große Doppelvesammlungen zum „Massenstreik gegen Staatskirche, Reaktion und Wuchererum“ einberufen, ohne polizeilich anzumelden, daß es sich um „öffentlich-politische Versammlungen“ handle. — Die Angeklagten und der Verteidiger Dr. E. Rosenfeld bestritten, daß die als einziges Beweismaterial vorliegende Anzeige die Schlussfolgerung zulasse, daß es sich um öffentlich-politische Versammlungen handele.

Der Rechtsanwalt beantragte zu 20 M. Geldstrafe, da, solange die Verquickung von Staat und Kirche bestehe, die auf der Versammlung erörterten Fragen politische Angelegenheiten betreffen. — Auch das Gericht war derselben Meinung. Alles, was sich auf Staatsverwaltung und Staatsverwaltung beziehe, falle in das Gebiet der politischen Angelegenheiten und Versammlungen dieser Art müssen in der Weise publiziert werden, wie es den Vorschriften des Vereinsgesetzes entspricht. Die Angeklagten wurden zu je 3 M. Geldstrafe eventl. 1 Tag Haft verurteilt.

Mildes Urteil gegen einen Automobilisten.

In auffallendem Gegensatz zu den oft ungerechtfertigterweise überaus harten Urteilen gegen berufsmäßige Chauffeure steht ein Urteil, das gegen einen Kommerzienrat ergangen ist, der einen Mann überfuhr, ihn dann hilflos liegen ließ, so daß der Ueberfahrene verstarb.

Vor der Rammbeimer Strafkammer stand der Kommerzienrat H. P. B., der frühere Inhaber der Maschinenfabrik „Adenia“ in Weinheim wegen Anstiftung zu einem Vergehen als Angeklagter. Am Abend des 26. Oktober v. J. hat das Automobil des Kommerzienrates zwischen Schriesheim und Leutershausen an der Bergstraße einen Arbeiter überfahren. Der Mann hatte eine starke Kopfverletzung und blutete so stark, daß sich auf der Landstraße eine Blutlache gebildet hatte. Anstatt den Verletzten in das Auto zu nehmen und zum nächsten Krankenhaus zu bringen, ließ man den schwerverletzten Mann liegen und fuhr nach Schriesheim. Dort stieg der Notar Leders, der zur Pflanzschule Autogesellschaft gehörte, bei der Polizeiwache ab und rief zur Tür hinein: „Da draußen an der Straße nach Leutershausen liegt einer, er ist betrunken, es ist wahrscheinlich ein Schnapsler!“ Die zwei Schriesheimer Polizisten begaben sich auf die Suche, kehrten aber, als sie bis zum Cridausgang nichts fanden, wieder zurück. Am anderen Morgen fand man eine Leiche; es war die des überfahrenen 62 Jahre alten Tagelöhners Michael Leidner aus Rimbach. Erst zwei Wochen später konnte der Autobesitzer festgestellt und zur Verantwortung gezogen werden. Vom Schöffengericht wurde der Kommerzienrat merkwürdigerweise freigesprochen. Das Gericht hatte seine ebenfalls merkwürdige Verurteilung, „der Mann könne ja von einem anderen Auto überfahren worden sein“, Glauben geschenkt. Hatten etwa die Schwören angenommen, der von dem Kommerzienrats Auto überfahrene, den man blutend hatte liegen lassen, habe sich bald wieder erholt und sei dann seines Weges furchig gegangen, genau an derselben Stelle sei dann in derselben Nacht ein anderer Mann von einem anderen Auto überfahren und getötet worden? Die Strafkammer kam vernünftigerweise zu einem anderen Schluß und zu einer Verurteilung des Angeklagten. Die Strafe fiel allerdings sehr milde aus. Sie lautete auf — 300 M. Geldstrafe.

Stiller

Gegr.
1867



Zentrale: C., Jerusalemer Str. 32-35

Potsdamer Straße Nr. 2	Oranien-Straße Nr. 161
Tauentzien-Straße 19a	Gr. Frankfurter Str. 123
Tauentzien-Straße 7b	Chaussee-Straße 114-115
Friedrich-Straße Nr. 75	Schönebg., Haupt-Str. 146
König-Straße Nr. 25-26	Neuhölln, Berg-Straße 25
Rosenthaler Straße Nr. 5	Charl., Wilmersdorfer Straße 45

Sweignieberlassungen: Hamburg · Lübeck · Rostock
Stettin · Danzig · Königsberg · Bromberg · Posen
Görlitz · Dresden · Halle · Magdeburg · Cassel

Allein-Verkaufs-Stellen an vielen anderen Plätzen.

Für unsere Damen

Was die diesjährige Sommer-Mode speziell an reizenden Halbschuh-Neuheiten bringt, ist in den Geschäften der alten Stiller-Firma in unübertroffener Reichhaltigkeit vertreten.

Stiefel mit feinfarbigem Chevreaux-Ledereinsätzen grau, beige und braun für Damen und Herren.

Leinen-Schuhe · Tennis-Schuhe · Sandalen
Kinder-Stiefel in reizenden Ausführungen.

Hauptpreislagen für moderne Damen- und Herren-Stiefel

8⁷⁵ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Reichstag.

26. Sitzung, Freitag, den 1. Mai 1914, nachmittags 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Kommissare.

Kurze Anfragen.

Abg. Dittmann (Soz.)

fragt, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß beim Infanterieregiment Nr. 43 in Stralsund und Elbehof infolge von Ueberanstrengung bei Feldübungen im Gelände viele Erkrankungen vorgekommen sind, so daß die Lazarette zeitweilig überfüllt waren, daß zwei Soldaten der 2. Kompanie infolge dieser Ueberanstrengung nach kurzer Erkrankung starben, und daß zwei andere Soldaten der 2. Kompanie aus Verzweiflung ihre im Leben ein Ende machten, und was der Reichskanzler zu tun gedenke, um solchen Vorkommnissen vorzubeugen.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Es ist nicht zutreffend, daß infolge von Ueberanstrengungen viele Erkrankungen vorgekommen und die Lazarette zeitweilig überfüllt waren, es ist auch nicht zutreffend, daß zwei Soldaten an den Folgen von Ueberanstrengung starben, vielmehr starb der eine an Genickstarre, der andere infolge eines Unglücksfalls, es ist auch nicht richtig, daß zwei Soldaten ihrem Leben ein Ende machten, vielmehr kam nur ein Selbstmordversuch vor, dessen Ursache in keinem Zusammenhang mit den in der Anfrage genannten Umständen steht. Im übrigen wird die Beantwortung der Anfrage abgelehnt, da weder der Reichskanzler noch der Reichstag in Angelegenheiten der Ausbildung der Truppen zuständig ist (Wachen bei den Sozialdemokraten).

Abg. Dittmann (Soz.):

Ich frage weiter zur Ergänzung, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß bei den in der Anfrage erwähnten ununterbrochenen fünfjährigen Feldübungen die Soldaten nicht aus den Kleiderkasten und daß nicht für Quartiere und Verpflegung gesorgt war. Ist es ferner dem Reichskanzler bekannt, daß einer der ums Leben gekommenen Soldaten von 4 Uhr früh bis 7 Uhr abends ununterbrochen Dienst hatte, und in der Nacht in der Kälte auf Poeten lag, so daß er 40 Stunden lang nicht aus den Kleidern herausgekommen ist.

Generalmajor Wild v. Hohenborn:

Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

Abg. Dittmann (Soz.):

Ich frage weiter zur Ergänzung, ist der Reichskanzler bereit, wenn ihm Material dafür überreicht wird, daß die in seinem Namen abgegebene Erklärung unzutreffend ist, von neuem Ermittlungen anstellen.

Präsident Koempf:

Das ist keine Ergänzung der Anfrage.

Abg. Birkenmayer (Z.)

fragt, ob der Reichskanzler seinen amtlichen Einfluß zur möglichst umfangreichen Vermeidung des von dem Dr. Kallebrein in Karlsruhe hergestellten Seilmittels gegen Infektionskrankheiten geltend zu machen gedenke.

Ministerialdirektor v. Jonquières:

Derartige Auskünfte müssen, wenn auch ungewollt, zur Klärung oder zur Distinktion solcher Heilmittel dienen; sie müssen daher grundsätzlich abgelehnt werden, wenn nicht ganz besondere Rücksichten des öffentlichen Wohles ausnahmsweise einmal eine Abweichung gebieten.

Hierauf wird die erste Beratung des

Internationalen Vertrages zum Schutze des menschlichen Lebens auf See

fortgesetzt.

Ministerialdirektor v. Jonquières:

Herr Schumann hat gestern die Gewinn- und Verlustrechnung des Reedkapitals für das Unglück der „Titanic“ verantwortlich gemacht und ferner geäußert, wenn nur das Leben von Zwischenredern verloren gegangen wäre, so hätte die Regierung nicht eingegriffen. Ueber diese Beurteilung der Dinge muß ich meiner Entrüstung Ausdruck geben. Auf der „Titanic“ haben keineswegs die Passagiere 1. Klasse die Hauptrolle gespielt, um ist das Leben eines Zwischenreders genau so wertvoll wie das eines amerikanischen Milliardärs. Auch ohne derartige Katastrophen geschieht das notwendige, und wir hatten bereits die Einführung der drahtlosen Telegraphie ins Auge gefaßt. Weiter erbob Herr Schumann den Vorwurf, die seemannischen Arbeiter seien bei Veranlassung der Konferenz nicht gehört worden. Das ist unzutreffend, sie sind gehört worden, und zwar durch Vermittlung der Seearbeitergenossenschaft. Doch diese Änderung nur eine Formalie war, muß ich entschieden in Abrede stellen. Der Ratifizierung hat auch den Punkt zur Sprache gebracht ob an die Ausgucksteuergläser gegeben werden sollten, und es wurde einstimmig beschlossen, hierüber erst die Ansichten der übrigen Nationen auf der Konferenz zu hören. Nach den Erfahrungen der Amerikaner wurde davon Abstand genommen. Daß auf der Konferenz selbst die Arbeiter nicht besonders vertreten waren, ist nur begreiflich, die Passagiere, die doch vor allem ein Interesse an der Sicherheit haben, waren so auch nicht vertreten. Die amerikanische Regierung hat ihren Vertretern einen Sachverständigen aus Arbeiterkreisen mitgegeben, aber sämtliche Erfahrungen damit gemacht, denn er hatte wegen Meinungsverschiedenheiten mit den übrigen Ratifizierern sein Mandat niedergelegt. Das ist natürlich kein Beweis dafür, daß die übrigen Ratifizierer im Unrecht waren. Ferner meinte Herr Schumann, es würde nichts Geheimes herauskommen, wenn nicht für die Durchführung der Vorschriften Sorge getragen würde, und verlangte hierfür ein Reichssekretär. Die Frage der Durchführung beschäftigt uns jetzt nicht, es wird Ihnen in der nächsten Session ein Ausführungsgezet vorgelegt werden. Wenn Herr Schumann sich aber gegen die Beteiligung der Seearbeitergenossenschaft an der Kontrolle wendet, so halte ich ihm entgegen, daß wir die Seearbeitergenossenschaft für durchaus geeignet halten, um die Funktionen, die einer solchen Organisation obliegen, zu erfüllen.

Abg. Dr. Pfleger (Z.):

Wir sind der Meinung, daß der Vertrag geeignet ist, die Sicherheit zur See zu fördern. — Es muß zurückgewiesen werden, daß die deutschen Kaufleute, daß vor allem auch die Reeder und bankrotten Kaufleute bei solchen Dingen stets nur an ihren Gewinn denken (Prab.).

Abg. Baffermann (nall):

Den Vertrag begrüßen wir mit Vergnügen. — Die Behauptung des Abg. Schumann, daß ohne die „Titanic“-Katastrophe auf diesem Gebiete nichts geschehen wäre, weisen wir mit Entschiedenheit zurück. Zur Kontrolle der Durchführung der Vorschriften des vorliegenden Vertrages wünschen wir nicht ein neues Reichsamt. Die Angriffe der Sozialdemokraten gegen die Seearbeitergenossenschaft sind unbedeutend.

Abg. Graf Westarp (L.):

Auch meine politischen Freunde werden dem Vertrage zustimmen, in dem wir einen großen Fortschritt erblicken. — Die Frage, wie später die Ueberwachung der Durchführung geregelt

wird, steht heute nicht zur Diskussion; doch muß ich zurückweisen, daß die Seearbeitergenossenschaft hierfür nicht in Frage kommt. Ganz im Gegenteil haben wir zur Seearbeitergenossenschaft volles Vertrauen.

Abg. Dr. Heckscher (Vp.)

schließt sich den Vorrednern an und polemisiert gegen den Abgeordneten Schumann, dessen Ausführungen von einem Haß gegen die Seearbeitergenossenschaft getragen waren. Die Behauptung, daß die Reeder nur deshalb etwas getan haben, weil bei dem „Titanic“-Unglück auch Passagiere erster Klasse umgekommen sind, ist vom schlimmsten Klassenhaß eingegeben. (Ouz! hu! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Der Abgeordnete Schumann hat mit seiner giftigen, haß erfüllten Rede nur seine Pflicht als Sozialdemokrat getan. Dadurch wollen wir uns aber nicht die Freude an dem großen Fortschritt verderben lassen, den wir mit diesem Vertrage machen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.):

Auch meine Freunde sind von dem Abkommen befriedigt.

Abg. Stolten (Soz.):

Ich hätte aus dem Vortrage schließen können, wenn man nicht der Regierung und der Seearbeitergenossenschaft hier ein solches Lob gesungen hätte, und Herr Heckscher mich nicht in Gegenwart zu meinem Parteifreund Schumann zu bringen versucht hätte. Sachlich stehe ich ganz auf dem Standpunkt Schumanns, selbstverständlich ist es Sache des Temperaments, wie man seine Auffassung zum Ausdruck bringt. Der Ministerialdirektor hat sich über die Bemerkung entzweit, wenn es sich nicht um verunglückte reiche Leute gehandelt hätte, so wäre nicht eingegriffen worden, und hat auf die große Zahl der Zwischenredspassagiere hingewiesen. Das beweist doch nicht, daß auch eingegriffen worden wäre, wenn nur Zwischenredspassagiere auf dem Schiff gewesen wären. (Murrhe.) Aber ich nehme ohne weiteres an, daß bei einem solchen ungeheuren Unglück die Regierung auch eingegriffen hätte, wenn es sich nur um Zwischenredspassagiere gehandelt hätte, denn das Gegenteil wäre ja ganz unverantwortlich. Aber die Verurteilung der Regierung bei solchen und ähnlichen Katastrophen immer einseitig, ist nicht ganz richtig; wir haben beispielsweise auf anderen Gebieten in Bergwerken

Jahr für Jahr große Katastrophen

zu verzeichnen, und noch immer ist nicht das nötige geschehen, um ihnen vorzubeugen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Heckscher erhebt den Widerspruch der Entrüstung mit der Drahtung, die Reederorganisationen würden nicht mehr mit den Arbeiterorganisationen verhandeln. Die Reederorganisationen verhandeln doch nicht wegen der schönen Augen der Arbeiter, sondern ihrer eigenen Interessen wegen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Bekämpfung der Nichtberufszugehörigkeit der Arbeiter zur Konferenz hält Herr Direktor v. Jonquières für unbegründet, weil auch die Passagiere keine Vertreter gehabt hätten. Wir haben in Deutschland etwa 80 000 Seeleute, die fortgesetzt auf See sind. Ich glaube nicht, daß zu irgendeiner Zeit im Jahre auch nur annähernd soviel Passagiere vor der See schwimmen. Natürlich hat jeder Seehändler das Interesse, vor Unfällen möglichst geschützt zu sein. Freilich hat das Wasser keine Balken, und es werden sich deshalb niemals alle Unfälle vermeiden lassen. Aber die neuen Vorschriften beweisen doch, daß es bisher mit den Schutzmaßnahmen nicht so stand, wie es hätte stehen können, wenn schon früher internationale Vereinbarungen getroffen worden wären.

Im Artikel 10 des Vertrages ist vorgesehen, daß, wenn Eis in der Nähe ist, im Dunkeln die Schnelligkeit des Schiffes gemäßigt werden soll. Wenn dies von der „Titanic“ befolgt worden wäre, so wäre wahrscheinlich das ganze Unglück verhindert worden. Da entsteht nun die Frage, welche Mittel zur Verhütung stehen, um in Zukunft die Befolgung der Vorschriften des Vertrages auch wirklich zu erzwingen, denn wir werden damit rechnen müssen, daß sich Widerstände gegen die Durchführung dieser Vorschriften geltend machen werden. Die Voraussetzung für eine wirkliche Durchführung ist die allerpeinlichste Befolgung aller Vorschriften. Dafür bietet aber zunächst der Vertrag selbst gar keine Garantie, und man fragt sich, was soll den Reedereien und Kapitänen geschehen, die diesem Vertrag zuwider handeln. Es wird Sache der Ausführungsgeetze sein, über die wir uns später zu unterhalten haben werden, und die dem Vertrag erst den rechten Inhalt zu geben berufen sind, auch solche

Strafen vorsehen

und überhaupt eine Ergänzung der Bestimmungen des Vertrages durch die Reichsregierung vorzunehmen. Ferner ist notwendig, daß auch schärfere Bestimmungen für das Leben und auch für die Gesundheit der Mannschaften an Bord geschaffen werden. Der Staatssekretär sprach gestern von der Erleichterung, die den deutschen Schiffen, wenn ihnen ein Sicherheitszertifikat ausgestellt ist, erwächst, indem sie dadurch frei werden von der Kontrolle in ausländischen Häfen. Wenn diese Kontrolle bisher geübt wurde, so ist das ein Beweis dafür, daß die Kontrolle in Deutschland unzureichend ist. Wenn nun die Zertifikate erteilt werden, so bedingt das, daß in Deutschland die Kontrolle mit aller Schärfe und Gründlichkeit durchgeführt wird. Und zwar muß diese Kontrolle von staatlichen Organen vorgenommen werden. Der Seearbeitergenossenschaft darf diese Kontrolle nicht überlassen werden, und zwar aus grundsätzlichen Erwägungen heraus. Die Seearbeitergenossenschaft ist eine Korporation von Interessenten, und wenn man sie mit der Ueberwachung der Schiffsmannschaft usw. beauftragt, so heißt das, eine gewisse Selbstüberwachung der Interessenten einzuführen, und diese wird auch beim besten Willen der Seearbeitergenossenschaft unzureichend sein. Nun hat man sich darüber empört, daß Schumann gestern gegen die Seearbeitergenossenschaft scharfe Worte gebraucht hat und hat die Unfallverhütungsvorschriften dieser Genossenschaft ganz besonders gerühmt. Ich will nur daran erinnern, daß diese Unfallverhütungsvorschriften eingelesen worden sind mit dem betäubigt gewordenen Wort: des verstorbenen Reichs:

Mundus vult decipi

(die Welt will betrogen sein). (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Damit meine er doch: Nicht nur sozial Unfallverhütungsvorschriften wie ihr wollt, vor der Welt sieht das gut aus; wir machen doch, was wir wollen. Dabei haben die Arbeiter großes Recht zu dem allerhöchsten Grade von Mißtrauen gegenüber der Seearbeitergenossenschaft. Und das kommt auch in Frage, wenn ihr die Ueberwachung dieses Vertrages übertragen werden sollte. Es ist etwas unter der Oberfläche im Wege gewesen, um das zu erreichen; aber selbst ein Organ, das so auf Seiten der Reeder steht wie die „Hamburger Nachrichten“, haben das für nicht wünschenswert erklärt. Wir verlangen, daß die Aufsicht von staatlichen Organen ausgeübt wird. Dr. Arendt meinte, dadurch würde die Disziplin an Bord der Seeschiffe leiden, wenn diese Organe paritätisch zusammengesetzt werden. Ich weiß nicht, welche Idee er von der Seeschiffahrt hat, ob er schon einmal auf See gewesen ist (Heiterkeit), jedenfalls wird er von den Wünschen der Seeleute keine Ahnung haben. Wenn er ein besonderes Verdienst an dem Zustandekommen des Vertrages für sich in Anspruch nahm, so läßt das auf kein besonders hohes Maß von Weisendheit schließen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, daß andere Leute um diesen Vertrag sehr viel größere Verdienste haben.

Schließlich will ich noch darauf hinweisen, daß vor allem nicht wenig sind

Vorschriften über ausreichende Besetzung der Schiffe,

über das Vorhandensein einer genügenden Zahl von Booten und sonstigen Rettungsrichtungen, Vorschriften über Vorkontrollen vor allem und über die Zahl der geprüften Bootleute an Bord. Dazu genügt es nicht, daß alle 14 Tage eine Übung vorgenommen wird. Viele Seeschiffe dauern ja gar nicht 14 Tage. All dies muß also viel genauer in den Ausführungsbestimmungen präzisiert werden als im Vertrage selbst. Und wenn dann der Vertrag auch in allen Stücken wirklich durchgeführt wird, so ist ja damit leider noch lange nicht alles erreicht, was auf diesem Gebiete erreicht werden möchte. Das beweisen schon die zahlreichen Wünsche, die dem Protokoll noch angehängt sind, und die Bemerkung des Artikels 30, daß weitere praktische Versuche gemacht werden sollen. Wir können nur hoffen, daß diese praktischen Versuche Erfolg haben werden. Vor allem muß im Auge behalten werden, daß die deutsche Reichsregierung Maßnahmen trifft, die geeignet sind, die strikte Durchführung der vertraglichen Bestimmungen wirklich möglich zu machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Vp.):

Dr. Arendt hat mangels Anerkennung von anderer Seite geglaubt, sich selbst einen Lorbeer winden zu müssen. (Heiterkeit.) Die Ausführungen des Regierungsvertreeters aber haben bewiesen, daß es einen Anstoß an dem Vertrage nicht bedurfte. Im übrigen freue ich mich, daß sich die Erwartung des Abg. Heckscher erfüllt hat, daß Abg. Stolten sich die Annahme seines Parteifreundes Schumann nicht zu eigen gemacht hat, daß der Vertrag nicht gekommen wäre, wenn nur Zwischenredspassagiere umgekommen wären.

Abg. Schumann (Soz.):

Ich bin nicht in der Lage, meine gestrigen Ausführungen irgendwie zu korrigieren. Jahr für Jahr haben wir Katastrophen erlebt, bei denen Menschenleben zugrunde gegangen sind, und trotz unserer ständigen Kritik ist bisher immer die Rücksicht auf das Profitinteresse der Reeder bei der Regierung ausschlaggebend gewesen. Auch der schon vom Abg. Stolten verlesene Satz der Deutschen über die Wirkungen der Konkurrenz der Reeder beweist, daß ich recht hatte. Ebenso eine andere Stelle, wo darauf hingewiesen wurde, daß die Abschaffung über das Zertifikat nur erreicht werden konnte, wenn wir uns verpflichteten, auch für die deutschen Schiffe die Bedingungen der ausländischen Gesetzgebung zu erfüllen. Herr v. Jonquières hat sich mit einer früheren Äußerung heute in Widerspruch gesetzt. Als ich seinerzeit behauptete, daß von den auf den deutschen Schiffen beschäftigten Mannschaften ein hoher Prozentsatz bootunkundig sei, wurde das von ihm bestritten. Heute hat er selbst gesagt, daß nur ein niedriger Prozentsatz der Schiffbesatzung bootunkundig sei. Aber was nützen dann die schönsten Rettungsrichtungen, wenn niemand versteht, mit ihnen umzugehen. Ich könnte an vielen Stellen ferner nachweisen, daß die Reedereien sich an die schönsten Unfallverhütungsvorschriften nicht halten. Die Seearbeitergenossenschaft und ihre Organe haben keine Macht, ihren Anordnungen den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Entscheidungen der Seemannsämter die Tatsache, daß Mangel an Rettungsrichtungen vorhanden ist und daß die Boote im unbrauchbaren Zustand sind. Selbst nach dem Titanic-Unglück hat die Seearbeitergenossenschaft eine Besichtigung der deutschen Reeder der Standpunkt von Reichssekretär vorgeschrieben, was nach „bei passender Gelegenheit“ Übungen mit den Booten vorgenommen werden müssen, also eine ganz nichtssagende Bestimmung. Doch heute noch für die deutschen Reeder der Standpunkt von Reichssekretär vorgeschrieben ist, beweisen Tausende von Klagen aus Kapitänen. So schreibt ein Kapitän: „Es gibt viele Reeder, die in

gewissenloser Weise

die Vorschriften außer acht lassen, wenn sie Zeit oder Geld sparen wollen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hört nur die täglichen Klagen der Staatsbeamten, wenn sie den Reeder gegenüber machtlos sind, weil sie keine Exekutivgewalt haben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und auf einer Versammlung des Vereins Deutscher Seeschiffer auf seiner Fahrt vom 4. Juli 1913 wurde darüber Beschwerde geführt, daß die Kapitäne von ihren Reedereien gezwungen werden, mit ihren Schiffen im überladenen Zustande über See zu fahren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wird erst anders werden, wenn unsere Forderung nach einem Reichsbemannungsgezet und einem Reichsschiffahrtsamt sowie von der Seearbeitergenossenschaft völlig unabhängigen Kontrollbeamten erfüllt ist.

Reeder polemisiert weiter gegen den Abg. Heckscher. Ob es zu Verhandlungen zwischen den Reedern und den Organisationen der Seeleute kommt, hängt von den gegenseitigen Machtverhältnissen ab.

Wir begrüßen das Ergebnis der Konferenz als ersten Schritt auf dem Wege, den wir mitmachen wollen, werden uns aber das Recht der Kritik niemals nehmen lassen, weil wir wissen, daß gewisse Kreise nur durch rücksichtslose Kritik auf dem Wege des Schutzes von Leben und Gesundheit der Mannschaften und Passagiere vorwärts getrieben werden können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Ich habe mich nicht als Urheber dieses Vertrages aufgespielt, Herrn Stolten gegenüber bemerke ich, daß ich recht viel auf See gewesen bin und mich immer dabei über die Verhältnisse der Mannschaften und des Rettungswesens orientiert habe.

Abg. Heckscher (Vp.)

betont, daß er im Widerspruch zu entscheidenden Persönlichkeiten des Unternehmertums es für sehr wünschenswert halte, wenn Unternehmer- und Arbeiterorganisationen miteinander verhandeln. Er habe sich lediglich dagegen gewehrt, daß der wirtschaftliche Kampf von dem Abg. Schumann in einer Form geführt worden sei, die die Mißbilligung der großen Mehrheit des Hauses gefunden habe.

Der Vertrag wird gleich in zweiter und auf Antrag des Abg. Dr. Arendt (Rp.) sofort auch in dritter Lesung en bloc einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. statistische Aufnahmen der Getreide und Erzeugnisse der Getreidemüllerei.

Der Entwurf wird ebenfalls in zweiter und auch dritter Lesung en bloc angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Entwurfs zur Änderung des Gesetzes betr. die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen.

Geheimrat Delbrück

empfehlen die Vorlage, die die Möglichkeit schaffen soll, beim Fortfallen eines Trennbänders einen neuen zu bestellen, ohne Mitwirkung der Gläubigerversammlung.

Abg. Dove (Vp.):

Die Vorlage will einen Kostand beseitigen; ich bitte sie in erster, zweiter und dritter Lesung anzunehmen.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen angenommen. Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. (Rechnungen, Wahlprüfungen, Petitionen, Kennzeichengesetz.) Schluß: 4 Uhr.

Am Bundespräsidenten: Kommissare.
Eingegangen ist die Denkschrift über die Enteignung der Qualla.

Eine Rechnungssache werden debattelos erledigt.
Die Wahl des Abg. Fruchthoff (Rp.) wird entsprechend dem Antrag der Wahlprüfungskommission debattelos für gültig erklärt.

Debattelos wird eine Reihe von Petitionen nach den Anträgen der Petitionskommission erledigt.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines

Kennwettgesetzes.

Abg. Feld (noll.):

Das Wetten ist eine Volksleidenschaft geworden, die sich nicht mehr beseitigen lassen wird, auch nicht durch drohende Strafen. Wir beantragen, das Gesetz an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen und hoffen, daß etwas Gutes dabei herauskommen wird.

Reichsfinanzsekretär Kühn:

Zunächst bitte ich um Entschuldigung, daß ich erst jetzt komme; ich glaube, bei der Reichhaltigkeit der Tagesordnung (Weiterkeit) würde das Kennwettgesetz erst später zur Verhandlung kommen — die Wettleidenschaft ist eine für das Volksleben so schlimme, daß viele Kreise glauben, eine behrliche Regelung des Wettspiels sei nicht angebracht, sondern man müsse lediglich mit dem Strafgesetz und mit Justizverboten gegen das Wetten vorgehen. Man hat deshalb auch der Regierung vorgeworfen, sie verachte mit diesem Entwurf lediglich den bekannten Grundtatbestand des Wetts (Weld riedt nicht), um sich Einwirkungen zu verschaffen. Diesen Vorwurf muß ich auf das entschiedenste zurückweisen. Der das Wetten und seine Schäden durch Polizei und Strafgesetz glaubt unterbinden zu können, schließt die Augen vor den realen Tatsachen des Lebens. Es darf auch nicht verkannt werden, daß die gesteigerte Wettsucht nicht ohne günstige Wirkungen auf die deutsche Pferdewirtschaft gewesen ist, der sie in gesteigertem Maße Kapitalien zugeführt hat. Aber der Wettwucher entbehrt bei dem heutigen Stande der Dinge jeglichen Rechtsschutzes gegenüber dem Buchmacher. Wir hoffen, durch den Entwurf das Wettgeschäft in solide Bahnen zu leiten und gerade dadurch das unfileide Wetten unterdrücken zu können. — Welchen Einfluß das Gesetz auf die Einnahmen des Reiches haben wird, läßt sich nicht abschätzen. Auf der einen Seite nennt man möglicherweise Summen, auf der anderen Seite schätzt man sie auf fast Null; wir meinen, im Betrachtungszustand, der allerdings nicht leicht erreicht werden wird, wird das Reich auf 10 bis 20 Millionen Reineinnahmen rechnen können.

Abg. Dr. Frank - Mannheim (Soz.):

Das gesteigerte Interesse am Sport zeigen die gesteigerten Einnahmen aus den Ertragsnissen des Totalisatorgesetzes, die sich in der Zeit von 1906 bis 1912 verdreifacht haben, von zwei auf sechs Millionen. Das hat wohl dem Reichsfinanzamt den ersten Anlaß gegeben, zu prüfen, ob nicht auch außerhalb der Rennplätze sätzliche Gewinngründe für den Reichsfinanzsekretär zu finden sind. (Weiterkeit.) Auch die Zahl der Buchmacher ist sehr gestiegen, von Kennern wird sie auf etwa 6000 geschätzt, und manche behaupten, diese Schätzung sei noch viel zu gering. Die Zahl der Personen, die mit ihnen Geschäfte machen, wird auf jährlich etwa zwei Millionen angegeben. Das beweist schon, daß die Gewohnheit des Wetts nicht auf die wohlhabenden Kreise beschränkt ist. Die Vorlage hat nun eine finanzpolitische, eine sozialpolitische Seite, und vielleicht auch einen allgemeinen politischen, einen rechtspolitischen Zweck. Zu den finanzpolitischen Vorlägen werden wir unsere Stellung von den Ergebnissen der Kommissionsberatung abhängig machen. In bezug auf die sozialpolitische Seite halten auch meine Freunde das Umkreisende des Wetts in den unmittelbaren Volksschichten für unerfreulich. Es ist keine Heberhebung, wenn gesagt wird, daß in manchen Stadtteilen kein Friseurgeschäft, kein Zigarrenladen, keine Wirtschaft vorhanden ist, wo nicht täglich Wettgeschäfte abgeschlossen werden, und uns liegen

Ragen von Chefrauen

vor, monach die Männer den Wocherwerb beim Wirt nicht mehr in Alkohol umsetzen, sondern ihn beim Wirt lassen, der zugleich Wettvermittler ist. Solche Zustände wollen wir eindämmen und beseitigen. Die Regierungsvorlage will nun an Stelle des wilden Buchmachers den konzessionierten setzen. Wir haben materiell eine Milderung des Bürgerlichen Gesetzbuches. Es ist merkwürdig, daß eine Milderung des Bürgerlichen Gesetzbuches für Leute, die sozialpolitische Schäden tragen, so schwer zu erreichen ist; für Menschenfreunde ist sie beinahe unmöglich, für Tierfreunde geht die Sache schon leichter. (Weiterkeit.) Wir haben die Milderung des Tierhalterparagrafen und sehen es jetzt bei den Liebhabern von Pferden. — Die Regierung hofft, eine Einschränkung der wilden Buchmacher auch durch strenge Strafbestimmungen zu erreichen. Die vorgeschlagene Bestrafung der Wettwucher ist etwas Neues in unserer Gesetzgebung. Der Gesetzesentwurf hat betont, daß die Verfolgung der wilden Buchmacher jetzt sehr schwer ist, weil die Kunden dieser Buchmacher mitbilden, das Delikt zu hehlen. Wenn nun die Wettwucher selbst bestraft werden sollen, wird sich diese Schwierigkeit noch verdreifachen. (Sehr richtig!) Diese Strafvorrichtung scheint mir auch nicht mit dem Rechtsgefühl in Einklang zu stehen. Wir sind schon an

das meistbetrachte Volk der Welt

(Weiterkeit), da sollten wir nicht auch noch solche Strafbestimmungen einführen, die uns eine ungewöhnlich große Zahl neuer Strafverfolgungen bringen müßten.

Zum Schluß noch ein Wort über die rechtspolitische Unterlage des Gesetzes. In der Begründung heißt es, es könne die Erhaltung des Rechtsgefühls und der Achtung vor dem Rechte nicht förderlich sein, wenn ein Strafgesetz täglich in allgemeinbekannter Weise und unter Mißbrauch selbst angelegener Volkslisten angegriffen übertraten werde, dadurch werde die Achtung vor Recht und Gesetz untergraben. Als ich das las, glaube ich, die Begründung zu einem neuen Antiduellgesetz zu lesen. (Weiterkeit.) Hoffentlich wird diese Begründung nämlich in eine derartige Vorlage übernommen, die uns demnach gedraht wird, und die von größerer Bedeutung sein würde, als das Kennwettgesetz, die sich aber vielleicht mit denselben Kreisen befassen würde. (Lobliches Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Grabberger (B.):

Die Wege der deutschen Gesetzgebung sind wunderbar. 1905 ist das Buchmachergesetz verboten und mit Strafe belegt worden; sobald dies Gesetz in Kraft tritt, wird es Kaiserlich deutsche privilegierte Buchmacher geben. An der Entwicklung des Buchmachertums trägt auch die Unzulänglichkeit der Polizei Schuld. Herr v. Jagow täte besser daran, darauf seine Aufmerksamkeit zu richten, als auf andere Dinge. Wenn man nun aber das Wetten und Buchmachen legalisieren will, ob die vorgeschlagenen Steuerätze nicht zu hoch sind? Ferner habe ich schwere Bedenken gegen den § 11 des Entwurfs, monach ein großer Teil der Erträge — es könnten leicht 50 Millionen Mark sein — den Kennwuchern übertragen werden; dazu liegt gar kein Anlaß vor, wie können diese Summen viel besser für die geborenen Volkseinnahmen und die Altpensionäre verwendet werden. — Wir sind bereit, dieses Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden, wenn dasselbe mit der Besatzungsnovelle und dem Gesetz für die Altpensionäre geschieht. Zeit ist bis zum 16. Mai reichlich, diese drei Gesetze zu erledigen. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Dr. Neumann - Hofer (Rp.):

Der Kampf der Gesetzgebung gegen die Buchmachertätigkeit ist vergeblich gewesen, man muß daher den anderen Weg wählen, der mit diesem Gesetzentwurf beschritten wird. Ob freilich der neue Stand der förmlich privilegierten Buchmacher eine Verelinerung unserer Volkswirtschaft sein wird, ist doch zu bezweifeln. Meine Freunde werden sich bei der weiteren Behandlung dieses Gesetzes von dem Wunsche leiten lassen, die Verbreitung der Wettseuche nach Möglichkeit einzudämmen, aber auch die heimische Pferdezucht zu heben. (Bravo! bei den Volksparteilern.)

Abg. v. Flemming (L.):

Keineswegs gehört der Wettbetrieb zu den erfreulichen Erscheinungen; aber mit drohenden Strafen ist nichts gegen ihn auszurichten. Der vorliegende Entwurf zeigt einen gangbaren Weg, das Wetten im Zusammenhang mit dem Rennbetrieb in vernünftige Bahnen zu lenken, wenn wir auch einzelne Bestimmungen anders zu fassen wünschen.

Abg. Senba (Vole):

Wir haben gegen die Vorlage sehr erhebliche grundsätzliche Bedenken, wir haben große Zweifel, daß die Wettseuche eingedämmt werden kann durch die Schaffung eines konzessionierten Buchmachergewerbes. Die Stellung zu dem Gesetz machen wir davon abhängig, ob es gelingen wird, es so zu fassen, daß die Wettseuche eingeschränkt, nicht erweitert wird.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Auch in diesem Gesetz haben wir eine Verzerrung von Einnahmen mit Ausgabenzeichen. Wir wünschen alle die Besetzungsvorlage zu erledigen, und ich halte es für bedenklich, daß man uns sagt, das kann nur geschehen, wenn auch dieses Gesetz erledigt wird. Dann ist die Gefahr vorhanden, daß das Gesetz übereilt wird. Nach der Logik des Entwurfs heißt es: Das Roulettespiel ist verboten, aber es wird geliebt, und deshalb müssen wir es legalisieren. Dann sollten wir doch die öffentlichen Spielfläche wieder eröffnen. Von der Konzessionierung der Buchmacher befürchte ich eine Ausbreitung, nicht eine Eindämmung des Wettens. Ein Gesetz, gegen das derartige Bedenken vorliegen, darf nicht übereilt werden. Aber wir sind in einer Zwangslage, es ist uns gefügt worden: Fröh, Vogel! oder stich! Wie lange der Reichstag sich eine solche Behandlung gefallen lassen wird, ist Sache des Reichstags. Ich würde jedenfalls meine warnende Stimme erheben.

Die Beratung schließt. Der Entwurf wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.
Nächste Sitzung: Montag, 2 Uhr (Konkurrenzklausegesetz).
Schluß 12¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

69. Sitzung. Freitag, den 1. Mai, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: v. Trost zu Solz.

zweite Beratung des Kultusetats

wird beim Kapitel Universitäten fortgesetzt.

Abg. Sidhoff (Rp.):

begrüßt es, daß die Regierung sich jetzt mit dem Dokortitel für Zahnärzte einverstanden erklärt hat. Weiter verteidigt Redner das Verhalten der Ältesten der Kaufmannschaft im Falle Jaktow. Was die Angriffe des Abg. v. d. Osten auf die Kathedersozialisten betrifft, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß auf den Universitäten zwar alle Richtungen zum Wort kommen sollen und verlangen aber, daß bei der Auswahl der Dozenten einzig und allein die wissenschaftliche Tüchtigkeit entscheiden soll, am allerwenigsten jedenfalls die Rücksicht, daß der Betreffende in Dienste dieser oder jener Interessentkreise steht. (Bravo! links.)

Kultusminister v. Trost zu Solz:

Unser Privatdozentenwesen bedarf keiner Milderung. Von einer Protektionswirtschaft an unseren Universitäten in dem Umfang, wie es angenommen wird, ist keine Rede, wenn auch hier und da Konzeptionen eine geringe Rolle spielen mögen. Prof. Adolf Wagner wird hoffentlich noch lange lehren können, die Frage seiner Nachfolge ist noch gar nicht spruchreif. Selbstverständlich ist nur die wissenschaftliche Eignung bei der Ernennung der Professoren maßgebend. Aber die verschiedenen Richtungen des Volkswirtschaftslebens müssen berücksichtigt werden und das geschieht auch von mir und auch in anderen Disziplinen, namentlich den theologischen. Die Caritas wird zwar schon jetzt wissenschaftlich gepflegt, aber ich will die Anregung des Abg. Höpfer auf Erziehung einer eigenen Lehrstuhlgruppe dafür prüfen. Schließlich bespricht der Minister die Dr. med. vet.-Frage.

Abg. Dr. Liebkecht (Soz.):

Der Dokortitel ist heute entwertet, er besitzt keinerlei Bedeutung mehr. Vor allem ist es eine Geldfrage, ob man ihn erwerben kann oder nicht. Ein großer Mangel ist, daß wir noch immer kein Universitätsgesetz haben, kein Gesetz, das die Verhältnisse der Studenten regelt. Von diesem Minister und diesem Hause möchte ich allerdings ein solches Gesetz auch nicht gemacht haben. Bei der Festlegung der akademischen Stellen verlangen wir eine von allem Besitz und sonstigen Verhältnissen losgelöste Auswahl der Tüchtigsten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Politisch ist unsere Studentenschaft in außerordentlich ungünstiger Lage, sie hat kein freies Vereins- und Versammlungsgesetz und muß es sich gefallen lassen, daß ihr bei politischer Betätigung von der Aufsichtsbehörde in ihrer wissenschaftlichen Betätigung unangenehme Schwierigkeiten bereitet werden. Allen Bestrebungen innerhalb der Studenten, sich in voraussetzungsloser Weise auch ein Urteil zu bilden über die verschiedenen politischen und sozialen Bestrebungen unserer Zeit, widerspricht man sich auf der anderen Seite kommt man den Studenten auf das Sanftmütigste entgegen, wenn sie Forderungen selbst mit den Mitteln des Streiks vertreten, deren Verletzung von den bestehenden Klassen anerkannt wird. Ich erinnere an den Klinikerstreik in Halle und den Streik der Studenten der Zahnheilkunde wegen des Dokortitels.

Die Zahl der studierenden Frauen hat sich in den letzten 5 Jahren mehr als verdreifacht und diese Vermehrung hält an. Wir Sozialdemokraten wissen, daß das Frauenstudium für die Proletarierinnen noch nicht in Frage kommt, aber wir treten trotzdem mit aller Energie dafür ein, daß die Frauen auch in dieser Beziehung volle Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern erhalten.

Ich komme dann zur Ausländerfrage. Ihre Zahl ist an den deutschen Universitäten neuerdings begrenzt worden, aber tatsächlich bezieht sich diese Begrenzung nur auf die russischen Studenten, was mit einem gewissen Nationalismus auch ganz offen zugegeben werden ist. Ganz unklar ist, daß es sich hierbei um einen Akt der Notwehr der deutschen Studenten handelt. Die

Frage gegen die Ausländer

ist ausgegangen von Universitäten, wo die Ausländer fast gar keine Rolle spielen. Wir haben es hier zu tun mit einer reaktionären Erscheinung geistiger und kulturmüdriger Art, auch der Antisemitismus spielt dabei eine Rolle. In einigen Universitäten verlangt man von den Studenten, daß sie bereits im Ausland studiert haben. Das ist wieder eine bewusste Inaufmerksamkeit. Es ist doch bekannt, daß gerade die jüdisch-russischen Studenten in Ausland zum Studium gar nicht zugelassen werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An der Berliner Universität ist im letzten Semester kein einziger russischer Student mehr angenommen worden, ebenso in Königsberg und Breslau.

(Hört! hört!) Dabei ist die Zahl der Ausländer an den deutschen Universitäten verhältnismäßig gering, sie beträgt im Durchschnitt etwa 5 Proz. an allen Hochschulen, an den Universitäten etwa 4 Proz. Ein Teil der Ablehnung gegen das russische Studententum beruht natürlich darauf, daß man in ihnen politisch mißliebige Elemente sieht. Der beste Beweis sind die immer wieder vorzunehmenden politischen Maßnahmen gegen solche Studenten, die enge Solidarität zwischen Polizeibehörde und Universitäten. Kein Student wird aufgenommen, der nicht ein politisches Führungszeugnis aus seiner Heimat bringt, das auch über seine politische Führung orientiert, und wir wissen, daß sich die Universitätsbehörden nicht schämen, sich außerdem noch an die Konsulate auswärtiger Staaten zu wenden, um Auskunft über die politische Gesinnung des Ausländers zu erhalten. Wir liegt ein solches Schreiben vor, worin ein russischer Student, der demuziert wird, daß er als Gymnasiast mit 15 Jahren sich an der revolutionären Bewegung 1906 beteiligt habe. Der russische Generalkonsul v. Hamm teilt das dem Sekretariat der Berliner Universität mit und dieser hat nicht etwa den Bischof an den Generalkonsul zurückgeschickt und ihm gesagt, was fällt Ihnen ein, sich in unsere Angelegenheiten zu mischen, sondern hat das Schreiben sorgfältig verwahrt. Es geht daraus hervor, daß sie gewöhnt ist, mit diesem russischen Generalkonsul in enger Fühlung zu stehen. Bekannt ist auch das Vorgehen gegen den russischen Schriftsteller Lunatscharski, der mitten aus einer Versammlung heraus verhaftet und nachher über die Grenze gejagt wurde. Dies Vorgehen der Polizeiverwaltung ist zurückzuführen auf

eine schamlose Denunziation,

wahrscheinlich aus den Kreisen der christlichen Studentenschaft hier in Berlin. Leider gibt es seit der Revolution von 1905 unter den hiesigen russischen Studenten Elemente, die sich nicht schämen, Partei zu ergreifen gegen die verlorbenen russisch-jüdischen Studenten und die sogar der Polizei Handlangerdienste leisten. Ein Beispiel solch schamloser und egoistischer Gesinnung hat der Sohn des Generalkonsuls v. Hamm bewiesen, der sich nicht scheut, nach dem Fall Lunatscharski in der „Deutschen Tageszeitung“ einen Artikel gegen den hiesigen russischen Studentenverein loszulassen. Solchen Elementen werden allerdings in Preußen keine Schwierigkeiten gemacht, ebensowenig wie den russischen Spiegeln, sondern nur anständigen russischen Studenten.

Dann zur Frage der Unabhängigkeit der Wissenschaft auf unseren Universitäten. Eine absolut voraussetzungslose Wissenschaft gibt es ja nicht, denn auch die rein geistigen Wissenschaften sind ganz wesentlich bestimmt durch Voraussetzung. Die Wahrheit ist so ungemessen schwierig zu erkennen, daß auch diejenigen von ihrem Wege leicht abzuweichen können, die am liebsten den geraden Weg der Wahrheit gehen würden. Die Rechtslosigkeit der außerordentlichen Professoren an den Universitäten ist von einigen Vorrednern bereits besprochen worden, denen ich mich nur anschließen kann. Noch viel wichtiger aber ist die Frage der Privatdozenten, die die einzigen sind, die ohne staatliche Verurteilung auf Grund der Selbstverwaltung der Universitäten im Lehramt wirken und die allein noch der staatlichen Bindung der Universitäten entgegenwirken könnten. Gerade im Interesse der wissenschaftlichen Unabhängigkeit unserer Universitäten müßten die Privatdozenten sichergestellt werden. Aber wie es damit steht, ist nicht nur wiederholt aus akademischen Kreisen veröfflicht worden, sondern wird auch durch den Namen Cantab Schmid und durch das eine Wort Lexikon genügend gekennzeichnet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Lehrstuhl Erich Schmidts an der Berliner Universität ist bis zum heutigen Tage noch nicht besetzt, obwohl nach der Auffassung der Fachgenossen eine ganze Anzahl sehr geeigneter Bewerber, auch in Berlin, vorhanden sind. Daraus sind allerdings einige Juden, und die mühen sich erst taufen lassen, ehe sie die Befähigung erlangten, eine Professur zu erhalten! Verschiedene Dogmen verwalten nun den Lehrstuhl Erich Schmidts, in erster Linie Herr Gustav Roethe. Er hat, wie es scheint, die stärkste Anwartschaft auf die Nachfolge Erich Schmidts, obgleich ihm, nach der Auffassung der Fachleute, jede wissenschaftliche Qualifikation dafür fehlt. Dafür aber gehört Roethe zu der

kränksten Leibgarde der Hohenzollern

der Berliner Universität. (Hört! hört! links.) Bei dem Jubiläumskommerz der Berliner Universität hat diese Körperhäde der voraussetzungslosen Wissenschaft eine Bierrede gehalten, in der er seiner Freude darüber Ausdruck gibt, daß man brauchen die Russifizierung überhebt die Studenten sich von der Wissenschaft abzuwenden und ein christliches Juden in ihren Reihen vertritt, daß sie lieber Panem et circenses machen würden. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er hat in seiner Rede auch von der bezwingenden Macht des Preussengeistes gesprochen und die deutsche Freiheit und den Geist preussischer Justiz als ein zusammengehöriges Ehepaar bezeichnet. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) In neuester Zeit hat er auf dem Reichskommerz des Vereins deutscher Studenten sich in einer so herzerquickenden Weise ausgesprochen, daß man zunächst glauben mußte, die Rede sei von dem Herrn v. Odenburg aus Januschau gehalten und nicht von einem Professor an der bedeutendsten deutschen Universität. Allerdings, Herr Roethe ist ein Vertreter derjenigen voraussetzungslosen Wissenschaft, die die Herren von der Rechten wünschen! Er sprach da davon, daß man bei dem Worte Habern einen verrotteten Kleinhaat vor sich sehe.

bei seinen Wibel nicht zu schämen wisse.

Eine feine Ausdrucksweise und ganz voraussetzungslose Wissenschaft! Dem Reichstage sagte er noch, daß er nicht die sittliche und intellektuelle Heberlegenheit gehabt habe, sich dem demokratischen Taumel zu entziehen; der Kriegsminister aber wird als der Schlächter, brave preussische Soldat gefeiert, der seine Pflicht tue, ohne nach den drei „S“ zu fragen, nämlich nach Pressegeschichte, Pöbelleim und Parlamentsherrschaft. Wie mag sich Herr Roethe, der mit solch duffigen Sprachblüthen um sich wirft, eigentlich den Pöbelleim vorstellen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Bierrede edler Wissenschaft preussischer Professoren ist natürlich auch in der Frage des Frauenstudiums noch auf einem Standpunkt aus der Vergangenheit stehen geblieben. Er liest über die deutsche Literatur im 17. Jahrhundert und da hat er den weiblichen Hören, denen er zu seinem Bedauern den Zutritt gehalten muß, ansehnlich, daß er sie einige Male, nicht allzu oft, werde bitten müssen, den Vorlesungen fernzubleiben, weil da sittlich anstößige Dinge vorkommen können. Allerdings, wenn er seine Vorlesungen in dem Ton seiner Bierreden hält, dann kann ich wohl verstehen, daß nicht nur eine Frau sich dort wenig wohlfühlen wird, sondern ich möchte fast glauben, daß wohl kaum überhaupt irgend ein anständiger Mensch sich bei dieser Ausdrucksweise wohlfühlen würde. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Damen müßen aber diese Vorlesungen hören, da sie sonst ihr Studium nicht vollenden können, und da ist dieser Mann, der bei öffentlichen demonstrativen Veranlassungen Reden hält, die doch in den Zeitungen von den Jungfrauen Deutschlands gelesen werden, so zimperlich, die Damen zu bitten, daß sie mal hinausgehen sollen. (Weiterkeit.) Natürlich ist das nur ein überlegter Hohn dieser

Körperhäde der preussischen Wissenschaft.

und wenn er wirklich den Lehrstuhl Erich Schmidts erhält, so kann man unseren Universitäten nur dazu gratulieren! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Hof des Abg. v. d. Osten gegen den Kathedersozialismus ist längst vorher von der „Deutschen Tageszeitung“ und anderen reaktionären Blättern betrieben worden. Tragikomisch ist es, daß der Abg. v. d. Osten danach fragt, wann denn Adolf Wagner seine Verdrängung wieder aufnehmen würde. Adolf Wagner ist doch einer der extremsten Kathedersozialisten; aber er ist allerdings auch ein waschechter Schussballer, während sein jähiger Vertreter angeblich Pfeilhändler sein soll. Herr v. d. Osten vertritt also das agrarische Kapitalisteninteresse. Es ist die Sache um die künftigen Handelsverträge, die diese Herren hier plätsch die Fahne der freien Wissenschaft aufpflanzen läßt; sie

Der Wälderkauf.

Entscheidung im Zweckverband.

Der Zweckverband Groß-Berlin hatte am Sonnabend eine bedeutungsvolle Sitzung. Er sollte in der Frage des Wälderkaufes endlich eine Entscheidung treffen. Die Vollversammlung war so gut besucht wie vielleicht noch nie seit Bestehen des Verbandes. Sie hatte den Bericht über die Verhandlungen des Sonderausschusses entgegenzunehmen, dem die den Waldankauf beantragende Vorlage überwiesen worden war. Der Sonderausschuß empfahl die Vorlage im wesentlichen unverändert zur Annahme, aber ihr Schicksal in der Vollversammlung erschien noch keineswegs sicher. Etwas von der Stimmung eines „großen Tages“ lag über dem Hundert der Verbandsgenossen, als der Vorsitzende Oberbürgermeister Wermuth-Berlin die Sitzung eröffnete.

Den Ausschlußbericht gab Stadtverordneter Sonnenfeld-Berlin. Die vom Ausschuß vorgeschlagenen Verbesserungen sind hauptsächlich diese: Für etwa 40 000 Morgen soll der Fiskus die geforderten 50 Millionen Mark erhalten, doch unter Abzug von 8-900 000 M. für Belastung des Grunewaldes durch das den Charlottenburger Wasserwerken gewährte Recht der Wasserentnahme; vom Kaufpreis sollen 5 Millionen angezahlt und der unterjährige Rest mit jährlich nicht 3% Millionen, sondern mit jährlich 8 Millionen abgezahlt werden, so daß die Abzahlung nicht 12, sondern 15 Jahre dauert. Ein Jahr an Widerungen war aus den langwierigen Verhandlungen des Sonderausschusses nicht herausgekommen: für den Fiskus blieb hiernach das Geschäft nahezu so profitabel wie zuvor. Auf Grund der in dieser Weise geänderten Vorlage soll der Zweckverband dann der Vollversammlung den mit dem Fiskus abzuschließenden Vertrag über den Waldankauf vorlegen. Sonnenfeld bemühte sich, die paar Änderungen als ausreichende Verbesserungen hinzustellen. Das Opfer an Geld sei groß, müsse aber gebracht werden. Auch den Grunewald dürfe man vom Ankauf nicht ausschließen da durch die bekannte Kabinettsorder keineswegs seine Erhaltung gesichert sei. Die Gefahr, daß er durch die andauernde Wasserentnahme vernichtet werde, bestehe nicht.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Zweckverbandversammlung machten zusammen mit einem Teil der liberalen Vertreter für Berlin den Versuch, eine Reihe Forderungen durchzusetzen, die von ihnen größtenteils schon im Sonderausschuß aufgestellt worden waren, aber dort keine Mehrheit gefunden hatten. Sie beantragten, die Vorlage dem Verbandsausschuß zurückzugeben mit dem Ersuchen, auf folgenden Grundlagen nochmals mit dem Fiskus zu verhandeln: der Ankauf des Grunewalds sei abzulehnen, weil nach der künftigen Kabinettsorder vom 6. August 1907 und der Erklärung des Landwirtschaftsministers im Herrenhaus es eines Ankaufs gar nicht bedürfe, und der Preis für die übrigen Waldungen sei danach herabzusetzen. Weiter beantragten sie, eventuell die Vorlage an den Verbandsausschuß zurückzugeben mit dem Ersuchen, zur Bedingung des Kaufs zu machen, daß die von den Wasserwerken dem Regierungspräsidenten eingeräumten Rechte bezüglich der Wasserentnahme der an sie anzuschließenden Gemeinden auf den Zweckverband übergehen, und daß wegen der Schmälerung der Wasserrechte des Grunewalds ein erheblicher Preisnachlaß gewährt wird. Sie beantragten ferner, die Kaufbedingungen dahin zu ändern, daß die Verpflichtung des Verbandes zur Erhaltung des Grunewalds als Dauerwald fortfällt, soweit sie durch die den Wasserwerken vom Staat eingeräumten Rechte unmöglich gemacht wird, und daß von einem dadurch etwa verursachten Mehr an Erhaltungskosten der Fiskus die Hälfte übernimmt. In einem vierten Antrag endlich forderten sie ein spezifiziertes Gutachten über die voraussichtlichen Aufforstungskosten.

In der Debatte ergriß als erster Redner der Oberbürgermeister Wermuth-Berlin das Wort. Ein großer Teil der Zweckverbandversammlung, führte er aus, stimmt der Vorlage auch mit dem von dem Sonderausschuß vorgeschlagenen Änderungen ohne Freude zu. Das Schlagwort vom Groß-Berliner Wald- und Wiesengürtel hat im Laufe der Jahre eine Wandlung erfahren. Die Wälder zu erhalten, ist eine Notwendigkeit, aber nicht nur für die Gemeinden, sondern auch für den Staat. Das hat einen treffenden und sehr edlen Ausdruck gefunden in der Kabinettsorder von 1907, die dem Magistrat von Berlin die Versicherung gibt — ich fasse es entschieden so auf — die Zusage, daß 3000 Hektar des Grunewalds von der Bebauung frei bleiben sollen. Der jetzige Weg bedeutet eine Abkehr von jener Auffassung und legt den Grundstein fest, daß für die Gesundheit der Groß-Berliner Bevölkerung die Gemeinden und sie allein verantwortlich sind. Er bedeutet auch einen Freibrief dafür, daß nunmehr die anderen, noch im Besitz des Staates bleibenden Waldungen um Berlin ohne Zögern der Bebauung preisgegeben werden sollen. Oberbürgermeister Wermuth kam ungeachtet aller grundsätzlichen Bedenken zu dem Ergebnis, daß man dem Wälderkauf zustimmen müsse.

Für die Vertreter der Gemeinden des Arcises Teltow erklärte Bürgermeister Langehans-Cöpenick, daß sie der Vorlage trotz ihrer ganz erheblichen Rängeln zustimmen wollen. Verschiedenen Gemeinden, deren Interesse an dem Ankauf der Wälder durch den Zweckverband nur gering sei, werde die Zustimmung nicht leicht abfallen. (Zuruf des Stadtverordneten Stadthagen-Berlin: Nehmen Sie doch ab!) Sie seien „troh alle dem“ (Gelächter) dazu bereit. In der Kabinettsorder sieht der Redner keine Zusage der dauernden Erhaltung des Grunewalds; sie habe nur einen negativen Inhalt und sage nur, daß er nicht bebaut werden soll. (Wermuth-Berlin: Das ist die Sache.) Der etwa vorhandene Wunsch, daß bei Nichtzustandekommen des Wälderkaufes der ganze Zweckverband zusammenbrechen und dann eine Groß-Berliner Eingemeindung sich als nötig erweisen werde, habe wenig Aussicht auf Erfüllung.

Unser Genosse Stadtverordneter Stadthagen-Berlin führte den Nachweis, daß der Kaufvertrag, wie der Sonderausschuß ihn vorschlägt, ein schwerer Nachteil für Groß-Berlin ist. Wir „kaufen“ ja überhaupt nicht, denn wir dürfen ja über die teuer bezogenen Wälder, diese Sandflächen, die früher mal Wälder waren, ehe der Fiskus durch seine Nachlässigkeit sie verwüstete, gar nicht wie über unser Eigentum verfügen. Gewiß, wir alle wollen, daß für die Einwohner Berlins und der Umgegend reichlich Erholungsstätten vorhanden sind und erhalten bleiben. Aber wir dürfen nicht unter dem Vorzeichen, daß das erreicht wird, einen Vertrag schließen, der auf Kosten der Groß-Berliner Bevölkerung dem Fiskus diesen Profit in den Taschen wirft. Dem Staat sollen wir die Erhaltung seiner Wälder, den Wald als Wald zu erhalten, abnehmen — und dann sollen wir noch dazuzahlen! Und zahlen sollen wir eine Unsumme, mehr sogar, als die Waldungen wert wären, wenn sie unter freies Eigentum würden. Hinter diesem ganzen Plan steckt das Spekulationsinteresse des Fiskus, das zusammenfällt mit dem Spekulationsinteresse einzelner Gemeinden und Terrainspekulanten. Geben will er uns nur, was als De-

foration für das dem Fiskus verbleibende Land dient, und dafür sollen wir zahlen, statt Bezahlung zu erhalten. Redner wandte sich dann gegen die Auslegung, die man jetzt der Kabinettsorder zu geben versucht. Darin liegt die Unterstellung, daß trotz dieser Kabinettsorder, unter Verletzung von Treu und Glauben, der Grunewald gefährdet sei. Und gerade die „Staatsbehörden“ seien es hier, die der Staatsregierung das zutrauen. Genosse Stadthagen begründete eingehend die eben mitgeteilten Anträge, deren Annahme auch den begeisterten Freunden des Waldankaufes möglich sei. Sie seien das Mindeste, was man fordern müsse, wenn man nicht lieber die ganze Vorlage ablehnen wolle.

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Wermuth, knüpfte an Stadthagens Ausführungen die Bemerkung, er habe hoffentlich nicht Mitgliedern der Zweckverbandversammlung nachsagen wollen, daß sie den Fiskus einer Verletzung von Treu und Glauben für fähig halten.

Für einen Teil der Vertreter von Gemeinden aus Niederbarnim erklärte Kommerzienrat E. v. Borstig, daß sie trotz der daraus für sie erwachsenden Belastung dem Kauf zustimmen wollen, weil sie „nicht kleinliche Politik treiben“. Ein „Bravo“ antwortete ihm — es kam aus dem Munde des Herrn Haberland, des bekannten Führers der Terrainspekulation.

Stadtverordneter Rosenow-Berlin, Mitunterzeichner jener Anträge, ging noch näher auf die an der Kabinettsorder verhandelten Deuteleien ein. Ob es Aufgabe des Staates sei, die Wälder zu erhalten? Ja, bezüglich des Grunewalds hat das Königreich gewollt und seinen Minister beauftragt, das dem Magistrat von Berlin zu verschaffen. Gegenüber der Kabinettsorder betonte ich es geradezu als eine Peinigung, daß wir jetzt das Recht auf den Grunewald erst erkaufen sollen. Wir wollen nicht, schloß Redner, unser Geld dem Fiskus hinwerfen, den man ja in diesem Fall als einen gierigen bezichtigen kann. „Aber doch nur theoretisch!“ mahnte der Vorsitzende.

Auch Stadtverordneter Nathan-Berlin äußerte gegenüber der Vorlage Bedenken und empfahl Zurückweisung.

Dagegen trat Stadtverordneter Cassel-Berlin mit wortreichem Eifer, wenn auch „mit schwerem Herzen“ für sofortige Annahme ein. Neben die Tragweite der Kabinettsorder hatte er eine andere Meinung als Stadthagen, Rosenow und Nathan, von denen er sich im übrigen hinsichtlich seines Vertrauens auf das Wort des Königs nicht übertreffen lasse. In den Anträgen auf Zurückweisung usw. sah er die Gefahr, daß die ganze Vorlage zu Fall kommen könnte.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde, obwohl noch drei Redner auf der Liste standen, angenommen.

In einer persönlichen Bemerkung berichtigte Stadtverordneter Genosse Pirsch-Charlottenburg eine irige Angabe Sonnenfelds über eine Äußerung, die Pirsch im Landtag zu der Waldfrage getan hatte.

Nach einem Schlußwort Sonnenfelds wurde zur Abstimmung geschritten. Von den Anträgen Stadthagen, Rosenow usw. wurde der erste mit 64 Stimmen gegen 20 abgelehnt, die anderen drei mit ähnlichem Stimmverhältnis gleichfalls abgelehnt. Die Waldvorlage wurde dann in der vom Sonderausschuß vorgeschlagenen Fassung mit 67 Stimmen gegen 27 angenommen.

Parteiangelegenheiten.

Charlottenburg. Dienstag, den 5. Mai, abends 8¼ Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Volkshaus, Köpenicker Str. 3. Tagesordnung: 1. „Konunen auf“, Referent Genosse Stadthagen; 2. Diskussion; 3. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung; 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Tempelhof-Marienfeld. Die Jugendaktion hält am Montag, den 4. Mai, in Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 35, bei Hennig ihren Diskutierabend ab. Thema: „Militarismus“. Gäste willkommen!

Kaufdorf. Heute Sonntag, den 3. Mai, Gemeindevertreterwahl in der Turnhalle, Adolfsstraße, von 2 bis 5 Uhr. Die Genossen treffen sich um ¼ 2 Uhr in Hamanns Restaurant, Inhaber Koslowski, Franzfurter Str. 50, zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Wahllokal.

Stralau. Die verlagte Generalversammlung des Verein Arbeiterjugend findet nunmehr am Dienstag, den 5. Mai, im Lokal Steinicke, abends 8¼ Uhr, statt.

Reinickendorf-West. Heute Sonntag, den 3. Mai, wichtige Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Berliner Nachrichten.

Schont die Natur!

Nun ist das erste Grün herans, kann man auch schon überall Ausflügler sehen, wie sie Zweige und Äste von Sträuchern und Bäumen abbrehen, um sie schließlich später achlos fortzuwerfen. Am vergangenen Sonntag vormittags zwischen 9 und 10 Uhr konnte man auf dem Uferwege zwischen Grünau und Carolinenhof einen Trupp von ungefähr 40 bis 50 junger Mädchen, anscheinend Mitglieder der Wandervögel oder Pfadfinderinnen, beobachten, wie sie sich auf das junge Grün stürzten und ganze Hände voll abbrehen. Als sie auf das Verderbliche aufmerksam gemacht und ihnen vorgehalten wurde, daß es doch Baumfrevel sei, hatten sie keine Antwort. Eine Leiterin oder ein Führer war bei dem Trupp nicht zu bemerken. Die Mädchen trugen schwarz-weiß-rote Schleifen und einen graugrünen Kasibut.

Ermission bei Familienzunahme?

Daß Arbeiterfamilien mit reichlichem Kinderlegen wegen weiteren Familienzunahme von ihrem Hauswirt den Kaufpaß erhalten, ist keine Seltenheit. Alles Jammern über den fortschreitenden Geburtenrückgang schafft nicht diese Tatsache aus der Welt, und die sich immer wiederholenden Fälle, daß an Kindern reiche, aber an Geld arme Familien nach vergeblicher Wohnungssuche getrieben zur Erfüllung ihrer Pflicht gegen das Vaterland, zur Beschaffung der nötigen Ausbestimmungsbefehle und des erforderlichen Ansonenunters, anzuftören. In Berlin wuchsen in der Zeit der verhängnisvollen „Kriegsjahre“ mit ihrer ausgedehnten aktiveren Wohnungsnot manche Hauswirte nicht davor zurück in die Mietverträge die Bestimmung aufzunehmen, daß bei etwaigem Familienzunahme der Vertrag ohne weiteres aufgehoben sei. So etwas gibt's ja heute nicht mehr, aber geblieben ist den Hausbesitzern die Abneigung gegen eine Vermehrung des Personenbestandes der Familien ihrer Mieter, und wo es

ihnen zuviel des Kinderlegens wird, wehren sie sich, indem sie baldigt das Mietverhältnis durch regelrechte Kündigung beenden. Daneben wird auch die Anwendung des Mittels sofortiger Vertragsaufhebung und Ermission immer wieder noch versucht, in den Fällen nämlich, wo die Familie eines kleinen Mieters sich nicht durch Geburt, sondern durch Hinzukommen einer „fremden“ Person vermehrt.

Wenn Hauswirte zu den „fremden“ Personen, die nicht in die Familie eines Mieters aufgenommen werden dürfen, sogar nahe und nächste Verwandte zählen, dann wird man sich nicht wundern, daß sie auch die Aufnahme von Pflegekindern zu einem Vertragsauflösungsgrund stampeln. Diesen Versuch scheint ein Hausbesitzer in Lichtenberg machen zu wollen, ein Lokomotivführer Paul Kirks, Eigentümer des Hauses Treuenstraße 15. Die Frau eines seiner Mieter nahm im April dieses Jahres ein elternlos gewordenes 11jähriges Mädchen zu sich in Pflege, wobei sie einen Wunsch der ihr seit langem befreundet gewesenen, zu Anfang dieses Jahres in Schöneberg verstorbenen Mutter des Kindes erfüllte und die Zustimmung des Vormundes wie der Schöneberger Waisenverwaltung hatte. Das Kind wurde in Lichtenberg durch Vermittlung des Herrn Kirks postteufelisch angemeldet, wobei die Pflegemutter auf dem ihm übersandten Anmeldeformular ausdrücklich vermerkte, daß dieses Kind zu ihr „in Pflege“ kam. Nachdem Herr Kirks hiergegen zunächst seinen Einspruch erhoben hatte, fiel's ihm plötzlich nach etwa 1½ Wochen ein, dem Mieter und seiner Frau den folgenden Brief zu schicken:

„Die ich erfahre, haben Sie ein Kind in häusliche Pflege genommen. Laut Mietvertrag dürfen Sie ohne mein Wissen und Willen keine fremde Person in Ihrem Haushalt aufnehmen. Ich ersuche Sie deshalb, die Angelegenheit bis zum 1. Mai 1914 wieder abzuändern, widrigenfalls ich genötigt bin, von meinem Hausrecht Gebrauch zu machen.“

Von der Tatsache, daß es sich um ein Pflegekind handelt, muß der Herr Hauswirt schon aus der Anmeldung, die er doch wohl selber unterschrieben haben wird, Kenntnis erhalten haben. Was haben in dem Mietvertrag keine Bestimmung finden können, die es verbietet, „fremde“ Personen aufzunehmen. Zu den Altmietern und Schalksteuern, die nicht ohne Wissen und Willen des Hauswirts aufgenommen werden dürfen, wird Herr Kirks ein Pflegekind offensichtlich nicht zählen wollen. Die Androhung, sein Hausrecht zu gebrauchen, ist offenbar dahin zu verstehen, daß der Mieter die Ermission zu gewärtigen hat. Denn Herr Kirks wird selbst verständlich nicht zu dem Mittel greifen wollen, den Familienschutz einfach dadurch zu beseitigen, daß er nur das Pflegekind „erzinnert“. Man sagt uns, daß Frau Kirks in einem bürgerlichen Frauenverein dem Vorstand angehört. Beträgt dieser Verein sich auf dem Gebiete der Kinderfürsorge?

Patriotismus und Geschäftserkläre.

Der Jungdeutschlandrummel nimmt immer lächerlichere Formen an. Am nächsten Sonntag soll auf dem Jossene Truppenübungsplatz eine große Gefandensübung abgehalten werden bei der nach dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ mit einer Beteiligung von vielen Tausenden gerechnet wird. Eine besondere Gruppe sollen die 800 Eilboten der Berliner Palettsfahrergesellschaft bilden. Sie sind für diese Übung eigens neu eingeleitet, werden in geschlossener Zuge unter Vorantritt des Musikkorps der Jugendwehr von der Geschäftslokale der Palettsfahrt in der Ritterstraße nach dem Sadowberger Militärbahnhof geleitet und von da nach Jossen geleitet. Selbstredend hat der Staatsretter Herr v. Jagow die Genehmigung für einen öffentlichen Aufzug solcher Art ohne weiteres erteilt und wird auch noch für eine polizeiliche Örgenargde sorgen, womit man die Gummiknüppelarbeit der Berlin-Lichtenberger Polizeihelden an unseren Jugendlichen vergleichen wolle.

Die Beteiligung der Gesamtheit der jugendlichen Palettsfahrer hat sich verdächtig aus. Die Direktion der Palettsfahrt hat ein starkes Interesse, daß alle Mann auf Kommando mitmachen und die verfügbaren Sonntag optern, denn für sie ist ja der patriotische Kummel eine vorzügliche Geschäftserkläre. Die Kosten des Spektakels werden sich reichlich verzinsen. Nur die schlechtbezahlten Angehörigen haben nichts davon.

Eröffnung der Hochbahn-Omnibuslinie.

Gestern früh ist die erste der neuen Autoomnibuslinien mit der Einrichtung von Uebergangskarten zur Hoch- und Untergrundbahn in Betrieb genommen worden. Die Linie vermittelt den Verkehr zwischen dem Ringbahnhof Hermannstraße in Neukölln und dem Ringbahnhof Prenzlauer Allee im nördlichen Berlin. Auf dieser Strecke werden verkehrt: Hermannsplatz, Hochbahnhof Kottbuser Pl. Northplatz, Untergrundbahnhof Inselbrücke, Berliner Rathaus, Untergrundbahnhof Alexanderplatz. Von da fahren die Omnibusse über die Neue Königstraße, Jannamellstraße und Prenzlauer Allee 5 zum Bahnhof Prenzlauer Allee. Es werden in den Wagen der neuen Linie sowohl einfache, nur für den Autoomnibus gültige Karten an gegeben, wie auch Uebergangskarten zur Fahrt mit dem Omnibus und anschließender Hochbahnfahrt. Die Omnibusstrecken kosten 10 und 15 Pf., (Dienstag 10 Pf.); die ganze Strecke 20 Pf., (Dienstag 15 Pf.) Uebergangskarten für die Hochbahn kosten von ihrer einem Punkt der Autoomnibuslinie bis zum nächsten Bahnhof 3 Hoch- und Untergrundbahn und von da bis zu dem 5. Bahnh. 15 Pf., bis zum 8. Bahnh. 20 Pf. Für die 2. Klasse sind entsprechende Zuschlagarten auf den Bahnhöfen zu lösen. Die Wagen der neuen Linie sind leicht kenntlich an ihrem blaugelben Anstrich.

Den Geliebten und sich selbst erschossen.

In der Nacht zum Sonnabend hat die 40 Jahre alte Witwe Marie Kassel aus der Wangstr. 2 zu Danmisch u. L. u. e. e. ihren Geliebten und dann sich selbst erschossen. Frau K. wohnte mit dem 39 Jahre alten bei der Landesversicherungsanstalt hiesiger Bahnarzt Ferdinand Eber zusammen. Sehr oft gab es heftige u. lärmende Ausfälle, besonders wieder in den letzten Tagen. Frau K., die von der Eifersucht geplagt wurde, äußerte einmal, daß sie der Geschichte ein Ende machen werde. In der Nacht zum Sonntag kam es wieder zu einem wüsten Ausfall, auch hörte man Schüsse fallen. Als gestern morgen die beiden benachrichtigt wurden, die Tür erbrach, fand man die beiden Wohnungsinhaber tot daliegen. Frau Kassel lag mit einem Revolver in der rechten Hand tot auf dem Schlafsofa, Eber daneben im Bett. Doch 2 der Dinge hat die Frau sich während des Strickes von ihrem Leben erhoben, ihrem Geliebten eine Kugel in die rechte Kopffleisch geschossen und sich dann selbst ebenso getötet.

Wer ist die Getötete?

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 29. April 1914, nachmittags 12 Uhr, wurde in Schwanenort, Franzensburgerstraße, eine bekannte, etwa 50-55 Jahre alte Frau von einem Privatautomobil überfahren und getötet. Sie ist 1,55 Meter groß, unterlegt, starkes graumeliertes Haar und rundes volles Gesicht und teufelisches Gebiß. Bekleidet war die Unbekannte mit grauem zerrissenen Kostüm, weiß und blau gestreifter Wäsche, schwarzem Strohhut

Tägarmerkung, weißleinem Hemd ohne Zeichen, weissem wollenem Hemd, rotem Unterrock, schwarzen Strümpfen und schwarzen, früher braunen Schnürschuhen. Auskunft über die Persönlichkeit nimmt die Kriminalpolizei 11. Bezirk sowie jedes Polizeirevier zu 1852 4. 48. 14 entgegen.

Polizeiattachen in Lichtenberg.

Die Seidenraupe hat es der Lichtenberger Polizei angetan. Gegen die Donnerstagsversammlung in Lichtenberg konnte die Polizei nicht andrängen; sie hielt sich aber schadlos, als die Versammlung ihr natürliches Ende erreicht hatte. Lieber die Willfährigkeit der Polizei gegen die heimkehrenden Versammlungsbesucher wird uns berichtet:

„Ein ungeheures Aufgebot von Kriminalbeamten und uniformierten Schutzleuten trieb die Versammlungsbesucher zu einem großen Haufen zusammen und schlug dann rücksichtslos mit Gummiknüppeln und blanken Säbeln ein. Versammlungsbesucher und auch völlig unbeteiligte Straßengänger wurden auf die Erde geworfen, gestochen und mit Gummiknüppeln bearbeitet. Vertretene Schutzleute sorgten für die Räumung der Bürgersteige. Autos mit Schutzleuten vollgepfropft fuhrten hin und her und mo eine Anzahl Personen zusammenbringen oder fangen, sprangen sie heraus und hieben mit blanker Waffe ein. Dabei sind einige Jugendliche arg verletzt worden, mehrere konnten am anderen Tage nicht zur Arbeit gehen.

Die Polizei ist auf dem Holzwege, wenn sie annimmt, die Aufforderung: „Jugend heraus!“ könne wirksam mit der anderen: „Säbel heraus!“ beantwortet werden. Besser als viele Reden es vermögen, beweisen solche Willkürakte den Jugendlichen, wie notwendig der Kampf gegen die preußische Reaktion ist.

Selbstmord eines Einjährig-Freiwilligen. Eine aufregende Szene spielte sich in der Nacht zum Sonnabend in der Freiheitsstraße 10 ab. Dort stürzte sich der 18 Jahre alte Einjährig-Freiwillige Hugo Brunert vom Kaiser-Franz-Grenadierregiment Nr. 2 mit einem Revolver des vierten Stoßes auf die Straße hinab und jagte sich so schwere Verletzungen zu, daß er bald darauf starb. Der unglückliche Mann vermachte infolge seiner körperlichen Schwachheit alle Anforderungen des Dienstes nicht zu entsprechen, obgleich er, wie seine Vorgesetzten bekunden, den besten Willen besaß. So ant es, daß er sich von seinen Kameraden und den Mannschaften umschaut fühlte. Aus Gram über diese Ursache ist die Tat aus.

Der Männer- und Frauenchor Neukölln veranstaltet heuteabend im großen Konzertsaal der Brauerei Friedrichshagen ein Konzert. Außer Männer- und Frauenchören gelangt das Chorwerk des „Hoforchesters“ (Die Hundertstündigen) unter Mitwirkung des Bläser-Orchesters, sowie Männer- und Frauenchor und Saitenensemble (Herr Thümler-Walden) zur Aufführung. Anfang um 7 Uhr.

Der Frühjahrsfahrplan der Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft tritt heute den 3. Mai in Kraft und wird von Montag ab im Bureau der Stern-Gesellschaft, Brandenburger Werft, auf allen Stationen unentgeltlich ausgegeben. Das Vorderbild des Zielblattes ist das Ergebnis des Wettbewerbes, den die Stern-Gesellschaft im vergangenen Jahre bei ihrem 25jährigen Jubiläum im Amateurphotographen erhalten hatte. Aus dem reichen Inhalt i namentlich hervorzuheben, daß an Wochentagen billige Doppeltarife nach allen an der Obersee gelegenen Ausflugsorten für die Hin- und Rückfahrt ausgeben werden. Außerdem fahren die Dampfboote zum großen Teil von Berlin (Jannowitzbrücke) bis nach Schwandow direkt durch, während man früher in Oranien umsteigen mußte. Zu bemerken ist noch, daß nach Berder zur Baum- lare in diesem Jahre zum erstenmal 15000 Schulkinder beschickt werden wird.

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, Mitgliedschaft Berlin, ist kürzlich seine ordentliche Generalversammlung bei Ohligs, Oppenstraße, ab. Das verfloßene Quartal stand im Zeichen der Vorbereitungen zu den in diesem Jahr stattfindenden Tagungen der Organisation. Der im August stattfindende Bundeskongress wird sich mit der Politik-Erklärung des Bundes beschäftigen müssen. Statistiken haben im Berichtsjahr: 1 Generalversammlung, 5 Ortsversammlungen. An Unfallunterstützungen für 85 Tage wurden 15,50 M. gezahlt, für 4 Sterbefälle 300 M., Unfallunterstützung 1 M. Zur Mitwirkung der Reigenmannschaft beim Bundesfest des reichlichen Arbeiter-Radfahrerbundes in Wien wurde ihnen aus 2 Kasse der Mitgliedschaft der Betrag von 250 M. überwiesen. 2 Grenzarten wurden 5 nach Oesterreich ausgeführt. Zur Erweiterung und Fortentwicklung der Organisation wurden 10000 Umläufe verbreitet. Der Bericht des Kassierers weist eine Ausgabe von 3072,60 M. auf. Nachschau wurde in zwei Fällen ge- macht, es handelt sich um Schadenersatz. Vom Festausgang wurde f das am 14. Juni wieder wie im Vorjahre stattfindende all- gemeine Arbeiter-Sportfest in Weihenstephan hingewiesen, unter verstärkter Anleitung aller Sportvereine soll diesmal gegen die Verweigerung 8 Stadions demonstriert werden. — Alle für die Mitgliedschaft stimmten Sendungen sind an den Vertrauensmann, Genossen Adolf Korras, S. 39, Schönleinstr. 11, zu richten; derselbe erteilt Auskunft über alle Bundesangelegenheiten.

Kleine Nachrichten. Auf dem Bahnhof Lichtenrade stürzte der -bauer Feischer beim Verlassen eines Wagens zwischen zwei Wagnen und kam so unglücklich zu liegen, daß ihm ein Arm und ein Bein abgefahren wurde. — In der Adenstraße geriet ein etwa 70 Jahre alter Mann namens Max Schön aus der Künigener Straße in die Räder einer Automobilmaschine. Er blieb schwerverletzt liegen und wurde sterbend in das Lazarus-Krankenhaus gebracht. — In schwerer Straßenunfall ereignete sich gestern mittig in der Lichtenberger Ecke Grünauer Straße. Die Frau des Arbeiters -hilde, Reichenberger Str. 75/76 wohnhaft, wollte an genannter -e einen Straßenbahnwagen besteigen. Durch zu frühes An- setzen kam sie zu Fall, geriet zwischen Rotorwagen und Anhänger -b wurde eine Strecke mitgeschleift. In schwerverletztem Zu- stande wurde sie nach dem Urban-Krankenhaus gebracht.

Berlin. Der Verband der Steinarbeiter ersucht uns um -nahme folgender Notiz: In der Steinhalle des Gewerkschafts- -ses, Engelauer 15, hat ein angeheerter Steinarbeiter sein -temonnanze mit Inhalt verlesen. Der Finder wird ersucht, das- -be im Verbandsbureau der Steinarbeiter, im Gewerkschaftshaus, -e Trepppe, Zimmer 7, abzugeben.

Vorortnachrichten.

Neukölln. Zu kühnlichen Auseinandersetzungen kam es in der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag der Antea- g sozialdemokratischen Fraktion, mit Rücksicht auf die von be- -fener Seite gegen den neuen Bauplan des neuen Bahnhofs in -eptow zu gelegenen Gelände geltend gemachten Bedenken in -e erneute Prüfung der Angelegenheit einzutreten. Stadtver- -meter Dr. Silberstein (Soz.) beantragte, die Tagesordnung -zuändern und den an letzter Stelle stehenden Antrag als vierten -nkt zu verhandeln. Derselbe befaßt sich mit einer äußerst wich- -en Sache und müsse mit Mühe und gründlich beraten werden. -dner führte für die Notwendigkeit erneuter eingehender Prüfung -e seinerzeit beschlossenen und jetzt dem Minister vorliegenden -auungsplanes die Angriffe, welche dieser im Architektenaus- -uß erfahren habe, und den kürzlich veröffentlichten Aufsehen -egenben Brief des Verbandsdirektors Dr. Steiniger an, den -fer in der Angelegenheit an das Ministerium gerichtet hat.

(Stürmische Zurufe: Zur Geschäftsordnung!) Die aus diesem Schreiben hervorgehe, seien die technischen Mitglieder des Ma- gistrats für den inzwischen von diesen aufgestellten erheblich besseren Plan, während der Oberbürgermeister glaube, sich über die Fachmänner hinwegsetzen zu können und den alten ange- -schriebenen Bauplan mit allen, und zwar sehr zweifelhaften -Mitteln durchsetzen zu wollen. (Stürmische Unterbrechungen.) Der -Stadtverordneterwörterer unterbrach ebenfalls heftig lautend den -Redner und rügte unter heftigem Widerspruch der sozialdemo- -kratischen Fraktion die Ausführungen des Redners als nicht zur -Geschäftsordnung gehörend. — Oberbürgermeister Kaiser be- -antragte darauf die Verweisung der Beratung in die nächstöffentliche -Sitzung. — Stadtd. Buchh (Soz.) bestritt ganz entschieden, daß -ein Magistratsmitglied der Versammlung die Geschäftsordnung be- -einflussen könne und betonte die unbedingte Notwendigkeit öffent- -licher Behandlung der allgemein als wichtig anerkannten Ange- -legenheit. Bei dem Versuch des Redners, seine Auffassung zu be- -gründen, kam es wieder zu heftigen Zusammenstößen mit dem -erregt die Glode schwingenden Vorleser und den bürgerlichen -Fraktionen. Das Gleiche setzte sich bei den erneuten Ausführungen -des Stadtd. Dr. Silberstein fort, der nochmals dem Oberbürger- -meister vorwarf, in der Sache dissentiert zu haben, so daß man -bei seinem Vorschlag annehmen könne, die in Frage kommenden -Vorgänge hätten das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen. — Ober- -bürgermeister Kaiser wies das erregt zurück und erklärte, der -Magistrat hinter sich zu haben. — Die bürgerliche Mehrheit ver- -wies darauf den sozialdemokratischen Antrag in die geheime -Sitzung.

Ohne Debatte beschloß die Versammlung, den Zugangs- -weg zum neuen Güterbahnhof Neukölln-Treptow an der Süd- -einfahrt zu pflastern, die Dronnhstraße zwischen den Gäß- -chen hindurchzuführen und ordnungsgemäß (Zahrdamm, Gäß- -chen, Bürgersteig, Blättengäßchen und Rosaiksteinpflaster) an- -zulegen und der Aufstellung von Fernsprechhäuschen an -öffentlichen, stark frequentierten Punkten der Stadt zuzustimmen.

Dem Antrage des Magistrats auf Einrichtung eines -Stadtschulbuches wurde allgemein zugestimmt, nachdem -die Stadtd. Kuchrod, Jacobsohn und Abraham mit -einigen juristischen Beiräten und über der im Entwurf vorgelegten -Schulbuchordnung einige Fehler anzugehen sich bemüht hatten. -Letztere ging daher an eine Kommission, der u. a. auch die sozial- -demokratischen Stadtd. Pöpel und Kohr angehören.

Für den 4. Deutschen Städtetag am 15. und 16. Juni d. J. in -Köln wurden als Delegierte der Stadtverordnetenwörterer -Sander und der Vorsteherstellvertreter Scholz, für die Ver- -tretung auf dem Brandenburgischen Städtetag am 28. Mai d. J. -in Guben u. a. auch Stadtd. Groger (Soz.) gewählt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung interpellierte Stadtver- -ordneter Klotz (Soz.) den Magistrat über die Gründe, welche für -die mehrmalige Verzögerung der anberaumten Beratungen der -Tarifkommission maßgebend waren. 1911 sei diese Kommission -bereits gewählt worden, und noch immer habe sie ihre Aufgabe, -eine Veranschlagung tariflicher Arbeitsbedingungen bei städtischen -Arbeiten durch die Unternehmer herbeizuführen, nicht erfüllt. -Es habe fast den Anschein, als ob Mitglieder der Kommission durch -Fernbleiben von den Sitzungen Obstruktion treiben wollten. Stadt- -baudirektor Weigand erklärte, daß er nur dem Wunsch der Kom- -missionsmitglieder gefolgt sei, aus deren Mitte wiederholt wegen -Behinderung ein Ausschub der Sitzungen gewünscht worden ist. -Annerhalb der nächsten beiden Wochen werde aber wohl die Er- -ledigung der schwebenden Frage möglich sein.

Die Gültigkeit der am 6. März im 2. und 3. Wahlbezirk der -2. Wählerabteilung stattgefundenen Ersatzwahlen wurde von der -Versammlung anerkannt. Stadtverordnetenwörterer Sander -verpflichtete darauf die Gewählten, Justizrat Jacobsohn und -Bureauvorsteher Kuchrod, in der üblichen Weise.

Heute, Sonntag, Familienausflug nach Rahnsdorf— -Friedrichshagen. Abfahrt Bahnhof Neukölln 7.20 Uhr vormittags. -Fahrpreis 65 Pf. Außerdem wird erfrucht, den Kindern 10 Pf. und -etwas gemahlene Kaffee zum Kaffeeholen mitzugeben. -Mittwoch, den 6. Mai, Spielen in Treptow. Treffpunkt 9 Uhr -Waldenbruchplatz (Eisensteig). Um recht rege Beteiligung ersucht -der Spielausschuß.

Wilmerdsdorf.

In einer gemeinsamen Sitzung der städtischen Körperschaften -wurde für den zurücktretenden Stadtverordnetenwörterer Koch als -Vertreter für den Zweckerband Dr. Franke und an Stelle des -Dr. Leidig in den Annonisationszweckerband des Kreisf. Telow -der Stadtverordnete Schäfer gewählt.

In der anschließenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung -wurden zu unbesoldeten Stadträten die Herren Hofstein und -Wenzel gewählt, letzterer gegen den Vorschlag des Wahlausschusses. -Von der Auslosung sind die Stadtd. Wiener, Dr. Gottschalk, Richter -und Heinrich betroffen. Dann erbat die Magistrate die end- -gültige Abrechnung über die Erschließung des Scheunenviertels, -deren Kosten insgesamt 304 119,77 M. betragen haben. Der -Lehrerverein petitionierte um Veranschlagung von Festräumen -bei der Erbauung von Volksschulen. Die Petition wird von einigen -Stadtverordneten unterstützt, die auf die sehr unterschiedliche -Behandlung von höheren und Volksschulen in Wilmerdsdorf hinweisen. -Da ein Neubau erst in 4—5 Jahren zu erwarten steht, wird die -Petition bis dahin dem Magistrat zur Veranschlagung überwiesen.

Die schwebende Kirchengemeinde in Berlin hat dem Magistrat -ein Kaufangebot für den freien Platz am Hohenzollernplatz gemacht. -Der Kaufpreis beträgt 135 396 M., ist in bar zu zahlen und dafür -soll der Platz in längstens 4 Jahren bebaut sein. Es soll eine -Kirche mit Wohnungen, Versammlungsräumen usw. errichtet -werden. Lieber die bauliche Ausgestaltung des Projekts behält sich -die Stadt das Einspruchsrecht vor. Auf Wunsch des Stadtd. Droese -wird die Vorlage einstweilen dem Finanzausschuß zur Prüfung -überwiesen. Eine längere Diskussion entspann sich über den Antrag -Dr. Hofenstadt und Genossen, wonach die Stadtverordnetenversam- -mlung den Magistrat ersuchen soll, für das Verbleiben Wilmerdsdorfs -bei der Potsdamer Handelskammer zu wirken. Stadtd. Hanemann -begründete in eingehender Rede seinen gegenteiligen Standpunkt -und verteidigte die Berliner Kammer, die mit ihren glänzend -organisierten Fachausschüssen die beste Gewähr für eine zweck- -sprechende Vertretung auch der Wilmerdsdorfer Interessen bietet. -Stadtd. Wiener ersucht, von einem Beschluß abzusehen und die -Entscheidung der Interessenten abzuwarten. Dr. Leidig rügte die -Agitation der Berliner Kammer. Der Antrag Sanderstadt wurde -dann schließlich angenommen, nachdem auch der Magistrat erklärt -hatte, er sich einstimmig auf dem gleichen Boden.

Tempelhof.

In der Gemeindevertretersitzung wurde zunächst die Ein- -führung der neu- resp. wiedergewählten Gemeindevertreter vor- -genommen. Die Kostenprüfungsberichterstattung für März 1914 hat -einen Bestand von 1 977 817 M. einschließlich der zinsbar an- -gelegten Beträge ergeben. Durch das Ausschreiben mehrerer Ge- -meindevertreter aus der Vertretung machte sich die Ergänzung ver- -schiedener Kommissionen nötig. So wurde Genosse Müller in die -Gesundheitskommission und den Grundsteuer- und Genosse -Frank in die Baukommission gewählt. Lieber die Geltendmachung -eines Entschädigungsanspruches gegen die Stadtgemeinde Schöne- -berg wegen Beschädigung der Dorfstraße durch das Schöne- -berger Druckrohr referierte Stadtd. Seyffardt. Die Gemeinde

steht mit der Stadtgemeinde Schöneberg in einem Verbandsverhältnis. Danach ist Schöneberg das Recht eingeräumt, sein Druckrohr durch Tempelhofer Gebiet zu legen, und bei vorzunehmenden Reparaturen diese ohne Genehmigung Tempelhofer zu vollziehen. Schöneberg hatte nun die Absicht, die an dem Druckrohr befindlichen Ruffen zu verstärken. Hierzu stellte der Tempelhofer Gemeindevorstand die Bedingung, daß Schöneberg nach der Wiederherstellung der aufzutretenden Schäden eine fünfjährige Garantie für die Haltbarkeit derselben übernehme. Dies lehnte Schöneberg ab, indem es sich auf den eben gefestigten Vertrag berief. Während diese Verhandlungen schwebten, plante in der Vorstadtstraße ein Druckrohr, wodurch Tempelhof ein Schaden von ca. 3000 M. erwachsen ist. Diesen Betrag soll Schöneberg ersetzen. Schöneberg behauptet demgegenüber, dadurch, daß es durch Tempelhof daran gehindert worden sei, die Ruffen an dem Druckrohr zu verstärken, einen Schaden erlitten zu haben, der sich auf ca. 13 000 M. beziffere. Da Vergleichsverhandlungen gescheitert sind, beschloß die Vertretung, die vom Gemeindevorstand geforderten 3000 M. auf dem Wege der Klage von Schöneberg einzufordern. Einem Vertrag mit dem Reichsmilitärkreis wegen Errichtung von Bauleistungen auf der Ostseite des Tempelhofer Feldes wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. Eine längere Debatte entspann sich bei der Beratung über den Abschluß eines Vertrages betr. Anschlagslösen. Vom Gemeindevorstand wurde ein Vertrag mit der Firma Strauß u. Co., Charlottenburg, empfohlen. Diese Firma sei mit dem Groß-Berliner Anschlagswesen vertraut — sie habe bereits das Anschlagswesen in Charlottenburg und Schöneberg in Nacht. Der Vertrag würde auf 6 Jahre abgeschlossen gegen eine Pachtsumme von jährlich 2000 M. Die Firma verpflichtet sich, zu den bisherigen acht Säulen noch zwölf neue aufzustellen, die sofort in das Eigentum der Gemeinde übergehen. Bisher habe die Gemeinde acht Transformatorensäulen von der Tempelhofer Elektrizitätsgesellschaft für 50 M. pro Säule und Jahr gepachtet und diese dem Haus- und Grundbesitzer gegen die gleiche Entschädigung überlassen. Um nun diesen Verein für die sofortige Auflösung des bisherigen Vertrages ein Äquivalent zu bieten, hat der Gemeindevorstand vorbehaltlich der Zustimmung der Gemeindevertretung mit Strauß u. Co. vereinbart, daß die Wohnungsangelegenheiten dieses Vereins unentgeltlich gedruckt und angeschlagen werden. Außerdem hat sich die Firma verpflichtet, die Berliner Theaterzeitung unentgeltlich anzuschicken. Während sich bisher die Preise in den verschiedenen Plakatspreisen auf 5, 10 und 15 M. stellten, will Strauß u. Co. 3, 6 und 11 M. für die Woche erheben. Es hat sich noch eine Stettiner Firma beworben, die bei 10-jährigem Vertrag jährlich 5000 M. Pacht zahlen will, aber bedeutend höhere Preise (5,60, 9 und 15 M.) fordert. Genosse Müller stellte den Antrag, die Firma, der der Zuschlag erteilt wird, zu verpflichten, auch die Theateranzeigen der Freien Volkshäuser anzuschlagen, und auch die Wohnungsangelegenheiten der Hausbesitzer zu veröffentlichen, die dem Hausbesitzerverein nicht angehören. Auch Herr Wegner wandte sich gegen die Bevorzugung des Hausbesitzervereins. Das, was von der Gemeinde geschaffen werde, müsse auch der Allgemeinheit zugute kommen. Die Ausführungen Wegners gaben Herrn Jung Veranlassung, seiner Verurteilung darüber Ausdruck zu geben, daß es ein Mitglied des Hausbesitzervereins wage, gegen die Interessen dieses Vereins aufzutreten. Er erinnerte Herrn Wegner daran, daß er ja dem Hausbesitzerverein verdanke, wenn er in der Gemeindevertretung sitze. Werde der Antrag Müller angenommen, dann trete mindestens die Hälfte der Mitglieder aus dem Verein aus, da diese demselben nur wegen dieser Vergünstigung angehören. Bürgermeister Wiesner trat, anstatt von allen Angehörigen der Gemeindevertretung die Wahrung der Gemeindevorteile zu fordern, der Auffassung des Herrn Jung bei. Unter Ablehnung des Antrages Müller wurde dem Vertrage mit der Firma Strauß zugestimmt.

Schöneberg.

Der neugegründete Frauenchor wird Mittwoch, den 13. Mai, um 9 Uhr abends, zu seiner ersten Übungsstunde in den neuen Rathhauskeller, Reiminger Straße 8, zusammentreten. Alle die Sängereinnen, die sich bereits angemeldet haben, sowie alle Frauen und Mädchen, die dem Chor noch beitreten wollen, werden erfrucht, vollständig zu erscheinen. Eintrittsgeld wird am ersten Abend nicht erhoben. Der Mitgliedsbeitrag beträgt wöchentlich 10 Pf.

Das Kaspieren der Freien Elternvereins findet am Sonntag, den 10. Mai statt. Sonnabend, den 10. Mai, Elternabend in den neuen Rathhauskeller. Heute abend: Gemütliches Zusammensein im kleinen Saal des Schwarzen Adlers.

Mariendorf.

Aus der Gemeindevertretung. Zunächst fand die Einführung der neugewählten Schöffen Schmidt, Treppens und Rau statt. Sodann teilte der Gemeindevorsteher mit, daß der Gemeindevorordnete Herrmann (Soz.) sein Mandat wegen Verzugs niedergelegt hat. Einer Befehlsung des Brandenburgischen Städtetages in Guben kann aus dem Grunde nicht entsprochen werden, weil im Ort dafür keine Mittel vorgehalten sind. Genosse Weber plädierte für die Befehlsung, da nach dem aufgestellten Programm kommunalpolitisch wichtige Vorträge vorgelesen sind. Von der Aufsichtsbekörderung wird die Aenderung einer Ortspolizeiverordnung gefordert. Es entspann sich eine lebhafte Debatte zwischen Säbender und Mariendorfer Hausbesitzern über die zweckmäßigste Pflasterweise der Bürgersteige. Der § 21 der Polizeiverordnung lautete bisher: Den zur Erhaltung der Sicherheit auf den öffentlichen Straßen ergangenen Aufforderungen der Beamten ist unweigerlich Folge zu leisten. Diesem Passus soll jetzt einseitig werden: „insbesondere zum Schutz der Personen und des Eigentums“. Genosse Fuhs wandte sich entschieden gegen diese neue Fassung, weil damit nur eine Vereinträchtigung des Koalitionsrechtes verbunden ist. Unsere Genossen stimmten gegen diese Polizeiverordnung.

Am Sonntag, den 10. Mai, findet bereits die Wahl für die Gemeindevertretung an Stelle des verzogenen Genossen Herrmann und des Wahlwirte Sabramm statt. Unsere Genossen müssen unverzüglich mit der Wahlarbeit beginnen, um die Mandate für die 3. Klasse zu behaupten.

Die Wahlen für die als Schöffen gewählten Vertreter Schmidt und Treppens sowie die erledigten Mandate Bahn und Frick werden am 11. Mai vorgenommen.

Oris.

Ein einschläfer Unglücksfall ereignete sich vorgestern nachmittag in der Dorfstraße. Gegenüber dem Hause Nr. 15 spielten einige Knaben auf dem Weichholzfeller. Als einer herunterfiel, stieß er dabei den unten auf dem Bürgersteig spielenden dreijährigen Paul Carl, Sohn eines Arbeiters, so an, daß er quer nach dem Straßenrand zu niedersank. In diesem Augenblicke überfuhr dort ein schwerbeladener Wägbwagen aus Tempelhof die Straße entlang. Der Knabe fiel mit seinem Kopfe gerade vor das Hinterrad des Wagens, so daß ihm durch das Rad der Kopf zermalmt wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Spandau.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Vorlage betr. Gewährung eines Darlehns von 3000 M. auf 10 Jahre un kündbar an den Verein für soziale innere Kolonisation, der sich die Kostentragung von Debländere in durch Beschäftigung von Arbeitslosen zur Aufgabe macht. Genosse Fied, der der Vorlage unmissverständlich gegenüberstand, hatte Bedenken, daß auch alte Leute in dieser schweren Arbeit herangezogen werden sollen, die sie schwerlich verrichten könnten. Die Vorlage gelangte zur Annahme, während ein Antrag, auch auf dem städtischen Gute Womdorsdorfer Arbeitslose zu beschäftigen, abgelehnt wurde. Aufhebung des Beschlusses, den Kriegsunteroffizieren von 1864 die Gemeindesteuern für das laufende Jahr zu erlassen. Beantragte der Magistrat. Dafür wurde verlangt, denjenigen Veteranen von 1864, die ein Einkommen von weniger als 2000 M. haben, eine Ehren-

gab von 20 M. zu bewilligen. Gleichzeitig lag ein Antrag unserer Fraktion vor, den in Spandau wohnenden Veteranen von 1884, welche nicht in der Lage sind, Steuern zu zahlen, eine Ertragsgabe von je 30 M. zu überweisen. Die Stadtverordneten Groß, Mittelke, haben sich 60 Veteranen gemeldet, von denen 14 ein Einkommen über 2000 M. und 26 ein solches unter 2000 M. haben, während 20 gar keine Steuern zahlen. Genosse Piel führte aus, daß der Ruch der Sozialdemokratie den Magistrat nicht schlafen lasse. Der Abänderungsantrag des Magistrats sei der reine Konkurrenzneid. Tief beschämend für das Reich sei es, daß diese alten Leute, die ihr Blut und Gut für das Vaterland geopfert haben, nun so im Stich gelassen werden, so daß sie auf Almosen angewiesen sind; einige müßten mit der Drehorgel von Haus zu Haus ziehen. Redner erweiterte seinen Antrag dahin, daß diese Veteranen, die keine Steuern bezahlen können, 50 M. erhalten. Der Antrag des Genossen Piel wurde angenommen, ebenso ein Antrag Kattes, wonach die Veteranen mit einem steuerpflichtigen Einkommen unter 2000 M. je 30 M. erhalten.

Hierauf wurde in die Beratung des Dringlichkeitsantrages der Stadt Dr. Kantorowicz und Genossen eingetreten, der sich gegen den Waldanlauf des Zweckverbandes wandte.

Wir haben den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, der sich gegen den Anlauf erklärt. Demgegenüber erklärte Oberbürgermeister Köhler, Stadtverordneter Bender und Köhler, daß sie sich nicht binden lassen werden.

Als Beispiele für den Verein „Pensionskolonie Spandau“ beantragte der Magistrat 600 M. zu bewilligen. Auf Antrag von Dr. Kantorowicz und Genossen Peyer wurden 1000 M. zu diesem Zweck bewilligt.

Hierauf folgte geheime Sitzung.

Nieder-Schönhausen.

In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde zunächst die Mitteilung gemacht, daß in der Enteignungsangelegenheit der Wald- und Hermannstropfe vom Bezirksausschuß die Enteignungssumme auf 34 000 M. festgesetzt worden sei. Die Angelegenheit wurde der Baukommission zur Prüfung überwiesen, ob sich die Gemeinde mit diesem Beschluß zufrieden geben soll. Leider kann vorläufig mit dem Ausbau der Straßen noch nicht begonnen werden, da der Bezirksausschuß dies von der Rechtskraft des Beschlusses abhängig macht. Unter Punkt „Mitteilungen“ gab es dann noch eine kleine Heberzackung, indem Herr Weder mitteilte, daß er seit längerer Zeit mit einem gewissen Unbehagen in die Sitzungen gekommen, weil er über die auf der Tagesordnung stehenden Punkte nicht gehörig orientiert gewesen sei. Aus diesem Grunde habe er sich mit den Herren Kriß, Gebhardt, Koo und Müller zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Sämtliche fünf Vertreter gehören dem alten Hausbesitzerverein an. Die Begründung wollte der Bürgermeister nicht als richtig anerkennen, jedoch mußte er zugeben, daß die Bildung von Fraktionen ein gutes Recht der Gemeindevertreter sei. Ueber die Veranstaltung von Theateraufführungen entspann sich eine längere lebhaft Debatt. Hierzu machte Bürgermeister Abraham die Mitteilung, daß die Stadt Neudölln an ihn mit der Anfrage herangetreten sei, ob die Gemeinde bereit sei, sich den Bestrebungen des Märkischen Wandertheater angeschlossen. Er habe die Angelegenheit der Preiskommission unterbreitet, die sich eingehend damit beschäftigt und beschlossen habe, den Anschluß an das Märkische Wandertheater zu empfehlen. Beabsichtigt sei, für das Winterhalbjahr 1914/15 sechs Theateraufführungen zu geben, dafür habe die Gemeinde für jede Vorstellung eine Einnahme von 300 M. zu garantieren. Als Theaterort soll das Restaurant „Schloß Schönhausen“ in Aussicht genommen werden. Herr K. Kuhlmann sprach sich gegen den Antrag aus, die Sache sei ideal schön, aber er verspreche sich keinen Erfolg davon. Unsere Vertreter traten warm für den Antrag ein, ein solches Risiko könne nicht entstehen, da der Bildungsausschuß der Arbeiterschaft im Falle der Annahme des Antrages beschließen habe, von der Veranstaltung eigener Theater-Vorstellungen abzusehen. Der Antrag, 6 Vorstellungen zu veranstalten, wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Der Umbau des Realprogymnasiums wurde nach Vorlegung des Projektes genehmigt und die Summe von 77 000 M. bewilligt. Herr Restaurateur Fusch will auf seinem Grundstück Kaiser-Wilhelm-Straße eine Bedarfsanstalt errichten, wenn ihm die Errichtung einer Stiebtierhalle gestattet wird. Die Anstalt soll den polizeilichen Vorschriften entsprechend angelegt werden und dem Publikum kostenlos zur Verfügung stehen, dem wurde zugestimmt. In der nichtöffentlichen Sitzung wurden die Wahlen für die Kommissionen und Ausschüsse vorgenommen. Der Baukommission gehören die Genossen Breitmänn und Woschke an; Steuerausschuß Genosse Dumich; Finanzkommission Breitmänn und Pöge; Beschäftigungs- und Straßenreinigungskommission Dumich; Friedhofskommission Breitmänn und Hellrich; der Verwaltung des Wasserwerks und der Kanalisation Pöge; Preiskommission Hellrich und Pöge; Gesundheitskommission Hellrich. Die Wahl von Armenbezirksvorstehern wurde zurückgestellt.

Friedrichsfelde-Karlshorst.

Zur Gründung eines Frauenklub findet am Dienstag, den 5. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Vausdorf, Friedrichsfelde, Berliner Straße 15, eine Versammlung statt. Stimmbegabte und fangenslustige Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sowie alle Freunde des Arbeiterkampfes sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Bernau.

Eine von über 500 Personen besuchte Protestversammlung der Klassenmitglieder der Ortskrankenkasse Niederbarnim beschäftigte sich mit den Mißständen obenannter Kasse. Der Referent Genosse Kandel-Reinhold berichtete an der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials das Sparsystem des derzeitigen Leiters der Kasse, des Regierungsdirektors Dr. Vormann, der lieber in Schanzkassen Krankengeld auszahlen lasse, als die leerstehenden Wartezimmer der alten Kassen, für welche noch jahrelang Mietzinsen zu zahlen sind (im Reinholdsdorf allein noch 10 000 M.), als Zahl- und Heilbedürfnisse zu benutzen. Ferner unterzog Redner das System der Kasuistenforschung einer herben Kritik. Im Bureau der Kasse am Friedrich-Rack-Platz würden die Kranken im Kassenhofen angebrochen. Anstatt die alten erfahrenen Beamten der aufgelösten Kassen zu übernehmen, würden Militärärzte und junge Leute angestellt, welche absolut keine Erfahrung und Kenntnis im Krankenwesen haben. Von 30 Beamten im Kreise hat man ganze 29 übernommen, obwohl alle übrigen ihr Gehalt bis 1. Oktober bekommen und nun von ihren Fähigkeiten keinen Gebrauch machen können. In der Diskussion wurde vor allen Dingen das manchmal wochenlange Warten auf den Krankenschein, sowie auf Krankengeld, ferner die unwürdige Behandlung bei der Kasuistenforschung und das Fehlen einer Reihe- und Zahlstelle am hiesigen Orte geäußert. Zum Schluß fand eine Resolution, welche vor allen Dingen vom Versicherungsausschuß die Aufhebung zu den Wahlen des Vorstandes fordert und ferner allen gewählten Ausschüßmitgliedern zur unbedingten Pflicht macht, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, damit solche Mißstände beseitigt und geordnete vertrauenswürdige Zustände herbeigeführt werden, Annahme.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Kreptow, Dienstag, den 5. Mai, abends 8 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Die deutschen Luftschiffer in Russland verurteilt.

Am Donnerstag hatten sich vor dem russischen Appellhof in Perm (Rußland) der deutsche Luftschiffer Hans Berliner wegen Spionage und seine beiden Mitfahrer Alexander Haase und Arnold Nikolai wegen unerlaubten Fluges über die Grenze zu verantworten. Der Berliner Freiballonführer Ingenieur Hans Berliner war bekanntlich am 8. Februar d. J. von Bitterfeld aufgeflogen und mußte im Bezirk von Krasno-Ufimsk in Rußland bei Perm eine Notlandung vornehmen. Mit diesem 3000-Kilometerflug bis in den Ural stellte Berliner einen Weltrekord auf. Er wurde mit seinen Mitfahrern nach der Landung verhaftet und vor das Gericht gestellt. Nach siebenstündiger Beratung ließ der Appellhof die Anklage gegen Berliner wegen Spionageverfuges fallen, verurteilte jedoch alle drei Angeklagten zu je sechs Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat und 28 Tagen der erlittenen Haft. Die Freilassung wurde verfügt gegen je 2000 Rubel Kaution; der Ballon wurde konfisziert. Die Angeklagten sollen überführt worden sein, Pläne angefertigt und befestigte Punkte beschrieben zu haben.

Eisenbahnkatastrophe im Rheinlande.

Ein folgenschwerer Zugsammenstoß hat sich am Freitagmorgen auf der Station Niedersaulheim im Rheinlande zugetragen. Ein von Alzey nach Mainz fahrender Personenzug stieß auf der Station mit einem rangierenden Güterzuge zusammen. Der Zusammenstoß der beiden Züge erfolgte mit solcher Heftigkeit, daß beide Lokomotiven vollständig ineinanderrannten und entgleisten. Die Maschinen sind vollständig demoliert. Von dem Personenzug ist außerdem der Postwagen und drei Personenwagen und vom Güterzug ein Post- und zwei Güterwagen bis zur Unbrauchbarkeit zerstört worden. Unter den Trümmern wurde der Lokomotivführer Leber aus Alzey, das Fräulein Wieland aus Hlanheim und die Witwe Guttant aus Wörstadt tot hervorgeholt. Schwerverletzt wurden der Heizer des Personenzuges Maqam aus Alzey und vier Reisende, leicht verletzt etwa 10 Personen.

Bestialisches Verbrechen.

Auf der Chaussee nach Jüterbog wurde Freitagmorgen gegen 6 1/2 Uhr die 19jährige Anna Lehmann aus dem Dorfe Hausstedt, die sich auf dem Wege nach der Schule befand, von einem Ranne überfallen, vergewaltigt und durch Schaufelschläge niedergedrückt. Man brachte das bewußtlose, schwer verletzte Kind nach dem Krankenhaus in Jüterbog, wo es bald seinen Verletzungen erlag. Als der Tat dringend verdächtig wurden ein Mann in Jüterbog und ein anderer in Zudenwalde festgenommen.

Abflug zweier Militärflieger.

Die beiden Fliegeroffiziere Leutnant Riemer vom königlich sächsischen Infanterieregiment Nr. 178 als Führer und Oberleutnant Mayer vom Luftschifferbataillon Nr. 1 als Begleiter, die Freitagmorgen in Döberitz auf einem Doppeldecker aufgestiegen waren, sind mittags in 20 Meter Höhe über dem Flugplatz Halberstadt von einer Vöde erfaßt worden. Das Flugzeug wurde zu Boden geschleudert und vollständig zerstört. Oberleutnant Mayer wurde sofort getötet, Leutnant Riemer schwer verletzt.

Der Lehrer als Revolverheld und Messerstecher.

In der Nacht zum Sonnabend geriet der ungefähr 30 Jahre alte Unterlehrer Kirchmeier von Redarjum mit dem ungefähr 60 Jahre alten Oberlehrer Kienzler von Jagzell in einer Wirtschaft in Schweighausen in Württemberg in Streit, in dessen Verlauf der Unterlehrer auf seinen Vorgesetzten einige Revolverkugeln abgab, die aber nicht trafen. In der Wohnung des Oberlehrers in Jagzell setzte sich der Wortwechsel fort, wobei Kirchmeier nach dem Messer griff und dem Oberlehrer sechzehn Stiche in den Bauch und in die Seite und einen Stich in den linken Unterarm beibrachte, der die Schlagader durchschneidet. Kienzler brach blutüberströmt zusammen. Ein um 2 Uhr nachts herbeigerufener Arzt stellte fest, daß Kienzler kaum mit dem Leben davonkommen wird. Der Täter ist in der Richtung auf Schweighausen geflüchtet und konnte noch nicht ermittelt werden. Kienzler stand vor der Pensionierung.

Tragödie im Irrenhause.

Ein entsetzlicher Vorgang hat sich im Irrenhause von Alicante in Spanien ereignet. Dort waren zwei Tobsüchtige in einer Zelle untergebracht worden, von denen der eine in die Zwangsjacke gefesselt werden mußte. Während die Wärter auf kurze Zeit sich aus der Zelle entfernten, warf sich der zweite Tobsüchtige auf den wehrlos am Boden liegenden Leidensgenossen. Durch die jämmerlichen Schreie aufmerksam gemacht, eilten die Wärter herbei. Sie fanden den Unglücklichen blutüberströmt am Boden liegen. Der zweite Tobsüchtige hatte mit einem kleinen Messer, das er sich auf unerklärliche Weise beschafft hatte, seinem Helleninsassen die Augen ausgehöhlet und die Zunge aus dem Halbe gerissen. Das blutige Messer hielt er noch in der Hand; er konnte nur mit Mühe überwältigt werden.

Bootskatastrophen.

Auf dem Schloßteich in Königsberg i. Pr. kenterte am Freitagabend ein mit zwei Herren und zwei Damen besetztes Boot. Die beiden Damen wurden Sonnabend vormittag als Leichen geborgen, eben so der eine der beiden Herren, bei dem eine Ausweislarte auf den Namen Schulz gefunden wurde. Ob auch der dritte Insasse ertrunken ist, bedarf noch der Klärung.

In der englischen Küste bei Aldeburgh kenterte in der Nacht zum Sonnabend während eines Sturmes ein Boot der Küstenwache. Drei Mann von der Besatzung ertranken.

Ein deutscher Dampfer gesunken.

Wie aus Glückstadt gemeldet wird, ist in der Nacht zum Sonnabend in der Südmündung der Dampfer „Dollart“ der Vereinigten Dampfer- und Frachtschiffahrtsgesellschaft Hamburg, der mit Del von Harburg nach London bestimmt war, auf das Braß des am vorigen Sonntag in der Südmündung gestrandeten Dampfers „Werner“ aufgelaufen. Das Vorberschiff des „Dollart“ wurde vollständig aufgerissen. Der Dampfer kenterte und sank innerhalb einiger Minuten; er liegt im Fahrwasser in unmittelbarer Nähe des Braß des Dampfers „Werner“. Der Koschinik Holla und der Heizer Keil, beide aus Hamburg, sind ertrunken, die übrige Besatzung wurde gerettet. Ein Mann hat schwere Verletzungen an der Hand davongetragen.

Kleine Notizen.

Ein Magistratsrat gestürzt. Der Breslauer Magistratsrat Schönwälder ist unter Zurücklassung einer großen Schuldenlast aus Breslau verschwunden. Schönwälder, der Magistrat der Hauptpolizei war, ist vor kurzer Zeit vom Magistrat eine Abfindungssumme von 6000 M. gezahlt worden unter der Bedingung, daß er aus dem städtischen Dienst scheide. Er hatte seine Stellung dazu mißbraucht, von Terraten interessierten große Darlehen aufzunehmen.

Schweres Brandunglück. In der Nacht zum Sonnabend ist in Vellahn in Mecklenburg-Schwerin die Mecklenburger Bäderlei vollständig niedergebrannt. Die beiden Bebrülinge und ein Mädchen werden vermisst und dürften in den Flammen umgekommen sein. Die Tochter des Bädermeisters hat erhebliche Brandwunden erlitten.

Folgenschwerer Unfall bei der französischen Marine. Infolge eines einer Rette wurden im Hafen von Toulon acht Matrosen aus einer Jolle des Kreuzers „Ernest Renan“ ins Meer geschleudert. Drei Mann ertranken, zwei wurden verwundet.

Die Opfer der Grubenkatastrophe in West-Virginia. Nach einer Meldung aus New York wurden von den im New River-Bergwerk beteiligten Bergleuten bisher 50 Mann als Leichen gefunden. Ein weiteres Vordringen der Rettungsmannschaften wurde durch giftige Gase verhindert.

Frauen-Leseabende.

Wilmersdorf. Montag bei Schill, g. Lanenburger Str. 20: Vortrag der Genossin Siebel: „Warum müssen wir Sozialistinnen sein?“
Kantow. Montag bei Schulz, Kurfürststr. 37: Vortrag von Dr. Grumach über die täglichen Unfälle des Lebens.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 3. Mai, vormittags 9 Uhr, Pappelnallee 15-17; Kantow, „Zentralstr.“; Teich, Schloßstr. 15, und Oberkassowide, Markt 2: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Herrn Dr. R. Brie: „Theodor Fontane“. — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Jugendveranstaltungen.

Buchholz. Heute Sonntag, nachmittags 2 Uhr, im Parkrestaurant, Hauptstr. 71 (Rud. Aug. Kossak): Öffentliche Jugendversammlung. Wir bitten die Genossen, ihre Schalenkassen mitbringen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Tempelhof-Wariendorf. Heute Sonntag: Frühlingsspiel in den Glauer Bergen. Besondere Gelang, Regattastation und Volkstänze. Treffpunkt für Tempelhof: 1/3 Uhr Friedrichstraße, Ecke Berliner Straße, für Wariendorf: 8 Uhr am Bahnhof Wariendorf. Bringt Eltern, Freunde und Bekannte mit!

Lichtenrade. Die arbeitende Jugend beteiligt sich heute Sonntag an der Jubiläumsspiel in den Glauer Bergen. Erhebt alle!
Kantow. Heute Sonntag: Frühlingsspiel der Köpenicker Vororte in den Glauer Bergen bei Tschow. Treffpunkt für Kantow früh 1/2 Uhr Bahnhof Lichtenrade-Ort (Wahler 618 Kuznigstraße 627). Abfahrtsabends 10 Uhr. Jahrgeld für „Kommunisten der Arbeiterjugend“ 40 M. Nachprozent und Lieberbühler miltungen. — Dienstag, den 5. Mai: Mädchenabend bei Frau Rodorf, Charlottenstr. 47. Anfang 8 Uhr. — Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr: Les- und Diskussionsabend bei Helmann, Marienstr. 7. — Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 3 Uhr: Spiele auf dem Feld hinter der Gleisstraße. Abends 6 Uhr: Unterhaltung bei Schulz, Kurfürststr. 37.

Nur Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf und Umgebung findet am Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Schwäbchen des Bellen“ (großer Saal), Spichernstr. 3, am Rindberger Platz, eine unpolitische Jugendunternehmung statt. Tagesordnung: „Jugend heraus!“ Referenten: Reichstagsabgeordneter Dr. Erdmann und Frau Walh Peyer. Freie Aussprache, zu der auch die Heuerer geladen sind.
Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Männer und Frauen werden gebeten, für Massendruck zu sorgen.

Marktpreise von Berlin am 1. Mai 1914, nach Ermittlungen des königl. Statistikkamers. Weizen (milde), Katal 00,00-00,00, Dornau 0,00-0,00. Mais (milde), gute Sorte 14,90-15,20. Roggen 4,80-5,00.

Kartoffelmarktpreise. 100 Kilogr. Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 34,00-35,00. Spießbohnen, weiße 35,00-40,00. Linsen 40,00-50,00. Kartoffeln (Kleinst.) 4,00-7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rente 0,00-0,00. Rindfleisch, Bauchfleisch 0,00-0,00. Schweinefleisch 0,00-0,00. Kalbfleisch 0,00-0,00. Hammelfleisch 0,00-0,00. Butter 2,40-3,00. 80 Stück Eier 3,40-4,80. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20-2,20. Hühner 1,60-3,20. Lammfleisch 1,00-3,40. Gänse 1,40-2,80. Enten 1,00-2,30. Schmalz 1,40-3,20. Gänse 0,80-1,60. 60 Stück Rindfleisch 3,50-21,00.

Wetterprognose für Sonntag, den 3. Mai 1914.

Vorwiegend heiter und trocken, nachts wieder etwas kühler, am Tage wärmer bei ziemlich frischen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.
Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag: Trocken und zunächst größtenteils heiter, allmähliche Wiederaufwärmung. Am Montag im Osten, etwa bis zur Oder, noch heftigere Nachfröe. Nachher im Westen beginnende Zunahme der Erwärmung.

Große Berliner Kunstausstellung
Mai-September 1914
im Landesausstellungs-Gebäude.

KNORR

Die kluge Hausfrau verwendet nur

Knorr-Suppenwürfel,

weil sie ausgiebiger sind als andere
und außerdem am besten schmecken.

48 Sorten, wie Weibtreu, Sieben Schwaben. 1 Würfel 3 Teller 10 Pf.

Extra billige Angebote



1a Taffet-Chiffon-Jacke 59⁰⁰
sehr elegant verarbeitet, auf reinesid. Futter. In schwarz u. modern. Farben

Sport-Jacke aus Rips-Velvet
prima floreste Macco-
Qualität, in modernen
Farben M. **18⁵⁰**

Moiré-Blusen-Jacke
mit farbigem Paspel. Flotte
Form M. **14⁵⁰**

Kostüme
aus modernsten Stoffen in
denkbar größter Auswahl.

Prima Moiré-Mantel
fesche Kimono-Form mit
Volants. In schwarz u.
modernen Farben . . M. **46⁵⁰**

Staub-Mantel
aus reinwollenem, imprägnierten
Popelin, in aparten
Farben M. **19⁵⁰**

RM

Illustrierter Modenbericht kostenlos.

G m
b H

Berlin S.
Oranienstrasse
165
am Oranienplatz

Maassen

Berlin W.
Leipzigerstrasse
42
Ecke Markgrafenstrasse

Garbáty

Cigaretten

für
Qualitätsraucher

EIS

offizieren frei Haus für das laufende Jahr
den großen oder ganzen Eimer . . . 35 Pf.
den kleinen oder halben Eimer . . . 25 Pf.
Bestellungen orbitten
Köpenicker
Norddeutsche Eiswerke, Straße 40/41.

Berliner Uik-Trio
Adr.: Neukölln Lahnstr. 741.

Absolute Sicherheit

daß Sie den echten Nordhäuser Kautabak
von

Grimm & Triepel

erhalten, verschaffen Sie sich dadurch, daß Sie auf den
in jeder Rolle und um jede Stange gelegten

Firmenzettel

achten!



Abessinier-Pumpen,
s. Selbstsaugend. Bohr-
kompl., unter Gar., liefert
von 8 W. an. Garten-
spritzen, Garten-
schläuche p. 75 Pf. an.
Strahlrohre, gebr. Pum-
pen, wie neu, spottbillig.
Schlehdreher, Mäher,
Preisl. grat. A. Schop-
mann, Pumpenfabrik,
Berlin N. 656, Chausseestraße 88.



Vom 3. bis 9. Mai 1914
werde ich in
Berlin, Hotel Prinz Heinrich,
Dorotheenstr. 22,
anwesend sein, um
künstliche Augen
direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen
und einzupassen. 210/77
F. Ad. Müller, Augenkünstler aus Wiesbaden.



„Hoffnung“

Berliner Schneider-Genossenschaft (E. G. m. b. H.)
gegründet von organisierten Schneidergehilfen
Berlin N.
Brunnenstr. 185 (am Rosenthaler Tor).

Großes Lager
fertiger

Anzüge

Sommer-Paletots,
Bozener Mäntel,
Sport-Anzüge, Loden-Pelerinen
und Arbeiter-Berufskleidung.
Elegante Maßanfertigung.

Lieferant der Konsum-Genossenschaft u.
der Ortsgruppe Berlin d. Arb.-Radf.-Bund.
Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.
Tel. Amt Norden 1591. 102/1*

wünschen, daß ihre agrarischen Freunde nach Möglichkeit in die Universtitäten hineinkommen sollen — ich erinnere nur an Ehrenberg, Vertreter der marxistischen Ökonomie werden aber überhaupt nicht berufen; da reden Sie nicht von der Freiheit der Forschung und von der voraussetzungslosen Wissenschaft. Bei seiner Haltung gegen die Kathedersozialisten hat sich Herr v. d. Osten auf Modderius berufen, der fast als der Vater des Kathedersozialismus bezeichnet werden kann. In der „Deutschen Tageszeitung“ hat Fritz Klein ja schon längst die Professoren Born, Schüding, Delbrück und Günther-München verdächtigt. Als den wahren Schuldigen an der „Verrottung“ des Geistes an den deutschen Hochschulen hat er aber einen gewissen Wolfgang v. Goethe ermittelt. (Heutezeit links.) Die Berufung des Nürnberger Scharfmachers Tafel an die Breslauer Technische Hochschule beweist, daß auch das mobile Kapital Einfluß an den Universtitäten gewinnt. Dierher gehört auch der bekannte Brief der Eisinger Scharfmacher von der Schickauerwerk, worin dem Professor Fernhard

Informationen und Anweisungen für seine Lehrtätigkeit
gegeben werden; nebenbei gibt es allerhand bespöttelnde Äußerungen gegen die Regierung und den Reichstag. Die Angriffe gegen die Kathedersozialisten werden damit begründet, daß die Arbeiter jetzt ihren genügenden Anteil an den Gütern unserer Zeit hätten und nun der Grundbesitz und das Kapital wieder an die Reiche kommen müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das wird behauptet in der Zeit einer ungeheueren Depression, Arbeitslosigkeit und gänzlichen sozialpolitischen Anarchie, und gleichzeitig mit dem Sturm auf gegen die Arbeiterklasse, gegen die man neue Ruchhausgesetze fordert. Ich habe kein parlamentarisches Wort, um diese eigenartigen Praktiken zu kennzeichnen, die Sie anstreben, während Sie sich darauf vorbereiten, bei der Beratung der neuen Handelsverträge einen neuen gewaltigen Raubzug auf die Taschen des gesamten deutschen Volkes zu unternehmen! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Regierung gegen den Geist chauvinistischer Verbeugung auf den Universtitäten nichts einzuwenden hat, beweist jene Rede des Rarburger Universtitätsrektors, die den Kampf gegen den Ergo-fernd herbeiführt und jede Veröhnungspolitik verwarft. Wer aber, wie die Kathedersozialisten, auch nur den Anschein erweckt, als ob er auf eine Veröhnung der Klassengegensätze hinwirkt, den verfolgen Sie bis aufs Weisse. Der Geist der Universtitätsverwaltung aber ist ein Teil von Ihrem Geiste. Im vorigen Jahr feierte der Byzantinismus wahre Orgien. In Ehren des ersten Rektors der Berliner Universtität, eines Mannes, um den die Welt Deutschland beneidet, eines gewissen Fichte, wurde aber nur eine schlichte Gedenkfeier an seinem Grabe abgehalten, wie etwa eine Gedenkfeier für einen Selbstmörder! Offiziell wurde bekannt gegeben, daß von einem besonderen Festakt wegen der geistlichen Nähe der Kaisergeburtstagsfeier Abstand genommen werde. Fichte konnte nicht geehrt werden, weil die Pflichten des Byzantinismus der Berliner Universtität vorangehen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) An den Universtitäten herrscht jener byzantinische Geist, der im vergangenen Jahr zu dem lächerlichen Konflikt wegen des Kaiserhochs in Königsberg geführt hat, der beinahe wie eine Sprengbombe unter der Studentenschaft gewirkt hätte. Mit der Richtehrung Fichtes wegen der Nähe einer byzantinischen Feier hat aber die Universtitätsverwaltung den Stab über sich selbst gebrochen und über die Behauptung, daß an dieser Berliner Universtität wirklich unabhängige, voraussetzungslose Wissenschaft gelehrt werde, Sie wollen keine voraussetzungslose Wissenschaft, sondern eine Wissenschaft nach Ihrem Willen und nach Ihrem Herzen. Der Sozialdemokratie wird es überlassen bleiben, den Kampf um die Freiheit der Wissenschaft durchzuführen. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Dittrich (Z.)
wünscht vergrößerte Fürsorge für die katholisch-theologischen Fakultäten, lehnt die Ersetzung des Religionsunterrichts durch religionsgeschichtlichen Unterricht ab und tritt für die Wünsche der Privatdozenten ein.

Abg. Dr. Heß (Z.)
spricht über den Doktorhül der Tierärzte und hält den Spott Dr. Liebnichts gegenüber Professor Roethe nicht für ungerächtigt.

Abg. Münsterberg (Sp.)
Die Stellung zum Schutzoll oder Freihandel darf bei der Bezeichnung von Verträgen keine Rolle spielen. Daß Roethe an Stelle von Erich Schmidt steht, bedauere ich, aber nicht wegen seiner Person, sondern weil die Frage der Nachfolge noch immer nicht erledigt ist, und insbesondere wegen seiner ablehnenden Stellungnahme gegen das Frauenstudium.

Minister v. Trost zu Solz
tritt in warmen Worten für den Professor Roethe ein, von dessen Kommerztreden man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen dürfe, über dessen patriotische Begeisterung man sich aber freuen müsse. Professor Roethe hat für seine Berufung die Bedingung gestellt, Frauen nicht zulassen zu müssen. Das ist ihm eingeräumt worden. Wenn er jetzt bei seinen Vorlesungen als provisorischer Vertreter der Disziplin Erich Schmidts Frauen zulassen muß — ihre Zulassung darf übrigens nicht in die Willkür des einzelnen Professors gestellt werden, nachdem sie einmal allgemein zugelassen sind (Zustimmung) — und dabei zu der Ueberzeugung kommt, daß man deutsche Literatur auch vor Frauen vortragen kann, so wird mich das sehr freuen, und er wird dieser Ueberzeugung auch Ausdruck geben, denn er spricht immer seine Ueberzeugung unumwunden aus, ob sie nun Gefallen findet oder nicht, und das macht ihn mir gerade besonders sympathisch. (Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.
Die Errichtung einer theologischen Fakultät an der Universtität Frankfurt a. M. verlangen zwei Anträge: der des Abg. Dr. Riedberg (natl.) will keine Staatsmittel dafür aufwenden, der Antrag Windler (L.) will Staatsmittel dafür aufwenden.

In der Besprechung der Anträge wird den Sozialdemokraten durch einen Schlußantrag das Wort abgegeschnitten. — Die Anträge gehen an die Budgetkommission.

Abg. Dr. Vager (Z.)
begründet einen Antrag auf Errichtung einer Auslandshochschule aus dem Berliner Orientalischen Seminar, und

Abg. Graf v. d. Groeben (L.)
seinen Antrag auf bessere Pflege der Auslandswissenschaften.

Die Anträge gehen nach einhelliger Debatte an die Budgetkommission.

Nach fast achtkündiger Sitzung schlägt der Präsident vor, morgen um 11 Uhr weiterzuberaten.

Abg. v. Pappenheim (L.)
will schon um 10 Uhr beginnen, um die Arbeiten zu fördern.

Abg. Braun (Soz.)
Dieses Bestreben haben heute alle Redner gehabt und betätigt. Wenn wir die Arbeitskraft der Abgeordneten gar zu sehr überspannen, dann wird schließlich der Etat vor leeren Banken stehen, was eine Farce wäre. (Sehr richtig! links.) Den Achthundentag, mit dem Sie heute gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai demonstrieren haben (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts, im Zentrum und bei den Nationalliberalen) wollen wir hier doch nicht dauernd einführen.

Das Haus nimmt gegen die Rechte und die Mehrheit des Zentrums den Antrag des Präsidenten an.
Schluß gegen 6 1/2 Uhr.

70. Sitzung. Sonnabend, den 2. Mai 1914.
Am Ministertisch: v. Trost zu Solz.

Der Kultusetat.

Fortsetzung der Besprechung über das Kapitel „Universtitäten“.

Abg. Braun (Soz.)
Ich möchte bei diesem Titel das Verhalten der Direktoren der Universtitätskliniken in Königsberg anlässlich des letzten Verzeits zur Sprache bringen. Königsberg war bekanntlich eine der wenigen Städte, wo es den Kassenvertretern nicht gelang, eine Einigung mit den Vertretern der Ärzteschaft über das neue Vertragsverhältnis, das am 1. Januar d. J. in Kraft treten sollte, zustande zu bringen. Die Ärzte stellten so exorbitant hohe Forderungen, daß ihre Erfüllung den Ruin der Kasse hätte herbeiführen müssen. Deshalb hat auch das Oberverwaltungsamt in Königsberg damals der Kasse das Recht zugestanden, ihre Verpflichtungen den Mitgliedern ärztliche Behandlung zu gewähren, durch Zahlung von Barleistungen den Mitgliedern gegenüber abzulösen. Die Ärzte haben damals die Verhandlungen mit den Kassenvertretern mit dem Hinweis hingedrückt, daß es notwendig sei, zentrale Abmachungen zwischen der Ärzteschaft und den Krankenkassen zu treffen. Als diese zentralen Vereinbarungen nicht zustande kamen, hat das Reichsamt des Innern sich veranlaßt gesehen, eine Verhandlung mit den Vertretern der zentralen Körperschaften der Ärzteschaft und der Krankenkassen in Berlin anzuberaumen und hier ist es im Dezember vorigen Jahres zu einem Abkommen gekommen, wonach die Honorarverhältnisse und die Zulassungsbedingungen für die Kassenpraxis an den einzelnen Orten zwischen den einzelnen Kassen und den örtlichen Verzeitsorganisationen geregelt werden sollten. Sich ergebende Streitpunkte sollten durch eine Schiedskommission erledigt werden. Auf Grund dieses Abkommens wurde im Januar in Königsberg verhandelt, es kam, da die Ärzte ihre hohen Forderungen aufrecht erhielten, zu keiner Einigung und die Kassenvertreter waren nun der Meinung, daß die Streitpunkte durch die in dem Abkommen vorgesehenen Schiedsinstanzen entschieden werden müßten. Aber die Ärzteschaft beschloß kurzerhand, das Abkommen beiseite zu schieben und einfach die Tätigkeit für die Kasse einzustellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Als dieser Beschluß der Kasse zuging, hatten die Ärzte schon ihre Tätigkeit eingestellt und etwa 80 000 Personen waren bereits ohne ärztliche Versorgung. Die Ärzte hatten jedenfalls geglaubt, die Kasse auf diese Weise zu zwingen, ihre Bedingungen zu akzeptieren. Aber die Mitglieder der Kasse haben sich einige Tage ausgeschlossen und als die Ärzte dann sahen, sie kämen mit ihrem rigorosen Vorgehen nicht durch, haben sie die Direktoren der königlichen Universtitätskliniken veranlaßt, ebenfalls ihre Tätigkeit einzustellen und die ambulatoire Behandlung in den Kliniken den Kassenmitgliedern zu entziehen. Darin sehe ich einen

Mißbrauch der Universtitätsinstitutionen,
die den Direktoren überantwortet sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bisher hatten die Kliniken gerade gewünstigt, daß die Kassenverwaltungen ihnen Krankheitsfälle zuwiesen, weil sie solche im Unterricht, den Interesse durchaus brauchen. Jetzt teilten sie mit, daß sie mit Rücksicht auf den Verzeitsstreik, von Notfällen abgesehen, Kassenmitglieder nicht mehr ambulatorisch behandeln würden. Die Kasse hat sich sofort beim Minister und auch beim Kurator der Universtität, dem Oberpräsidenten, über dies Verhalten der Direktoren beschwert. In der Antwort des Kultusministers wird die Entscheidung darüber, ob Kassenmitglieder in die Universtitätskliniken aufzunehmen sind, dem pflichtmäßigen Ermessen des Direktors der Klinik überlassen. Die Regierung hat also hier Stellung genommen zugunsten der Ärzte. Wir sind es ja gewöhnt, daß die Regierung bei Streiks zugunsten der

Arbeitgeber Stellung nimmt. Hier, wo es sich nicht um Vertretung von Bauwerken usw., sondern um Leben und Gesundheit von Menschen handelt, nimmt die Regierung Stellung zugunsten der Streikenden! Sollte der Minister korrekt gehandelt, so hätte er die Direktoren der Kliniken angewiesen, wie bisher Krankenkassenmitglieder zu behandeln. Nach dem Schreiben des Ministers sollten in den Polikliniken Krankenkassenmitglieder nicht behandelt werden, weil es nicht unbemittelte Patienten seien, da die Krankenkasse für sie einzutreten verpflichtet sei. Bis dahin war es den Direktoren der Kliniken sogar sehr lieb gewesen, wenn die Kassenverwaltungen ihnen Patienten zuschickten. Ich hoffe, der Minister wird nach nochmaliger Prüfung der Sachlage anerkennen müssen, daß die Direktoren der Kliniken ihre Pflicht nicht getan haben, daß staatliche Institutionen, zu denen auch die Krankenkassenmitglieder durch ihre Steuern beitragen müssen, im rein privaten Interesse der Ärzte mißbraucht worden sind. Ich hoffe, daß diese Erwörterung dazu führen wird, daß in Zukunft sich die Kliniken von einer solchen Parteinarbeit für freilebende Ärzte freihalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Rugdan (Sp.)
Wenn Transportarbeiter streiken und Militär zur Ausbisse geschickt wird, so entrufen sich die Sozialdemokraten, daß der Staat den Streikenden in den Rücken fällt. Hier verlangen sie, daß das königlich preussische Universtitätsinstitut zugunsten der streikenden Ärzte Streitarbeit verrichtet. Im übrigen können diese Universtitätskliniken als Lehranstalten nicht jeden Kranken aufnehmen, der gar kein wissenschaftliches Interesse hat. Ich bin dem Minister für seine Entscheidung dankbar.

Abg. Braun (Soz.)
Das begreife ich, denn Herr Rugdan ist ja bekannt als entragierter Vertreter der extremsten Forderungen der Ärzteschaft. Die Parallele des Abg. Rugdan stimmt nicht. Wenn kein Unglück stattfinden kann, leidet keiner Schaden an seiner Gesundheit. Etwas ganz anderes ist es, wenn schwer Kranke Leute keine ärztliche Behandlung finden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen haben wir uns stets nur dagegen gemandt, daß die Regierung bei Streiks überhaupt Stellung nimmt. Die Kasse verlangt, daß sie sich in solche Lohnkämpfe nicht hineinmischet. Dasselbe verlangen wir auch hier. Die Kasse hat nur verlangt, daß die Kassenmitglieder in derselben Weise wie bisher in den Kliniken behandelt werden.

Abg. Dr. Rugdan (Sp.)
Wenn Leute gefündigt sind und aus der Bohnung heraus müssen, so sind sie auch in einer Kollage. Wenn Sozialdemokraten anerkennen, daß der Staat in solche Kollagen eingreift, dann müßten sie es auch für richtig halten, daß in dem erwähnten Falle Soldaten Streitarbeit verrichten. Uebrigens ist es nicht etwa so gewesen, daß Schwerkranke keine Hilfe bekommen hätten; die sind trotzdem behandelt worden.

Abg. Hue (Soz.)
Ich bin mit Herrn Rugdan stets für die freie Arztwahl eingetreten, aus den Erfahrungen heraus, die wir in unserem Industriebezirk mit dem Zwangsarztssystem gemacht haben. Also ich bin in diesem Fall objektiv. Aber ich muß doch sagen, der Vergleich des Herrn Rugdan mit den Transportarbeitern stimmt nicht. Die Kollage des Umgehenden und des Kranken ist nicht auf eine Stufe zu stellen. Und bei dringenden Kollagen werden bei allen Streiks von den Gewerkschaften Leute abkommandiert. Interessant war übrigens, daß als Herr Rugdan sich dagegen wandte, daß in Königsberg die Universtität Streikbrecherdienste leisten sollte, auf der rechten Seite Weifall ertönte. Das werden wir uns für die Zukunft merken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Braun (Soz.)
Herr Rugdan sagte, von den Kliniken sei mehr verlangt worden als bisher, nämlich daß sie alle bettlägerig Kranken aufnehmen sollten. Das ist nicht verlangt worden und kam gar nicht in Frage, weil durch die kommunalen Behörden für Krankenhausbearbeitung hinreichend gesorgt ist.

Der Titel wird beibehalten.
Bei der Universtität Greifswald bespricht

Abg. Paenisch (Soz.)
die durch den Rektor der Universtität Greifswald vorgenommene Mahregelung mehrerer Studenten, deren „ganze Verbrechen“ darin bestanden hat, daß sie für die studentische Abwehrbewegung eingetreten sind, und die gegen den Alkoholverbrauch gerichtete Münzrede verbreitet haben. Diese Studenten sind mit Verweisen, mehrtägigen Kargerstrafen usw. belegt worden. Daß sich die Anwendung des mittelalterlichen Disziplinarrechts bei Universtitäten diesmal gegen irram „nationales“ und feingebildete Studenten richtete, macht die Sache besonders interessant. Der Vorgang beweist aufs neue die absolute Unhaltbarkeit des heutigen Universtitätsrechtes, das ein Echo bedeutet auf das alte Wort: „frei ist der Burck“. Im übrigen sollten die Universtitätsbehörden statt der Bewegung gegen den Alkoholidismus auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten zu bereiten, diese Bewegung nach Kräften fördern. Auch hier könnte sich die Regierung wieder einmal ein Beispiel nehmen an der Tätigkeit der Sozialdemokratie. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Debatte über lokale Universtitätsangelegenheiten und Ablehnung eines Verlagsantrages Münsterberg (Sp.) folgt das höhere Schulwesen.

In der Debatte werden in der Hauptsache Oberlehrerwünsche geäußert. Nach einer Rede des Abg. Siered (H.) wird endlich ein Verlagsantrag angenommen.
Schluß 5 Uhr.
Montag, 11 Uhr: Weiterberatung.

Möbel-Engros-Lager Berliner Tischler- u. Tapezierermeister
wie hietern direkt an Private als Spezialität
N Jahre Garantie
Speisezimmer: M. 286, 333, 426, 505, 622, 761 bis 4000
Herrenzimmer: M. 209, 328, 487, 550, 627, 752 bis 3000
Frankfurter Lager von ca. 300 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zum Ausverkaufen. Illustr. Katalog m. Referenzliste gratis.
Vollständiges Lager von ca. 300 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zum Ausverkaufen. Illustr. Katalog m. Referenzliste gratis.
Frankfurter Lager von ca. 300 Einrichtungen. Enorme Auswahl bis zum Ausverkaufen. Illustr. Katalog m. Referenzliste gratis.

gediegene Ein-, Zwei- u. Drei-Zimmer-Einrichtungen in erstklassiger Ausführung zu konkurrenzlos billigen Preisen.
Beste Veranbarung
Wohnsalons: M. 242, 368, 428, 543, 736, 850 bis 2500
Neuzeitl. Küchen: M. 51, 68, 75, 93, 125, 168, 249, 450

Albert Gleiser G.M.B.H.
Berlin C. 33
Alexanderplatz
Alexanderstrasse 42

Kranken-Wäsche
wird vollkommen rein, von Blut, Eiter und sonstigen Flecken befreit und gründlich desinfiziert durch.
Persil das selbsttätige Waschmittel
Besitzt stark desinfizierende Wirkung selbst bei niedrigen Temperaturen von 30—40° C. und macht die Wäsche keimfrei.
Gefahrlos in der Anwendung und garantiert unschädlich.
Überall erhältlich, niemals leer, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Nach Fabrikanten der selbstlichen

Das gute Liebeck Bier

Fortsetzung des Konkursmassen-Ausverkaufs

Glas, Porzellan und Steingut, Emaillewaren, Wirtschaftsartikel, Beleuchtungsartikel, Musikinstrumente, Spielwaren, Bettstellen u. Betten, Küchen, Kolonialwaren, Konserven, Tee, Liköre u. Weine.

Bedeutend herabgesetzte Preise

Weine, Liköre
und Konserven um **40%** ermäßigt

Verkauf in sämtl. Geschäftsräumen: 9 bis 1
und 3/2 bis 8 Uhr, Sonnabends bis 8 Uhr.

Der Konkursverwalter

Theater.
(Siehe Wochen-Spielplan.)
Freie Volkshöhle.
Sonntag, den 3. Mai, nachm. 3 Uhr:
Schiller-Theater O.: Geschäft in Weichsel.
Künstler-Theater: Der Wiberpel.
Leipzig-Theater: Professor Bernhardt.
Kollendochplatz-Theater: Operette: Orpheus in der Unterwelt.
Neue Freie Volkshöhle.
Sonntag, 3. Mai 1914, nachm. 3/2 Uhr:
Kammertheater: Die Einnahme von Berg-op-Boom.
Deutsches Theater: Emilia Galotti. Nachm. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Frau Barrens Gewerbe.
Deutsches Opernhaus: Der Freischütz.
Schiller-Theater Charlottenb.: Rosenmontag.
Theater: Vater und Sohn.
Metropol-Theater: Ein Witzmädel.
Deutsches Theater: Große Hofoper.
Königs Operetten-Theater: Die Hebräer.
Trianon-Theater: Die Kofferhölle.
Theater in der Königsgrabenstraße: Das Lebensfest.
Abends 8 Uhr:
Neues Volks-Theater: Maria Fiedhammer.
Abends 8/2 Uhr:
Neues Volks-Theater: Sonntag, Dienstag, Sonnabend: Die Hausbesitzer.
Mittwoch, Freitag: Maria Fiedhammer. Donnerstag: Frau Barrens Gewerbe.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Montag, abends 8 Uhr:
Heiligewald.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Rosenmontag.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Maschenbauer.
Montag, abends 8 Uhr:
Das Meer und der Liebe Wellen.
Theater in der Königsgrabenstraße
Täglich 8 Uhr:
Mr. Wu.

Komödienhaus.
8 Uhr:
„Raumermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Theater an der Weidendammbrücke.
Täglich 8/2 Uhr: **Der müde Theodor**
mit Henry Bender als Gast.
Stürmischer Vollerfolg laut einträglichem Bericht der Presse.
Residenz-Theater.
Anfang 8/2 Uhr.
Ein Walzer von Chopin.
Schwan in 3 Akten von Henri Corail und Albert Barré.
Korallen und folgende Tage:
Ein Walzer von Chopin.

URANIA
Taubenstraße 40/42.
Sonntag 4 Uhr:
Über den Brenner nach Venedig.
8 Uhr:
Mit dem „Imperator“ nach New York.
Montag 8 Uhr:
Mit dem „Imperator“ nach New York.
ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintrittspreise:
Zoo: Aquarium: 25 Pf. 50 Pf.
Kinder die Hälfte.
Neu! Neu! AQUARIUM
8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.
Kasse: Nollendorf 1383.
Sonntag 3 Uhr: **Der Wiberpel.**
8 Uhr: **Schneider Wibbel.**
Montag, 8 Uhr:
Der Raub der Zabinerinnen.
Dienstag 8 Uhr:
Schneider Wibbel.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Polenblut.**
Sonntag 3/2 Uhr: **Der liebe Augustin.**
Theater am Nollendorfplatz 5.
Nachm. 3 Uhr: **Orpheus in der Unterwelt.**
8 Uhr: **Der Juxbaron.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Anfang 8/2 Uhr:
Die Förster-Christl.
ROSE-THEATER
Große Kranfurter Str. 132.
Nachm. 3 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Abends 8 Uhr:
Die Tochter des Heimgkehrten.
Montag:
Die Tochter des Heimgkehrten

Passage-Panoptikum.
Der unfesselbare Rappo,
der König der Aushrecher.
Vor dem Publikum gefesselt.
Vor dem Publikum befreit.
Aga, die schwedische Jungfrau.
Buddhas Geistesart.
20 Sätze mit Sehenswürdigkeiten.
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.
Metropol-Theater.
Nachmittags 3 Uhr:
Ein Blitzmädel.
Abends 7 Uhr 56 präglie:
Die Reise um die Erde in 40 Tagen.

Männer- und Frauenchor Neukölln.
M. d. D. A.-S.-B. Chormeister Joseph Vieth.
Zweites Konzert
Sonntag, den 3. Mai, im großen Saal der Brauerei Friedrichshain.
Mitwirkende:
Blüthner-Orchester (60 Musiker).
Herr **Gustav Thümmer-Walden**, Bariton.
Zur Aufführung gelangen außer Männer- und Frauenchören
Die Hekatoncheiren (Die Hunderthändigen)
Ernst Elsaesser, für Bariton solo, Männer- und Frauenchor und Orchester (Dichtung von Karl Weiser). 50/12
Zum ersten Male in Berlin aufgeführt.
Anfang pünktlich 7 Uhr. Eintritt 60 Pf. Saalöffnung 5/2 Uhr.
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.
Billetts bei Horsch, Engelauer 15 (Gewerkschaftshaus) zu haben.

Die Küche im Mai
Kochkunst Ausstellung
Clou
Eröffnung: **Mittwoch, den 6. Mai, mittags 1 Uhr.**

SPREE-HAVEL-GESELLSCHAFT
Sonntag, den 3. Mai 1914:
Letzte Fahrten zur Baumblüte nach Werder!
Ab Weidendammbrücke 9, Spandau 10.57 Uhr, ab Potsdam von 10-5 Uhr stündl. u. gerad.
Billige Sonderfahrten ab Jannowitzbrücke (v. Zsch. Tor):
Vorm. 9.00 Uhr nach Waltersdorfer Schleife } 50 Pf. einfache
9.30 „ „ Kaufhauswerder }
10.00 „ „ dem Müggelsee (Müggelberg) }
Ab Berlin von 9.30-11.30 und 1.30-4.30 stündl. Lokalverkehr nach Schmöckwitz, von 1.30-5 Uhr 1/2 stündl. S. Grünau, 3.15 und 4.15 nach dem Müggelsee, Rübesahl.
Ab Grünau von 9.20 stündl. bis Rauchfangswerder.
Außerdem auf der Vochnitz, dem Müggelsee und Zscharnigsee sowie allen Linien der Potsdamer Gewässer und des Tegeler Fährverkehrs regelmäßige tägliche Fahrten laut Fahrplan.
Neue Tarifverordnungen werden in unserem Bureau gratis herausgegeben.

Mentes Volksgarten
Berlin, an der Landsberger Allee, Böderstr. 28/29
Gute Sonntag sowie jeden Sonntag:
□ Gr. Konzert □ Spezialitäten □ Ball □
Stelle Gewerkschaften, Vereinen Konzerte, Spezialitäten an allen Tagen, auch Sonntags, bei Abhaltung von Festen nachträgliches Programm gratis!
Auschnneiden! Vorzeiger dieses Inzerats erhalten an der Kasse 4 verzierte Plättchen gratis!
Kaffeebrüche, Volkstheater, 3 Bühnen, 20 000 Sitzplätze.

Zirkus Busch
Gastspiel des Deutschen Theaters
Direktion: **Max Reinhardt.**
Das Mirakel
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf an der Tageskasse des Deutschen Theaters u. an allen Theaterkassen von A. Wertheim. — Preise der Plätze von 1-10 M.

Apollo-Theater.
8 Uhr Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr 3/2 und 8 Uhr:
Otto Reutter
u. ein vollst. neues Variétéprogramm.
Nachmittags kleine Preise.
Rauchen gestattet!

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Litke Carlsen in „Der Glückspilz“.
Juana, 3 Tauberts, Mlle. Lolita.
Hierzu der große Lustspiel-Schlager
Wo die Liebe hinfällt.
Stürmischer Vollerfolg.
Sonnt. 4 U.: Truchsesss Sommerreise.

WINTERGARTEN
Neues Programm:
Rajah
in ihren Tänzern
Johnson u. Dean Jeanette Denarber
Ragtime mit ihrem
Sextett Ballon
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
Entreepplatz wochentags
M. 0.60.
— Rauchen gestattet! —

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20.
Gastspiel des Operetten-Ensembles
Direktion: **Bernhard Reife.**
Die Dollarprinzessin.
Anfang 8/2 Uhr.
Montag: **Die Dollarprinzessin.**
Neue Welt
Arnold Scholz, Holtenauer 108/114.
Heute Sonntag:
Großes Extra-Konzert u. Variété-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Eintr. 25 Pf.
Im Neuen Festsaal:
Großer Ball.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Die „Im Tangoklub“
Novität u. Dean Jeanette Denarber
und zum 243. Male das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr u. ab 10 Uhr halbe Kassenpreise.
Wein- und Bier-Abteilung.

Berliner Prater-Theater
Kantien-Allee 7/9.
Während der Saison
jeden Sonntag:
Große Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Anfang 4/2 Uhr. Eintr. 20 Pf.
Vor Saal: **Großer Ball.**

Folies Caprice.
8/2 { Tehwabohnu
Das Karnickel
Das Erdbeben.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Notbrücke.
Sonntag 8 Uhr: **Die Notbrücke.**

Concordia-Festäle
64 Andreasstrasse 64
heute Sonntag:
Große Extra-Vorstellung der Hoffmann-Sänger.
Anfang 7 Uhr.
Im oberen Saal von 5 Uhr ab: **Großer Ball.**

Reichshallen-Theater.
Steffiner Sänger.
Herr Direktor Kuhlicke
Eintr. 7/2 Uhr.
Voigt-Theater
Fadlröhe 58.
Sonntag, den 3. Mai 1914:
Nachmittags 3 Uhr:
Das Geheimnis von New York.
Abends 7 Uhr:
Der stolze Heinrich.
Kasseneröffnung 10 Uhr.

Alhambra
Wallner-Theater-Straße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr.
A. Zameitat.

Elysium
Landsberger Allee 40/41.
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Großer Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintr. frei.
Verlosung! Stelle meinen Saal und Karten an Sonnabenden von Mai bis August mit Spezialitäten gratis zur Verfügung.
Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Zur östlichen Westfalen und beide Spitze fanden 25 Versammlungen statt. Am Morgenausflug der Bielefelder Genossen beteiligten sich 500 Personen; an den Abendveranstaltungen und am Lampionzug 6000 Personen. — In Dortmund und war die Arbeitsruhe und die Beteiligung an der Märschfeier stark. Sechs Versammlungen waren überfüllt. — In Frankfurt a. M. hatten die Versammlungen am Vormittag einen sehr starken Besuch. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war mit seinen Nebenräumen bis auf den letzten Platz von den Feiernden gefüllt. Auch die Nachmittags- und Abendveranstaltungen ließen nichts zu wünschen übrig. — Die Märschfeier in Nürnberg litt unter der starkwüchenden Hitze. Am Morgen wurden zwei Versammlungen abgehalten, die von 300—1000 Personen besucht waren. Am Nachmittag unternahm die Parteigenossen einen Ausflug. Das eigentliche Märschfest wird nächsten Sonntag im großen Waldpark abgehalten werden. — In Oberbaden war die Arbeitsruhe infolge der Krise gering; dagegen waren die Abendfeiern gut besucht. — In Stuttgart verlief die Märschfeier trotz strömenden Regens imposant. Die Vormittagsversammlung war stark besucht; abends der Festsaal der Wiederhalle überfüllt. Den Verkauf roter Ketten hatte die Polizei durch hohe Besteuerung der Verkäufer vereitelt. Die Jugendlichen wurden am Eingang des Saales von der Polizei, welche eine Kontrolle ausübte, zurückgewiesen. — Brächtige Festveranstaltungen fanden auch statt in Heilbronn, Cannstatt, Feuerbach, Ludwigsburg, Ulm, Heidenheim und anderen Städten Württembergs. Die kleineren Orte halten ihr Märschfest am nächsten Sonntag ab. — Die Märschfeiern in Rom waren nur schwache Beteiligung auf; die Abendveranstaltungen waren stärker besucht. In Civitanuovo wurden zwei Frühveranstaltungen abgehalten, die mit einem Spaziergang verbunden waren. Die Abendveranstaltung war gut besucht.

Die Märschfeier in Elzach-Rohrtingen fand unter dem Zeichen der kommenden Gemeinderatswahlen. Alle Veranstaltungen, mit Ausnahme der Ausflüge, die unter strömendem Regen litten, wiesen eine stärkere Teilnahme auf als in den Vorjahren. In Straßburg nahmen an der Vormittagsversammlung circa 600 Parteigenossen und Verbandskollegen teil, während die Abendveranstaltungen in zwei Lokalen abgehalten werden mußten. Auch in den übrigen größeren Städten wie Colmar, Neuchâtel, Schlettstadt waren die Versammlungen durchweg stärker wie sonst besucht. Die kleineren Ortsschaften begeben die Märschfeier erst am Sonntag. — In Kehlheim i. E. wiesen die zwei Vormittagsversammlungen 800 Feiernde auf. Der Umzug wurde durch das andauernde schlechte Wetter beeinträchtigt; die Nachmittagsversammlung hatte 2000 Teilnehmer.

sich circa 20 000 Personen. Es ereignete sich nirgends bemerkenswerte Zwischenfälle.

Triest, 1. Mai. Die sozialdemokratische sowie die slowenische Arbeiterorganisation veranstalteten zur Märschfeier nach den öffentlichen Versammlungen Langzüge durch die Stadt. Während die Kundgebung der Sozialdemokraten ruhig verlief, kam es bei dem Umzuge der Slowenen zwischen diesen und Pölicienern an mehreren Punkten der Stadt zu Schlägereien, so daß die Polizei eingreifen mußte. Ein Slowene verletzte einen Italiener schwer durch einen Stich ins Herz. Aus einem Gasthause wurden auf eine Gruppe von Slowenen zwei Revolverkugeln abgefeuert, die jedoch niemanden trafen. Italiener veranstalteten eine Gegenkundgebung und warfen dabei mehrere Fensterscheiben ein. Es wurden 20 Personen verhaftet.

Schweiz.
Zürich, 2. Mai. (Sig. Ver.) In der Schweiz wurde die Märschfeier an 106 Orten durch öffentliche Demonstrationen und Volksversammlungen begangen. In Zürich feierten auch die Angestellten der städtischen Werke und der Bundeswerkstätten. Auch alle Schulen waren geschlossen, weshalb für die Kinder eine besondere Veranstaltung arrangiert worden war. Der Reinertrag der Märschfeierlichkeiten ist für die politischen Flüchtlinge und für die politischen Gefangenen in Rußland bestimmt. In vielen Orten war ein Alkoholverbot erlassen.

Frankreich.
Paris, 2. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die diesjährige Märschfeier wurde vom ganzen Bauergewerbe durch Arbeitsruhe begangen; auch ein ansehnlicher Teil des Metallgewerbes feierte. Die meisten Werkstätten wurden am Freitag geschlossen. Nachmittags fanden in Paris und Umgebung 22 allgemeine Gewerkschaftsversammlungen statt, abends wurde im großen Saal Bagram ein Meeting abgehalten, in dem die Genossen Jouhaux, der Engländer Appellon und der Deutsche Kiehl, Vorsitzender des Pariser deutschen Gewerkschaftsartikels, sprachen. Auch in der Provinz, insbesondere in den Bergbetrieben, war die Arbeitsruhe allgemein. Auch in den Hafenstädten feierte ein harter Teil Staatsarbeiter mit Erlaubnis ihrer vorgesetzten Behörde. In den Versammlungen wurde überall die gleichlautende Resolution, die sich für die Arbeitszeitverkürzung, den freien Sonnabendnachmittag, gegen den Militarismus sowie gegen die politischen Verfolgungen und für die internationale Verbrüderung aussprach, angenommen.

Spanien.
Madrid, 1. Mai. Die Arbeitermanifestationen anläßlich des 1. Mai haben heute eine Ausdehnung angenommen, wie dies seit vielen Jahren nicht zu verzeichnen war. Alles verlief in größter Ruhe und Ordnung. Sozialdemokratische Hymnen wurden gesungen und die Sänger mit stürmischem Beifall begrüßt. Häufig hörte man feindliche Aufse gegen den konfessionellen Führer Maura.

Holland.
Amsterdam, 1. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Märschzug war glänzend, er wies 10 000 Teilnehmer und fünf symbolische Wagen auf. Abends fanden in Amsterdam drei Meetings statt. Im Lande wurden über 100 Versammlungen veranstaltet.

Rußland.
Warschau, 1. Mai. Anläßlich der heutigen Märschfeier strickten in achtzig Fabriken 11 000 Arbeiter.

Amerika.
New York, 2. Mai. (B. T. B.) Gestern abend kam es bei einer sozialistischen Versammlung auf dem Unionplatz zu Zusammenstößen. Mitglieder der Gewerkschaft der Industriearbeiter demonstrieren auf dem Platz. Zahlreiche Polizeibeamte gingen mit ihren Knütteln gegen sie vor; es entstand unter der versammelten Menge, die aus 10 000 Männern, Frauen und Kindern bestand, eine Panik, wobei ungefähr 12 Personen verletzt wurden.

Der italienische Parteitag.
Ancona, den 29. April.

Vierter Verhandlungstag.
Mit den Debatten über die kommunale Wohltätigkeit ist das Hauptinteresse des Parteitages erschöpft. In der Tat ist heute nur eine ganz bescheidene Zahl von Delegierten anwesend.
Es wird zunächst, fast ohne Diskussion, die Resolution der Referenten Casarini, Della Seta und Sicel über das sozialistische Kommunalprogramm angenommen. Diese Resolution stellt für die kommunale Wirksamkeit unserer Partei die folgenden Forderungen auf: 1. Kommunale Autonomie. 2. Hebung der Volksschulbildung, Schulkantinen, Volksbibliotheken. 3. Politische Agitation der Gemeinden für Herabsetzung der Lebensmittelpreise. 4. Einrichtung städtischer Schlächtereien und Bäckereien, kommunale Veröffentlichungen über die Lebensmittelpreise. 5. Errichtung billiger öffentlicher Dienstes in Gemeindegemeinden. 6. Verteidigung der Einrichtungen der Arbeiterklasse, Verbesserung der Krankenhäuser, Schutz der Mutterschaft und der Kinder, hygienische Erziehung der Massen. 7. Arbeiterpolitik, Anerkennung der Organisationen unter den Gemeindeangestellten und Arbeitern, Kämpfen über Löhne und Arbeitszeit bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten, kommunale Arbeitsnachweise, Arbeitslosenunterstützung.
Es wird darauf ohne Diskussion eine Resolution Della gegen die Schutzölle angenommen.
Ueber die Frage der

Rüstungen
liegt ein Referat Treves, Casarini vor, das von der soz. Parlamentsfraktion energische Bekämpfung der Militärausgaben fordert und beschließt, auf dem internationalen Kongress in Wien für eine Neuordnung des internationalen Bureaus einzutreten, die es in Stand setzen soll, eine Wirksamkeit zu entfalten, a) um die internationalen Arbeiterverbände gewerkschaftlicher Art für die Idee des Weltfriedens und des Antimilitarismus zu gewinnen und mit ihnen praktische Abkommen zur Verhütung des Krieges zu treffen; b) um einen schnellen Nachrichtenendienst in der internationalen Presse durchzuführen, durch den die Einmütigkeit und Gleichzeitigkeit der antimilitaristischen Bewegung des Proletariats in den verschiedenen Ländern in scharfes Licht gesetzt wird, so daß dadurch die Beforgnis entkräftet wird, der Antimilitarismus könne ein Rand zugunsten des anderen entfallen. Die Schlußfolgerungen des Referenten werden angenommen.

Nach Annahme einer Resolution Schiavi gegen den Alkoholismus und einer Resolution für das Frauenstimmrecht wird die Liste des neuen Parteivorstandes vorgeschlagen. Es entsteht eine Diskussion, weil man die Abgeordneten ausschließen will, in welchem Sinne der Kongress beschließt. Ausgeschlossen wird aus dem bisherigen Parteivorstand auch Genosse Fioritti, der im Verdacht steht, Freimaurer zu sein. Es werden also wiedergewählt: Vacci, Emorti, Della Seta, Palabanoff, Ratti, Terzini, und neugewählt Sangiorgi, Barberis, Rorabini, Serrati, Giuseppe Prampolini. Außerdem verbleiben im Parteivorstand der Parteisekretär Lazzari, der Fraktionssekretär Morgari und der Chefredakteur des „Avanti“ Mussolini. Der Parteitag schließt dann seine Arbeiten nach einem Schlußwort des Genossen Lodeschini, der die sozialistische Internationale feiert.

Die Märschfeier im Auslande.

Oesterreich.

Wien, 1. Mai. Vormittags wurden in den Wiener Gemeindebezirken zahlreich besuchte allgemeine Versammlungen abgehalten, die alle in voller Ruhe verliefen. In einzelnen Bezirken fanden auch tschechische und polnische Versammlungen der sozialdemokratischen Organisationen statt. Nachmittags durchzog ein Demonstrationzug die Straßen Wiens, der jedoch durch das zweifelhafte Wetter sehr beeinträchtigt war. Im Laufe des Nachmittags ging ein furchtbares Gewitter mit Hagelschlag nieder, so daß die Märschfeier einen vorzeitigen Abschluß fand. Es ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle.

Prag, 1. Mai. Die Märschfeier hatte unter dem anhaltenden Regen stark zu leiden. Es fanden zahlreiche Versammlungen statt, die gut besucht waren. An dem Umzug in den Straßen beteiligten

Preiser

König-Strasse 34 • Leipziger Strasse 65
Tauentzienstr. 20 • Friedenau, Rheinstr. 14
Oranienstrasse 47a • Oranienstrasse 34
Müllerstrasse 3a • Neukölln, Bergstr. 7/8
••••• Moabit, Turmstrasse 50 •••••



Herren
1a Chromlack, br. Boxcalf
Schwarz, Braun, Charentau
nr. 12 50



1a Chromlack, br. Boxcalf
Schwarz, grau, beige, Braun,
Charentau
nr. 12 50



1a Chromlack, br. Boxcalf
Schwarz, Braun, beige Chant
nr. 12 50



Schwarz, Braun, grau, beige
Chant • Chromlack • br. Boxcalf
Schwarz • Chant • Santik • Kaning
Einatz 60
nr. 12

Unsere neuen

Halbschuhe-Modelle

Das Schönste * Das Modernste



A. WERTHEIM



Leipziger Str. Königstr.

Schriftliche Bestellungen an die
Versand-Abteilung Berlin W 66 erbitten

Rosenthaler Str. Moritzplatz

Montag bis Mittwoch

Großer

Montag bis Mittwoch

Konfektions-Verkauf

Selbstanfertigung in großem Umfange: Damen- und Kinderkleider, Blusen, Wäsche, Morgenröcke und Kostümröcke

Kleider

- Waschkleid aus bedruckt. Baumwoll-Mousseline, mit getupfter Mullgarntur 8.75
- Waschkleid aus weiß. Voile, moderner Doppelrock, Taille mit Zwischensätzen garniert 12.50
- Waschkostüm aus imitiertem Leinen mit farb. Ripskragen, weiß und ecru 15.75
- Waschkleid aus Voile, reich gestickter Doppelrock, lose Blusenform und Seidengürtel 17.50
- Waschkostüm aus baumwoll. Frotté, Rock mit loser Tunika Jacke, lose Kimono-Form, mit Gürtel 19.50
- Waschkleid aus Voile, Doppelrock m. reicher Handstickerei, Seidengürtel 20.75

Mäntel

- Promenaden-Paletot kariert, feine Farbentöne, mit Volant geschnitten 15.75
- Côtelé-Kostüm blau und Tunika-Rock, Chiné-Kragen, Blusenjacke mit Halbseide gelüftet 24.75
- Tuch-Capes mit Moirékragen, in modernen Farben. Die große Mode 29 M.
- Frotté Paletot schwarzweiß kariert, mit Gürtel 15.75

Extra-Preise!

Blusen

- Bluse aus Waschcrepon, mit geblütem Crêpe garniert und Moirébandschleife 2.15
- Bluse aus Wasch-Voile, mit reich gesticktem Vorderteil 3.50
- Bluse aus weiß-farbig gemustertem Voile, weiße Voile-Westen, mit Langetten garniert 5.25
- Bluse aus Batist, in modernem Kragen u. Moiréband garniert, Hohlsaum-Verarbeitung 6.90
- Bluse aus feinem Waschcrêpe, mit Stehkragen, Hohlsaum und Krawatte garniert 6.90
- Bluse aus weiß-bunt gepunktetem Voile, mit farbigen Langetten garniert 7.50
- Bluse aus Voile, mit eleganter Stickerei-Zacke garniert 7.50
- Bluse aus feinem Waschcrêpe, Sportfason, mit reicher Knopfgarnierung u. Krawatte garn. 7.90
- Bluse aus elegant gesticktem Voile, mit moderner Weste und Hohlsaum 8.50
- Bluse aus Voile, mit Piqué, feinen Säumchen und Hohlsaum garniert 8.50

Kostümröcke

- Frottérock vorn mit Knöpfen, hinten mit Riegel 4.25
- Waschrock aus imitiert. Leinen, aparte Tunika, Hohlsaum u. Stick 8 M.
- Waschrock ausschottisch od schwarzweiß kar. Frotté (lt. Abbild.) 10.75
- Taffetrock schwarz-weiß kariert, mit langer plissiert. Tunika 24 M.

Morgenröcke

- Morgenrock aus gestreiftem Baumwoll-Mousseline, mit schottisch-kariertem Frottékragen 5.90
- Morgenrock aus gepunktetem Baumwoll-Mousseline, aparte Raglanform, mit Kordel 8.75
- Morgenrock aus feinem reinwollenem Foulé mit Raglanärmel, taillierte Form 12.75
- Morgenrock aus leichtem Wollecrêpe, modern abgebundene Sackform 19.50

Nur Leipziger Strasse:

Sport-Jacke 28.50

mit Rückengürtel, reinseid. Gewebe

Elegantes Mädchen-Kleid

- streng moderne Form, Taille farbig Popelin, Rock schwarz-weiß kariert, weiße Piqué-Garnitur, schwarze Seiden-Krawatte und Gürtel, für das Alter von 2-14 Jahren, ca. 50 cm lang 8.50
- jede weitere 6 cm länger 75 Pf. mehr

Für nur 33.-

Sakkoanzug

erhalten Sie bei uns einen
der Ihren Ansprüchen auf
moderne Fassung, eleganten Sitz und Haltbarkeit voll genügen wird.

Und dabei bieten Ihnen diese Anzüge, die wir in grosser Auswahl und für jede Figur passend fertig am Lager halten, vollkommenen

MAS-ERSATZ



Verkaufsstellen:

N., Friedrichstrasse 108
Ecke Johannisstrasse, vis-à-vis der Karlstr.
Charlottenbg., Scharrenst. 36
Ecke Wilmersdorfer Strasse.

Sonntags nur von 8 bis 10 Uhr geöffnet.



R. v. M. 6.- an Petershagen

ca. 7 Min. v. Bahnh. Friedrichsdorf
Kost. nrele Auskunft beim Vertreter
Fuhle im Verkaufspavillon
am Bahnh. Friedrichsdorf
Nieschulke & Nische
Berlin, Neue Königstr. 16
Fepr.-Amt: Kölnigt. 6370.

Die reellsten und solidesten MÖBEL

liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger
seit 36 Jahren die Straße 8,
mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen
und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung.
Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen
von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Abkündigung scheint der Wunsch gewesen zu sein, von dem Jahresgehalt Jaströms, das 21 000 Kr. betrug, zu sparen und dafür einen dritten Prozenten für Nationalökonomie anzustellen. Oder werden die eigentlichen Gründe noch immer von beiden Parteien verschwiegen? Jaström erhält bei Lösung des Vertrages noch eine Abfindungssumme von 42 000 Kr.

Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft haben an Stelle Jaströms den Professor Dr. Ehlen aus Zürich an ihre Handels-Hochschule berufen, obwohl alle Prozenten gegen Ehlen gestimmt haben. Professor Ehlen hat sich vor einem Jahr durch Veröffentlichung eines recht wichtigen Buches über Deutschlands Fleischversorgung einen Namen gemacht. Als Gegengewicht gegen Sombaris' „grifflige“ Schwärzereien kann Ehlen's Berufung nur begrüßt werden.

Preisauflage der Apotheken.

Die Apotheker sind wegen ihrer Preispolitik berichtigt. Einen Einblick in ihre Praxis gewährt ein Zirkular, das die Kommission des Apothekervereins zur Bearbeitung der Spezialitätenfrage für das Deutsche Reich verfaßt hat. Da liest man:

Die Spezialitätenfrage für das Deutsche Reich soll in nächster Zeit in neuer Ausgabe erscheinen. Für ihre Bearbeitung hat der Vorstand des Deutschen Apothekervereins einstimmig beschlossen, grundsätzlich die Durchführbarkeit der Riffer 21 der deutschen Arzneitaxe 1914 anzustreben. Diefelbe lautet:

Bei der Abgabe fabrikmäßig hergestellter Zubereitungen, die nur in fertiger Aufmachung (Originalpackung) in den Handel kommen, ist, sofern nicht ein höherer Verkaufspreis vom Hersteller festgesetzt ist, dem Einkaufspreis bis zu 1 Kr. ein Zuschlag von 100 Proz., dem Einkaufspreis von mehr als 1,25 Kr. bis zu 3 Kr. ein Zuschlag von 60 Proz., dem Einkaufspreis von mehr als 3,20 Kr. ein Zuschlag von 50 Proz. zuzurechnen. Beträgt der Einkaufspreis mehr als 1 Kr., aber nicht mehr als 1,25 Kr., so beträgt der Verkaufspreis 2 Kr., beträgt der Einkaufspreis mehr als 3 Kr., aber nicht mehr als 3,20 Kr., so beträgt der Verkaufspreis 4,50 Kr., sofern nicht höhere Verkaufspreise vom Hersteller festgesetzt sind.

Wir beabsichtigen auch Ihre in der Anlage aufgeführten Präparate in diese Lage aufzunehmen. Da jedoch die Preise der Festimmung der Riffer 21 der deutschen Arzneitaxe nicht entsprechen, bitten wir Sie, um unliebsame Auseinandersetzungen mit dem Publikum und die etwaige Anbringung von Zetteln mit dem erhöhten Preise seitens der Apotheker zu vermeiden, um halbgefällige Mitteilung, ob Ihrerseits etwa Änderungen der Einkaufspreise beabsichtigt sind, um so dem Apotheker den in der Arzneitaxe zugelassenen Nutzen zu gewähren. . . .

Das Zirkular beweist aufs neue, wie dringend notwendig die von der Sozialdemokratie schon längst geforderte Verstaatlichung des Apothekenwesens ist.

Gegen die Sonntagsruhe.

Mit 57 gegen 22 Stimmen wurde am Mittwoch in der Hamburger Bürgererschaft ein Antrag der bürgerlichen Linken angenommen, durch den der Senat ersucht wird, im Bundesrat „mit Entschiedenheit“ einer weiteren Ausdehnung der Sonntagsruhe entgegenzuwirken. Der Antragsteller berief sich darauf, daß die Kommission des Reichstags dem Antium der Eingaben der Gewerbetreibenden zu erliegen scheint. Bei der Zusammenfassung des Reichstags sei es nicht ausgeschlossen, daß die völlige Sonntagsruhe beschlossen würde, dann komme womöglich noch die Forderung des freien Sonnabendmittags usw. Deshalb müßten die Gewerbetreibenden darauf dringen, daß dem Fortschritt der Sozialpolitik endlich ein Damm entgegengeleitet werde.

Von unserem Genossen Weinheber und dem bürgerlichen Gewerbetreibenden Schaper wurde den Gegnern der Sonntagsruhe entgegengehalten, daß von der Beschränkung der Sonntagsarbeit doch auch die Gewerbetreibenden, soweit sie selbst mitarbeiten, Vorteil hätten. Der Wunsch der Antragsteller gehe offenbar darauf hinaus, nicht nur die weitere Ausdehnung der Sonntagsruhe zu verhindern, sondern die bis jetzt erzielten Fortschritte wieder rückgängig zu machen.

Durch Annahme eines Schlußantrages wurde, nachdem noch mehrere Mittelstandtreiber gegen die Sonntagsruhe gelobt, der weiteren Erörterung ein Ende gemacht und der reaktionäre Antrag angenommen, der insofern offene Türen einrennt, als der hamburgische Bundesratsvertreter ohnehin bereits gegen die weitere Beschränkung der Sonntagsarbeit in den Kontoren eingetreten ist.

Städtische Arbeitslosenversicherung.

Die Breslauer Stadtoberordnetenversammlung nahm mit 40 gegen 20 Stimmen einen Antrag des Magistrats an, eine städtische Arbeitslosenversicherung nach Kölner Muster einzuführen. Den Antrag gaben die Sozialdemokraten. Außer einem stimmte die Mehrheit der Liberalen sowie eine Anzahl Zentrumskräfte für die Vorlage.

Frankreich.

Die Stichwahlakt der Radikalen.

Paris, 1. Mai. Der Ausschuß der Linken der letzten Deputiertenkammer fordert die Republikaner auf, bei den Stichwahlen überall ihre Stimmen auf denjenigen Kandidaten der Parteien der Linken, der die meisten Aussichten hätte, gegen den Kandidaten der verbündeten reaktionären Parteien zu vereinigen.

Im Verlauf einer Wählerversammlung kam es in Marseille gegen zu einem Zusammenstoß zwischen den Anhängern der beiden Kandidaten, die in die Stichwahl kommen. Es wurden Revolverstöße abgegeben und eine Person schwer verletzt.

Rußland.

Das Attentat gegen die Immunität.

In den Kreisen der Dumaabgeordneten herrscht große Erregung über die bevorstehende Anklage gegen den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Dumafraktion, Genossen Scheidtke, der wegen einer seiner Reden in der Duma auf Veranlassung des Ministers des Innern zur Verantwortung gezogen werden soll. Ihm wird zur Last gelegt, daß er in seiner Rede vom 24. März anlässlich der Beratung der Regierungsvorlage über Errichtung von Arbeitshäusern (eine Vorlage, die sich vor allem gegen arbeitslose Arbeiter richtet) die republikanische Staatsform als Muster für die russische Staatsform dargestellt hat. Daraus folgert nun die Regierung, daß er zur Umwälzung der bestehenden Ordnung und zur Offenbarung der Regierung aufgeführt hat, und will ihn auf Grund des Artikels 129 zur Verantwortung ziehen. Die erwähnte Angelegenheit ist bereits im Ministerrat erörtert worden, und dort wurde als Grundsat aufgestellt, daß die Abgeordneten nach russischem Gesetz keine absolute Redefreiheit genießen und für ihre Reden in der Duma, die gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, zur Verantwortung gezogen werden können! Dringt diese Anklage durch, so ist es natürlich mit der schon jetzt arg beschnittenen Redefreiheit in der Duma völlig zu Ende, denn die Klauselparagraphen des russischen Strafgesetzbuches bieten der Regierung die Handhabe, auch die leiseste politische Opposition in ihrem Schattenparlament zu mundeln.

Kußer dem Genossen Scheidtke soll auch aus ähnlichem Anlaß der Vorsitzende der „agrario-sozialistischen“ Arbeitsgruppe, Rechtsanwalt Keren'ski zur Verantwortung gezogen werden. Es ist bezeichnend, daß die Regierung bei ihrem Attentat gegen die Verfassung gerade gegen die beiden talentvollsten Redner der äußersten Linken zum Schlage ausholt.

Die Schredensherrschaft in der sibirischen Verbannung.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Im Dorf Borobowo, Gouv. Irkutsk, fand auf Anregung der Behörden, hauptsächlich des neuen Bezirkshauptmanns, ein Pogrom gegen die politischen Zwangsansiedler statt. Der politische Verbannne Raditsowski wurde getötet, ein anderer ist schwer verwundet. Die Verbannnen verteidigten sich und töteten hierbei einen der Pogromisten. Zwei Verbannne wurden wegen des „Widerstandes“ verhaftet. Man erwartet neue Pogrome gegen die politischen Verbannnen.

Im Dorfe Birjula, Gouvernement Irkutsk, und in den anliegenden Dörfern sind alle gemeinnützigen Einrichtungen und Hilfskassen der politischen Verbannnen von den Behörden vernichtet worden. Die Mitglieder dieser Kassen sind ins Gefängnis gesperrt und sollen nun wegen regierungsfeindlicher Tätigkeit vor Gericht gestellt werden. Viele von ihnen werden als Kriminalgefangene behandelt; ihnen droht die Verurteilung zur Zwangsarbeit! Ueberhaupt hat sich die Lage der politischen Verbannnen im Gouvernement Irkutsk in letzter Zeit außerordentlich verschlechtert!

Albanien.

Die Kämpfe in Epirus.

Durazzo, 2. Mai. Der Regierung zugegangene Telegramme besagen, daß Kolonia von ausständischen Epiroten, welche über zahlreiche Kanonen und Maschinengewehre verfügten, eingenommen worden ist. Kolonia hatte, da von dort nach Koriza Gendarmerie zur Verstärkung der Besatzung abgegangen war, nur eine kleine Garnison, welche dem Ansturm nicht standhalten vermochte. Bei dem hierigen Gendarmeriekommando eingelangte Telegramme berichten, daß die Ausständischen nach der Einnahme Kolonias Frauen und Kinder hingerichtet und die Stadt in Brand gesteckt hätten. Die Ausständischen sollen weiter vorrücken. Diese Nachrichten riefen große Erregung hervor.

Parlamentarisches.

Der Militäretat in der Kommission.

Der „Kontorleutnant“ stand am Freitag fast drei Stunden lang im Mittelpunkt der Budget-Kommissions-Beratung des Reichstags. Der Etat fordert u. a. Mittel zur dauernden Einrichtung einer bereits provisorisch bestehenden Auskunftsstelle, die den Offizieren bei Erlangung von Zivilstellungen zur Seite stehen soll. Diese Forderung begegnete fast allseitigem lebhaftem Widerstande. Schließlich erließ die Forderung das Schicksal des Pressevertrags: sie wurde glatt abgelehnt.

Aus dem weiteren Verlaufe der Beratungen, die sich der um 17,7 Millionen Mark erhöhten Geldverpflegungen der Truppen zuwenden, ist bemerkenswert die durch eine Anfrage provozierte feierliche Erklärung des Kriegsministers, daß eine neue Militärvorlage nicht vorbereitet sei. Allerdings könne die Heeresverwaltung eine Bindung für die Zukunft nicht übernehmen, da Verschiebungen in der politischen Situation zu weiteren Rüstungsverstärkungen drängen könnten. Diese Erklärung rief den Abg. Lehmann (N.) auf den Plan, um seine Stimme gegen die unerhörten und unverantwortlichen Rüstungsanstrengungen gewisser Kreise zu erheben. Die Heeresverwaltung möge bedenken, daß angesichts der kolossalen Belastung durch die letzte Wehrvorlage die Leistungsfähigkeit des Volkes eine Grenze habe und daß die Rüstungen, und Bewilligungsbereitschaft der Nation unter Umständen in das Gegenteil umschlagen könne. Seine optimistische Hoffnung, daß auf 25 Jahre hinaus keine ähnliche große Belastung zu erwarten sein werde, wurde von der Kommission mit verständnisvoller Heiterkeit quittiert und vom Genossen Ledebour entsprechend politisch gewürdigt.

Wahlzettel in Pommern.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags beschäftigte sich am Freitag mit der Wahl des konservativen Grafen v. Scherwin. Gegen die Wahl ist von liberaler Seite Protest eingelegt worden. Von den Konservativen liegt ein Gegenprotokoll vor. Graf v. Scherwin wurde im pommerschen Reichstagswahlkreise Demmin-Anklam im ersten Wahlgange mit 8866 Stimmen gewählt. Für den Fortschrittler wurden abgegeben 4814, den Sozialdemokraten 1626 und den Nationalliberalen 1176 Stimmen. Der liberale Protest behauptet, in einer Reihe von Orten seien gar keine Wählerlisten ausgelegt worden. Jeder Versuch, Einsicht in die Listen zu nehmen, war vergeblich. Nach weiteren Behauptungen wurden konservative Stimmzettel im Wahllokal verteilt, von Wählern im Wahlvorstand Nebenlisten geführt, die Wähler von Wahlberechtigten im konservativen Sinne beeinflusst u. a. mehr. Die Stimmzettel sollen nicht überall in Ordnung gewesen sein. In einem Wahlbezirk war der Nachwähler beauftragt, in der Stimmzettel-Konserve Stimmzettel zu verteilen. In der Stadt Demmin sollen den herangezogenen Wählern gleich amtliche Wahlzettel mit dem Stimmzettel des Grafen Scherwin in die Hand gedrückt worden sein. Natürlich sind auch in diesem ostpreussischen Wahlkreise von konservativer Seite Schnaps, Bier und Zigarren in Massen gratis an die Wähler verabfolgt worden. Die Kommission beschloß über die Protestbehauptungen Beweis erheben zu lassen.

Arbeiterrechtsfragen in der Petitionskommission.

Die Petitionskommission des Reichstags verhandelte am 1. Mai über eine Eingabe des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins Sig. Berlin. Die Eingabe fordert die Anwendung der Bestimmungen der Gewerbeordnung Titel VII auf Arbeitgeber, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Gärtnerei- und Gartenbaubetrieben. Ferner sollen landesgesetzliche Bestimmungen über den Dienstvertrag des Gesindes und der ländlichen Arbeiter für das Arbeitspersonal von Gärtnerei- und Gartenbaubetrieben aller Art, d. h. auch solchen, die nicht Erwerbszwecken dienen, außer Kraft gesetzt werden. Endlich sollen die Bestimmungen im § 100b Abs. 1 der Gewerbeordnung — Arbeit an Sonn- und Festtagen — für Gärtnerei- und Gartenbaubetriebe zur Anwendung kommen. Eine Eingabe des deutschnationalen Gärtnerverbandes stellt mit Ausnahme der Bestimmungen über Kinderarbeit und Sonntagsruhe die gleichen Forderungen. Der Verband Deutscher Privatgärtner (Sig. Düsseldorf) fordert, daß . . . die Rechtsverhältnisse und das Lehrlingswesen in den Betrieben der gesamten Gärtnerei einheitlich geregelt wird. Der Regierungsdirektor lehnte eine ausnahmslose Unterstellung der Gärtnereibetriebe deshalb ab — weil eine strenge Unterscheidung zwischen Gärtnereibetrieb und Landwirtschaft nicht zu ziehen ist. Vom Abgeordneten Behrens und vom Genossen Brech wurde für alle Eingaben Ueberweisung zur Berücksichtigung beantragt. Gegen die Gründe, die für diese Anträge angeführt wurden, wandten sich die Zentrumsmänner Ael. Wallendorf, der Nationalliberale Straß und der Fortschrittler Reiter mit den abgedroschenen Redensarten. Der Antrag Ueberweisung auf Berücksichtigung wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen, Fortschrittler und Zentrumsmittglieder abgelehnt. Ueberweisung zur Erwägung wurde beschlossen.

Eine Eingabe der Berliner Fabrikarbeiter und des Zentralrates der Reichsbundarbeiter fordert die Schaffung eines Reichsbundgesetzes auf der Grundlage des achtstündigen Arbeitstages. Vor raschen und heißen Orten 6 Stunden, Grundkontrollen, mit gemeinsamer Wahl, Schaffung leitungsfähiger Anwartschaftsklassen, die Anforderungen der Mitglieder bei Arbeitswechsel sichern. Diese Eingaben wurden nach Begründung durch den Genossen Sachs einstimmig zur Berücksichtigung überwiesen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein Elberfeld-Parzen hielt am 28. März seine Jahresgeneralversammlung ab, in der der Parteisekretär Kohlen den Jahresbericht erstattete. Die Einnahme betrug 40 483,06 M., die Ausgabe 48 700,83 M., der Kassenbestand am 1. April 1914 2782,78 M. An den Parteivorstand wurden 5200 Mark, an das niederheinische Agitationskomitee 3078,08 M., abgeführt. Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. April 1913: 6923, am 1. April 1914: 7522, hat sich somit um 599 erhöht. Von den Mitgliedern sind 1242 weibliche. Die im Januar 1914 stattgefundene Agitation für die monatliche Agitationschrift „Morgenrot“ brachte 1450 neue Abonnenten. „Das Morgenrot“ hatte in Elberfeld-Parzen im März 1913: 10 409, im März 1914: 11 880 Abonnenten. Die „Rote Wende“ brachte der Organisation 1500 neue Mitglieder und der „Freien Presse“ 1000 neue Abonnenten. Dem Parteivorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden die Genossen Dröner, Drescher, Cuihan, Sauerbrey, Bieselhaus, Damm, Hirsch, Hoffmann, Haberland sowie die Genossinnen Großbecker und Hille gewählt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Staatsanwaltschaftlicher Hebereizer.

Während eines Polizeiarbeiterstreiks im Zwickauer Bereiche wurde von unserem dortigen Parteiblatt das Verhalten eines Streikbrechers kritisiert und diesem zum Vorwurf gemacht, daß er sich von den Fabrikanten habe „kaufen“ lassen. Die Staatsanwaltschaft nahm sich den Artikel vor, um dem verantwortlichen Reaktor einen Streik mit Hilfe des § 153 der Gewerbeordnung zu brechen. Als sie die Anglosigkeit ihres Beginns einsah, veranlaßte sie den Fabrikanten, Straf Antrag zu stellen und erhob dann im „öffentlichen Interesse“ Beleidigungsklage; der Arbeitswille hatte die gleiche an ihn gerichtete Aufforderung ausdrücklich abgelehnt. Vor dem Schöffengericht Jwidaun fiel die Staatsanwaltschaft mit ihrer Klage glatt ab. Obwohl nun in dieser Sitzung der als Zeuge geladene, angeblich beleidigte Fabrikant unter Eid erklärte, daß er selbst in dem inkriminierten Artikel keine Beleidigung gegen sich gefunden habe und erst von der Staatsanwaltschaft über das Beleidigende in dem Artikel aufgeklärt und zur Stellung des Straftrages aufgefordert worden sei — obwohl er selbst also gar nicht eine Beleidigung empfunden hatte, legte der Staatsanwalt Berufung ein, um den sozialdemokratischen Richter zu verunsichern zu lassen. Aber auch die Strafkammer hatte kein Verständnis für dieser Prozedur und verwarf die Berufung. Die Kosten muß der Staat bezahlen. Eigentlich sollten die Arrangements dieser Klage dafür in Anspruch genommen werden.

Gerichtliches Nachspiel eines Wahlkampfes.

Bei der im November vorigen Jahres stattgefundenen Landtagswahl in Stuttgart-Land spielte sich der national-liberale Kandidat, Stadtparrer Langarter aus Stuttgart, als das Muster eines sozial verträglichen Politikers auf. Arbeitslosenversicherung, Steuerfreiheit für Einkommen bis 1200 M., Uebernahme der Schullasten auf den Staat und andere Reformen versprach er den Wählern. Von unseren Genossen auf den unüberbrückbaren Widerstand, der zwischen diesen Wahlversprechungen und dem national-liberalen Programm bestche, aufmerksam gemacht, erklärte er das Programm für ein einfaches Stück Papier. Die „Schwäbische Tagwacht“ verurteilte nicht, diesen Politiker festzunehmen. Der Stadtparrer lief zum Stad und das Schöffengericht zu Stuttgart verurteilte den verantwortlichen Reaktor, Genossen Crispian, zu 100 M. Geldstrafe wegen Beleidigung.

Zeugniszwangsverfahren.

Die „Volkswacht“ in Bielefeld brachte im Oktober des vorigen Jahres einen Artikel, worin nach einer Kritik der Behandlung ihrer Anrede die Schritte eines frommen Geschwisterpaars auf einem Kolonat bei Bünde (Westfalen) zur Sprache gebracht wurden. Der verantwortliche und ein anderer Reaktor der „Volkswacht“, der der Verfasserschaft bezichtigt war, wurden wegen Beleidigung angeklagt; doch im Vorverfahren wurde eine Anklage gegen das Geschwisterpaar wegen Blutschande daraus. Als nun der verantwortliche Reaktor, Genosse Dresshage, zum zweitenmal sich weigerte, die Gewährsmänner zu nennen, verhängte am 20. April der Untersuchungsrichter des Landgerichts Bielefeld über ihn eine Geldstrafe von 100 M. oder 10 Tage Haft.

Die Hamburger Polizei gegen ein Reisegebot.

Am Sonnabendvormittag wurden von der politischen Polizei in Hamburg in den Geschäftsräumen des „Hamburger Echo“ die noch vorhandenen Nummern des „Hamburger Echo“ vom 1. Mai beschlagnahmt. Inkriminiert ist nach Mitteilung der Polizeibeamten das an der Spitze des Hauptblattes stehende Gebot „Wagt es nur!“ von Karl Petersen, und zwar wird darin ein Vergehen gegen § 180 des Strafgesetzbuches gesehen.

Letzte Nachrichten.

Unruhen im portugiesischen Kongogebiet.

Lissabon, 2. Mai. Im portugiesischen Kongogebiet sind infolge von Steuererhöhungen Unruhen ausgebrochen. Truppen schlugen und bezwangen die Rebellen. Die Ruhe ist zum Teil bereits wieder hergestellt.

Die Streikunruhen in Colorado.

Washington, 2. Mai. Kriegsfeldtruppen sind nach einer Besprechung mit dem Präsidenten Wilson Befehl gegeben, die Zahl der Bundestruppen im Streikrevier von Colorado zu vervierfachen. Der Kriegsfeldtruppen erließ ferner einen Aufruf, durch welchen die Niederlegung der Waffen gefordert wird.

Washington, 2. Mai. Die Streikenden in der Umgebung von Wolfenbürgel haben sich bereit erklärt, die Waffen auszuliefern.

Rom, 2. Mai. Die „Agenzia Stefani“ erfährt aus Washington, die Bundesregierung habe sehr wenig Nachrichten über den Streik und die Arbeitskämpfe in Colorado, da dafür nur die Regierung des Staates Colorado zuständig sei. Die Bundesregierung habe sich darauf beschränkt, auf Witten des Staatsgouverneurs von Colorado Truppen und zwei Kommande als Vermittler zwischen den amerikanischen Arbeitern und den Bergwerksbesitzern zu entsenden. Die Bundesregierung in Washington wisse nichts über die Zahl und die Staatsangehörigkeit der Toten und Verwundeten. Unter den Opfern des Kampfes befanden sich außer Amerikanern auch österreichisch-ungarische und griechische Amerikaner; an Italienern fielen zwei Männer, eine Frau und fünf Kinder getötet sein. Der griechische Geschäftsträger habe bereits eine Protestnote an das Staatsdepartement gerichtet.



Hübscher Seiden-Mantel
aus dem weich angedrückten Mohair-Eolenne in schwarz und farbig. — Der typische Sommer-paletot. Der schöne gelegte Schal mit grosses Rosette und eleganter Schleife wirkt sehr elegant, wie der capuchonartige Kragen. Beachten Sie auch den modernen Volsant-Schnitt

26.00

Ein sehr praktischer Alltags-Paletot aus guter Popeline-Were. Ein hübscher farbiger Seidenkragen und ein sehr elegant geschnittener Schal zieren ihn. Reglanärmel sorgen für bequemes Herumschleppen. Ein Rückenvolant durch eine gelegte Passe abgegrenzt wirkt sehr sport

17.25

Alles Steife ist diesem schönen Alpaka - Paletot genommen, und durch eine weiche, bing-same Linie ersetzt. Dies erreicht vor allem der praktische Doppelvolant nach Cutaway-Art, der elegante Halbklimonon-Schnitt und ein entzückender geleger Seidenschal mit Rosette und Schleife

19.50

Das non plus ultra der Leistungsfähigkeit! Ein farb. Kostüm aus whipplecord-artigen prima Gewebe, vorzüglich verarbeitet, tadellos sitzend, mit hübschem farbigen Kragen, Blusenfassung und Halbklimonon-Aermeln. Gerade-zu bestehend, mit seinen vielen Reizen. Nur

12.75

Für die elegante Dame ist dieses reiche Coté-Kostüm besonders vorteilhaft. Es ist in blauen und anderen schönen Farben elegant verarbeitet und macht eine besonders gute Figur. Streng modern mit Blusenfassung, Halbklimonon-Aermeln und Tunika. Auf Seide

39.00

Auch dieses Coté-Kostüm wird Ihnen Beifall finden und Sie gut kleiden. Besonders hervorzuheben sind hier der schöne bunte Kragen, der elegante Stoffschal und der aparte Gürtelschluss. Der beliebte Kimononchnitt u. eine schöne Tunika erhöhen seinen Reiz. Auf Gelbe

24.50

Paletots

Es wird Ihnen und Ihren Bekannten direkt Freude bereiten, die fast endlosen Variationen zu mustern, die wir in dieser typischen Hochsommer-Kleidung bringen. Die von der Mode begünstigte Verschiedenheit der Linie, die entzückende Mannigfaltigkeit in Stoffen und Farben haben wir voll und ganz ausgenutzt und unsere niedrigen Preise werden ein Uebrigtes tun, um Sie zufrieden zu stellen.

Königstrasse 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Kostüme

Die obigen drei Beispiele können Ihnen natürlich kein annähernd umfassendes Bild geben von dem, was wir Ihnen hierin zu bieten imstande sind. Aber das eine wird Ihnen Ihre Erfahrung doch sagen: Dass wir auf der Höhe der Zeit und ihrer Forderung sind, und dass wir ausgesucht gute Qualitäten, und raffiniert schicke Fassons zu Preisen bringen, die das Herz einer jeden rechnenden Frau lachen machen müssen. Alles was Mode und Geschmack verlangen, vereint sich in unseren Kostümen, und umsomehr werden unsere Preise auch Ihnen höchste Verwunderung abringen.

Chausseestr. 113
beim Stettiner Bahnhof



Sonntags geschlossen!

Sonntags geschlossen!

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Die 300 Millionen-Bank.

Durch die Angliederung des Schaaffhausenschen Bankvereins gelangt die Diskontogesellschaft nach der Höhe des Aktienkapitals an die Spitze aller deutschen Banken. Künftig wird die Diskontogesellschaft über ein Aktienkapital von 300 Millionen Mark verfügen. Ihr folgt die Deutsche Bank mit 250 Millionen, die Dresdner Bank mit 200 Millionen, die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) mit 190 Millionen, die Berliner Handelsgesellschaft und die Allgemeine Deutsche Kreditbank (Leipzig) mit je 110 Millionen, die neue Schaaffhausen u. G. mit 100 Millionen. Trotzdem ist die Diskontogesellschaft noch nicht die größte deutsche Bank geworden. Für die Abschätzung des Größenverhältnisses zweier Unternehmen muß die gesamte finanzielle Basis miteinbezogen werden. Aktienkapital und offene Reserven zusammen betragen nun bei der Deutschen Bank 425 Millionen, während die Diskontogesellschaft künftig über 500 Millionen Aktienkapital und 120 Millionen offene Reserven verfügen wird. Die Differenz zwischen Deutscher Bank und Diskontogesellschaft besteht also noch, wenn sie sich auch gegen das Vorjahr stark verringert hat (im Jahre 1913 besaß die Deutsche Bank 315 Millionen, die Diskonto 281,3 Millionen Aktien- und Reservenkapital).

Dieser Vergleich bedeutet mehr als bloße Zahlenpieler. Denn in ihm drückt sich die Tatsache aus, daß auch innerhalb der genannten sechs größten deutschen Banken (denen man ein weiteres halbes Duzend Bankinstitute im Besitze von je 90 bis 60 Millionen Mark Aktienkapital anfügen könnte) der Konzentrationsprozeß gewaltige Fortschritte macht. Schon im Jahre 1912 beherrschten nach dem „Deutschen Oekonomisten“ die drei Großbanken: Deutsche Bank, Diskontogesellschaft und Dresdner Bank 61 Proz. des gesamten Bankkapitals. Heute ist ihr Anteil an der deutschen Kapitalmacht noch größer. Die Herabdrückung der früher selbständigen und zugleich ältesten deutschen Kreditbank, des Schaaffhausenschen Bankvereins, zu einer Tochterbank der Diskontogesellschaft wird dieses Verhältnis am härtesten verschoben haben. Diese zunehmende Konzentration, die jetzt schon Großbanken selbst erfährt, muß aber notwendig zu einer Verschärfung des Konkurrenzkampfes unter den festgelegten Riesenunternehmen führen. Der Weitauf unter den Kräftigen wird dabei wieder neue Angliederungen kleinerer und mittlerer Banken zur Folge haben. So ist die Kapitalvermehrung der Diskontogesellschaft von 225 auf 300 Millionen und die Aufnahme des Schaaffhausenschen Bankvereins sicher nur die Einleitung zu mehr oder weniger nahe bevorstehenden Kapitalvermehrungen und Fusionen der anderen Großbanken, wie ja auch der Schritt der Diskontogesellschaft zum Teil auf die Verästelung der Vergleichs-Märkischen Bank in Eberfeld mit der Deutschen Bank und auf die Kapitalerhöhung der letzteren von 200 auf 250 Millionen zurückzuführen ist. Schon jetzt wird angekündigt, daß die Dresdner Bank, die für den Weitauf am ehesten in Frage kommt, an eine Verschmelzung mit der Rheinischen Bank in Essen und der Märkischen Bank in Bochum denkt.

Die Form der Fusion ist einigermaßen umständlich und bedarf daher der besonderen Begründung. Wie erinnerlich, gründet die Diskontogesellschaft eine neue Schaaffhausensche Bank Aktiengesellschaft in Köln mit einem Aktienkapital von 100 Millionen und offenen Reserven von 10 Millionen. Der alte Bankverein besitzt 145 Millionen Kapital und 25 Millionen Reserven. Sämtliche Aktien der neuen Gesellschaft behält die Diskonto — wenigstens zunächst — in ihrem Besitze. An die neue Schaaffhausensche Bank geht der gesamte Besitz des alten Bankvereins über; nur das Berliner Geschäft von Schaaffhausen wird von Diskonto direkt übernommen. Die Aktionäre vom Schaaffhausenschen Bankverein erhalten für ihre alten Aktien neue Anteile der Diskonto, nicht etwa Aktien des neuen Schaaffhausens. Einmal wäre natürlich ein bössiges Aufgeben von Schaaffhausen in der Diskontogesellschaft gewesen. Beide Gesellschaften hätten dabei die Gründungskosten (Stempel usw.) in Höhe von 15—17 Millionen Mark gespart. Auch hätte dann die Diskonto im Zukunft ihre Gewinne nur einmal (in Berlin) zu besteuern brauchen, während die gewählte Form der Verschmelzung eine Doppelbesteuerung (Diskonto in Berlin und Schaaffhausen in Köln) der im Grunde gleichen Gewinne zur Folge hat. Wenn trotz dieser Nachteile die Diskonto eine formelle Neugründung vornimmt, so geschieht das, um dem Partikularismus der rheinisch-westfälischen Kapitalistenkreise entgegenzukommen. Der Name Schaaffhausenscher Bankverein, der als Aktiengesellschaft schon seit 1848 existiert, hat in Westdeutschland einen so vertrauten Klang, daß die Leitung der Diskonto nicht auf ihn verzichten möchte. Auch hat die Diskonto wohl aus der Tatsache gelernt, daß die Verschmelzung der Vergleichs-Märkischen Bank nebst ihren zahlreichen Filialen mit der Deutschen Bank, unter Aufgabe des Namens der Provinzialbank, in dem rheinischen Gebiet auf Protest gestoßen ist. Nicht zuletzt wird auch bei der Diskonto die Erwägung mitgespielt haben, Schaaffhausen vorläufig eine gewisse organisatorische Selbstständigkeit zu lassen, um die Schwierigkeiten einer zentralen Leitung von Berlin aus zum Teil zu verringern.

Jedenfalls ist die Form der Angliederung durchaus kein Beweis dafür, daß die Diskontogesellschaft nicht nach Rheinland-Westfalen gehen mußte, wie ein großes bürgerliches Blatt urteilt. Daß durch die gewählte Form keine Spesen gespart werden oder durch die Angliederung nicht mit Sicherheit eine Dividendenhöhung zu erwarten ist, ist noch kein Beweis gegen die ökonomische Notwendigkeit der Fusion. Selbst vom reinen Aktionärsstandpunkt aus liegt ein Grund für die Angliederung vor: Die Aktionäre von Schaaffhausen, denen für das laufende und die nächsten Jahre höchstens eine Dividende von 8 Proz. winkt, erhalten für 1914 bereits 4 Proz., in den weiteren Jahren aber etwa 10 Proz. (so viel schüttete die Diskonto in den letzten Jahren aus). Die Notwendigkeit der Fusion für den Schaaffhausenschen Bankverein liegt weiter darin, daß die Bank mit der verstärkten Konkurrenz von der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft und der Dresdner Bank rechnen mußte. Dem unsicheren Ausgang des Kampfes beugt Schaaffhausen dadurch vor, daß er sich zu recht günstigen Bedingungen jetzt freiwillig unterwirft.

Aber von den Interessen Schaaffhausens an der Fusion abgesehen, auch für die Diskontogesellschaft lag eine Notwendigkeit vor. Die Fusion bedeutet für sie einen plötzlichen, kräftigen Vorstoß in eine Zentrale des deutschen Wirtschaftslebens, in Rheinland-Westfalen. Die Bedeutung des westdeutschen Industriegebietes für eine Großbank liegt so offensichtlich, daß sie Industriebezugs bedarf. Der Beziehungen zur Großindustrie unterläßt, nimmt an deren Gewinnen teil. Der Besitz von Industrieaktien bringt hohe Dividendeneinnahmen. Die Gewährung des aktiven Kredits (im Kontokorrentverkehr) gewährt bei dem großen Geldbedarf der industriellen Riesenbetriebe hohe Zinsüberschüsse. Die

Beteiligung bei der Beschaffung von dauerndem Kredit für die Industrie (durch Übernahme der Ausgabe von Aktien und langfristigen Schuldverbindungen) verleiht schließlich gewaltige Gründungsgewinne. Am regsten wird die Tätigkeit von Banken natürlich in wirtschaftlich so entwickelten und entwicklungsfähigen Gebieten wie in Rheinland-Westfalen in Anspruch genommen. Nun ist die Diskonto bereits seit langer Zeit dort tätig gewesen. Sie ist die Kreditgeberin für die Gelienkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft; sie steht auch in Beziehungen zur Rhönig-Gesellschaft und zu Deutsch-Lugemburg. Aber ihre Beziehungen in Rheinland-Westfalen sind doch weit weniger umfangreich und eng als die der Deutschen Bank, des Schaaffhausenschen Bankvereins und selbst der Dresdner Bank.

Durch die Angliederung von Schaaffhausen verfügt die Diskonto nun mit einem Schläge über ein weitverzweigtes Netz von Beziehungen zur westdeutschen Industrie. Denn Rheinland-Westfalen ist das eigenste und älteste Arbeitsgebiet von Schaaffhausen; erst 1892 errißte der 1845 in Köln gegründete Bankverein eine Zweigniederlassung in Berlin. Etwa zehn Zweigniederlassungen mit ebenso vielen Depositionskassen besitzt Schaaffhausen im Rheinland. Eine Tochtergesellschaft des Bankvereins, die Westfälisch-Rippische Vereinsbank in Siefeld, verfügt über weitere sieben Niederlassungen in Westdeutschland. Daneben beherrscht Schaaffhausen auch noch die Mittelrheinische Bank in Koblenz mit 4 Filialen. Die Übernahme dieser Bankstellen und Bankbeziehungen bringt der Diskontogesellschaft einen gewaltigen Machtzuwachs. Eine Reihe der größten Industrieunternehmen geraten damit unter ihren Einfluß, so Kumpen-Hütte, die Vereinigten Stahlwerke Burbach-Eich-Dübelingen, Stahlwerke von der Zypen und Wessener Hütten, Köln-Reuschener Bergwerksverein, die Gieseler-Friese, Hermann und zahlreiche kleinere Unternehmen. Zu Rhönig und Deutsch-Lugemburg festigen sich die Beziehungen.

Das Hineinbringen der Diskontogesellschaft in Rheinland-Westfalen wird zugleich mit Veränderungen in der industriellen Struktur jenes Gebietes verbunden sein. Das Bankinteresse an möglichst gleichmäßigen Einnahmen drängt zur Monopolisierung der von den Banken finanzierten Industrien. Denn erst die Kartelle und Syndikate sichern den Aktionären der beteiligten Unternehmen eine Rente, die von den Konjunkturschwankungen relativ wenig berührt wird. So sind es denn gerade die Großbanken gewesen, die durch ihren Druck auf einzelne Unternehmen die Kartelle der deutschen Schwerindustrie gefördert haben. Am Kohlenhandels ist vornehmlich die Diskontogesellschaft und die Deutsche Bank interessiert, und der Stahlwerksverband kam nur auf Betreiben von Schaaffhausen zustande. Durch die Übernahme von Schaaffhausen verstärkt sich der Einfluß der Diskontogesellschaft auch in der Eisenindustrie. Das ist um so bedeutender, als die Syndizierung der Eisenindustrie durchbrochen worden ist. Vor zwei Jahren wurde zwar der Stahlwerksverband erneuert; aber nur die A-Produkte (Halbzug, Eisenbahnmaterial, Formeisen) nicht mehr als B-Produkte (Stabeisen, Bleche, Walzdraht, Röhren) wurden von dem Syndikatsvertrage erfasst. Die kapitalkräftigere Diskontogesellschaft verfügt über härtere Zwangsmittel als Schaaffhausen, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß durch die Fusion Diskonto-Schaaffhausen die Monopolisierung der Eisenindustrie ihrem Ziele näher geführt werden wird als bisher; zumal auch die sonstigen Bedingungen (z. B. durch die Vollendung der Erweiterungsarbeiten der großen gemischten Werke) günstiger liegen als vor zwei bis drei Jahren. Eine Wirkung der Bankfusion werden also auch die Konsumenten durch Erhöhung der Eisenpreise zu spüren bekommen.

Wegen der Beziehungen zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat wohl die Diskontogesellschaft hauptsächlich die Fusion abgesehen. Denn nach Westdeutschland richten sich die Wünsche aller Großbanken. Die Deutsche Bank nahm dort zu Anfang dieses Jahres die Vergleichs-Märkische Bank (Eberfeld) auf, und die Dresdner Bank beabsichtigt die Angliederung der bereits genannten Tochterbanken in Essen und Bochum. Die Diskontogesellschaft hat jetzt vor beiden Konkurrentinnen einen Vorsprung gewonnen, der nicht so leicht nachzuholen ist. Lag bisher der Schwerpunkt des Geschäftes der Diskonto im Süddeutschland, in Königreich und Provinz Sachsen und im Auslande (besonders Südamerika), so verchiebt er sich jetzt nach Westdeutschland.

Mit der Übernahme von Schaaffhausen erweitert sich der Geschäftskreis der Diskontogesellschaft zugleich auf Petroleum- und Kalibergwerksunternehmen. Durch die Internationale Bohrergesellschaft in Erlangen, einer Tochtergesellschaft von Schaaffhausen, verstärkt die Diskonto ihre Beziehungen zur rumänischen Petroleumindustrie, an der sie schon heute interessiert ist. Sollte das Petroleummonopol zustande kommen, so würden sich die Aussichten für diesen an sich schon wertvollen Besitz noch steigern, wenn auch die Diskonto zu dem Segnern des Monopols gehört. Die Übernahme der Kaliinteressen Schaaffhausens wird der Diskonto ebenfalls nur Vorteile bringen. Die durch die zahlreichen Kalibergwerks-Neugründungen hervorgerufene Entwertung der Anteile von Kaliunternehmen ist schon durch Schaaffhausen abgefedert worden.

Nicht zu unterschätzen ist es auch, daß die Diskonto durch Schaaffhausen in Beziehungen zu dem Robert-Dynami-Truist tritt. Dadurch gewinnt sie Einfluß auf die Köln-Rottweiler Pulverfabriken und mittelbar auch auf die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken d. B. auf die deutsche Rüstungsindustrie.

Schließlich übernimmt Diskonto von Schaaffhausen auch noch Beteiligungen an Berliner Bau- und Terrainmarkt. Derartige Geschäfte, die selbst die Deutsche Bank empfindlich in Mitteleuropa zogen und auf die zum guten Teil der Niedergang des Schaaffhausenschen Bankvereins zurückzuführen ist, stand die Diskonto bisher völlig fern. Trotzdem ist das Risiko auch hier für die Diskonto gering. Schaaffhausen hat diesen Kosten seines Besitzes stark abgeschrieben; weitere Verluste sind daher nicht zu erwarten. Gerade jetzt treten ja auch die ersten Anzeichen einer Besserung am Baumarkt auf.

Alles in allem, die Übernahme des Schaaffhausenschen Bankvereins geschieht in einem durchaus günstigen Moment. Auch die Art der übernommenen Werte ist so beschaffen, daß für die weitere Entwicklung der Diskonto aller Voraussicht nach daraus nicht nur keine Gefahr, sondern sogar eine bedeutende Machtvermehrung erwachsen wird. Nicht zu unterschätzen ist dabei auch, daß allein 20 Groß-Berliner Depositionskassen von Schaaffhausen direkt in den Besitz der Diskonto übergehen, da ja in Berlin die Firma Schaaffhausen überhaupt verschwinden soll. Auch dieser Machtzuwachs ist bei dem seit Jahren wachsenden Wettlauf der Großbanken um das Geld des sparenden Publikums äußerst wertvoll. Die Geschäftskonten wachsen infolge des Zinsverlustes bei den Großbanken relativ rasch, und die Fusion bedeutet für die Diskonto nach dieser Richtung hin gewisse Ersparnisse.

Die Diskontogesellschaft bietet in ihrer Entwicklung ein Bild von der Konzentration im deutschen Wirtschaftsleben. Einige Jahre nach ihrer Gründung besaß sie ein Kapital von 30 Millionen Mark (im Jahre 1856). Erhielt sie ihr Aktienkapital vergrößert. Damals betrug der Bestand an Wechseln etwa drei Millionen Mark, Ende 1913 dagegen 257 Millionen Mark. Die Debitoren (Dritten eingeräumter Kredit) beliefen sich im Jahre 1855 auf rund 5 Millionen, Ende 1913 auf 301 Millionen. An Verwaltungskosten wurden damals rund 50 000 Mark berechnet, im Jahre 1913 verschlangen sie 31 Millionen Mark. Der Wechselverkehr betrug im Jahre 1855 rund 50 Millionen, im Jahre 1913 aber 6,40 Milliarden. Gerade diese Zahlen weisen auf den gewaltigen Aufschwung nicht nur des Bankverkehrs, sondern des Warenverkehrs im deutschen Wirtschaftsleben überhaupt.

Da nicht abzusehen ist, daß dieser Konzentrationsprozeß zum Stillstand gelangt, rückt die Fusion Schaaffhausen-Diskonto die Gefahr eines deutschen Banken-Trusts nahe. Die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft und die wenigen anderen Großbanken bilden schon jetzt zur Übernahme großer Geschäfte Gruppen. Die Ausschaltung einiger jetzt noch selbständiger Banken bahnt den Weg für die bösliche Verdrängung der Riesenbanken, denen dann Industrie und Handel, Staat und Gesellschaft in noch viel ausgedehnterem Maße ausgeliefert sein werden, als es schon heute der Fall ist.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Die Hugenotten. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Montag: Lehengrin. (Anfang 7 Uhr.) Dienstag: Samson und Dalila.
 Mittwoch: Freischütz. Donnerstag: Tamara. Freitag: Die lustigen Weiber von Windsor. Sonnabend: Die Jägerskäte. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Sonntag: Die Weistinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Sonntag: Die Venus mit dem Papagei. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Der Günstling. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Dienstag: Der Störenfried. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Mittwoch: Der Günstling. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Donnerstag: Die Venus mit dem Papagei. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Freitag: Der Günstling. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend: Die Jungfrau von Orléans. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Sonntag: Der Günstling. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
 Montag: Der Störenfried. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Deutsches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kammeroper. Sonntag, Dienstag: Freiheit. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Sob. Freitag: Die Schilddrüsen. (Anfang 8 Uhr.)

Volkstheater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Vestrisches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kommeroper. Sonntag, Dienstag: Freiheit. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Sob. Freitag: Die Schilddrüsen. (Anfang 8 Uhr.)

Volkstheater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Vestrisches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kommeroper. Sonntag, Dienstag: Freiheit. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Sob. Freitag: Die Schilddrüsen. (Anfang 8 Uhr.)

Volkstheater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Vestrisches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kommeroper. Sonntag, Dienstag: Freiheit. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Sob. Freitag: Die Schilddrüsen. (Anfang 8 Uhr.)

Volkstheater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Vestrisches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kommeroper. Sonntag, Dienstag: Freiheit. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Sob. Freitag: Die Schilddrüsen. (Anfang 8 Uhr.)

Volkstheater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Vestrisches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kommeroper. Sonntag, Dienstag: Freiheit. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Sob. Freitag: Die Schilddrüsen. (Anfang 8 Uhr.)

Volkstheater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Vestrisches Theater. Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag und Montag: Was ihr wollt. Dienstag: Ein Sommerstraßentanz.
 Donnerstag: Der Kaufmann von Bengel. Sonnabend: König Lear. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Kommeroper. Sonntag, Dienstag: Freiheit. Montag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag und Montag: Der Sob. Freitag: Die Schilddrüsen. (Anfang 8 Uhr.)

Unsern lieben Genossen
und unserer lieben Genossen
Max und Henriette
Torgler
zu ihrer heutigen Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Funktionäre der 3. Abt. des
dritten Kreises.

Enthaarung!!
Gesichtshaare und alle hässlichen
Körperhaare vernichtet sofort
schmerzlos und radikal „Depilator“
durch Absterben der Wurzeln all-
mählich u. für immer. Garantiert un-
schädlich! 2 M. Für stark Wachs 3 M.
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Spezialarzt
f. Haut-, Gatt-, Frauenleiden,
nerv. Schäche, Steintrakt jeder
Art, Ehrlich'sche Gata - Kur in
Dr. Homeyer'schem Laborat. f.
Blut-
untersuchung, Baden i. Sauerbrun-
nen, gegenüber
Friedrichstr. 81, Panoptikum
Str. 10-2, 5-9, Sonnt. 11-2.
Konsult. mäßig, auch Teilnachts-
Separates Damenzimmer.

10 Mark
monatliche Teilzahlung liefert elegante
Herren- und Damenkleidung nach Maß,
eigenes Stofflager. Per Kasse Kreditvermittlung
J. Tomporowski, Schneidermeister,
jeit SW 47, Treibbühlerstr. 47, an der
Bellefleurbrücke u. Tempelhofer Feld.
Für Wunsch komme ich mit Muster.

Wochenraten!
Monatsraten!
Kostüme, Mäntel, Röcke
nach Maß ohne Preisermäßigung
auf Wochen- und Monatsraten
direkt aus der Schneiderwerk-
statt. - Adresse: Postlager-
karte 155, Postamt 54.
Vortraterbesuch unverbind-
lich, auch Vororte.

Stoppdecken
größte Auswahl, billigste,
auch Aufarbeiten alter
Stoppdecken.
Bernhard Strohmandel,
Fabrik Berlin, Wallstr. 72.

Billige Parzellen!
direkt am Bahnhof, weltlicher Ver-
kauf, zum Bau von Eigenheimen
besonders geeignet. Keine An-
zahlung. Geringe jährliche Teil-
zahlung. Guter Boden. Bau-
parzellen a. 2000 R. inkl. Strohm-
pflaster, Prospekt, Bläne u. kosten-
los. Schreiben Sie sofort, da nie
wiederkehrende Gelegenheiten.
M. F. Buchholz, Berlin NO,
Sniprodstr. 19, 1301322

Achtung! Streik in zwei Großbäckereien! Achtung!
Die Firma **Oskar Hanke** legt Wert darauf, das
größte Publikum darauf hinzuweisen, daß zwischen ihr und der Arbeiter-
schaft **keine Differenzen** bestehen. Anders wie dies gern be-
stätigen, weisen wir gleichfalls darauf hin, daß auch mit der Firma
Paul Hanke und **Fritz Hanke** jetzt
keine Differenzen bestehen.
Gesperret
für Organisierte ist nur die
Firma Hanke & Co. Inhaber O. Weidner
mit folgenden Geschäften:
Häckerstr. 100, Griefenauerstr. 60, Rigauer Str. 79,
Kasselerstr. 5, Süßbudenstr. 71, Rigauer Str. 104,
Hörsingstr. 24, Kappelerstr. 21, Schulender Str. 29,
Häckerstr. 33, Kappelerstr. 45, Schulender Str. 2,
Brunnenstr. 110, Markgrafenbäum 35, Sparstr. 20,
Brüßler Str. 53, Mariannenstr. 7, Labovstr. 15,
Capitolstr. 25, Remeler Str. 18, Tschirstr. 23,
Göbinger Str. 50, Remeler Str. 48a, Beangelstr. 75,
Göbinger Str. 79, Müllerstr. 144, Joffener Str. 2,
Friedrichstr. 45, Ranschberger Str. 6, Schönberg:
Rehmstr. 19, Cypeler Str. 28, Apostel-Bauhaus-Str. 6,
Kantnerstr. 29/30, Pantstr. 68-69, Kolonnenstr. 4,
Arndtstr. 4, Bettendorferstr. 5, Götterstr. 25-26,
Gerichtstr. 79, Reichenberger Str. 114, Gustav-Freytag-Str. 9.

Außer dieser Firma ist selbstständig auch die Firma
Eduard Goldacker
für alle Organisierte gesperrt.
Die Verkaufsstellen der Firma **Goldacker** sind:
Kuhreuthstr. 66, Invalidenstr. 157, Wilmshofer Str. 15
Kantnerstr. 4, Kottbuserallee 35, (Roabit),
Hilse-Schönhauser Str. 33, Rindstr. 1 (Roabit),
Bahrstr. 38a, Rodenstr. 75, Schönberg:
Brunnenstr. 120, Königberger Str. 1, Goltstr. 31,
Danziger Str. 4, Kottbuser Damm 12a, Charlottenburg:
Ziesener Str. 6, Müllerstr. 156, Berliner Str. 115,
(am Kottbuser Tor), Reinholdstr. 112, Rantke 134b,
11. Kottbuser Str. 18, Schönhauser Allee 70a, Ranschberger Str. 42,
12. Kottbuser Str. 130, Schönhauser Allee 177c, Ullandstr. 6,
Kottbuser Allee 123, Schönhauser Allee 177c, Wilmshofer Str. 44,
Friedrichstr. 247, Lützowstr. 43 (Roabit), Wilmshofer Str. 66.

Hoch die Solidarität!
Der Vertrauensmann der Bäcker und Konditoren
Berlins und Umgegend.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul**
Gross, Lindenstr. 69, Tel. 331.7203

Weit über
1.000.000 Siegelringe
und andere Gegenstände unseres Katalogs aus echt 12kar. Goldfillet mit
5-jähriger schriftlicher Garantie haben wir seit Bestehen unserer Firma in
London Paris und Berlin nach allen Teilen der Welt zum Versand gebracht.
Ueber 65% aller täglich bei uns eingehenden Aufträge sind Nachbestel-
lungen, und fast jede Nachbestellung ist gleichzeitig eine Anerkennung.
Dies ist der beste Beweis
für die hervorragende Qualität unserer bekannten Fabrikate. Um nun
unsere Siegelringe auch in Deutschland immer mehr einzuführen geben
wir den oben abgebildeten Siegelring mit Monogramm von 2 Buchstaben
(Handgraver) gegen Voreinsendung dieser Annonce bis 31.3.14,
statt M. 1.25 reklamehalber für 90 Pf.
ab, wenn Sie uns diesen Betrag in Briefmarken oder per P.A. zugleich mit
dem Fingermaß einschicken. (Auf Wunsch auch Nachnahme.) Bestellen Sie
sicher, und Sie werden ebenso zufrieden sein, wie unsere bisherigen Kunden.
Neuer Katalog von 1914 nebst neuer Ringmasskarte vollkommen kostenlos
Sims & Mayer, London, Paris, Berlin 107.
Der Detail-Verkauf befindet sich nur noch in unseren Bureauzimmern
Berlin 107, Charlottenstr. 73, 1. Etage. (Geschäftszeit 12-6).

Kaulsdorf Tausende befreit
Bandwurm
mit Kopf, Spul u. Made wärmer!
beseitigt meist binnen 2 Stunden
leicht und vollständig gefahrlos
ohne Beeinträchtigung des voll-
kommen unbeschädlichen natürlichen
Reichel's B adwu mittel
Keine unangenehmen Nachwirkungen,
keine Hungerkur, nicht angriffl. u. ohne
Nachteil, auch wenn Bandwurm nur
vermehrt wird. Einfachst Anwendung.
Für Erwachsene 2., Kind. (Altersang 14,25).
Ab. echt in Marke „Medico“ u. Namen
Otto Reichel, Berlin 43 Eisenbahnstr. 4
Wo in Drogerien nicht erh. ist dank Zus.

Konfektion
Paletots von schwa. Tuch- und 20 M.
Kammgarneisen von an
Paletots von engl. Stoffen v. 15 M.
Kostüme reiche Aus-
wahl in engl. Stoffen, Kamm-
garn und Tuch. v. 18 M.
Kostüm - Röcke 4.50
größte Auswahl von an
Alpaka-Mäntel - 12 M.
Wasserd. Stoffmäntel - 18 M.
C. PELZ
Kottbuser Strasse 6

Andreas-Festsäle
Telephon: 3520. **Andreasstr. 21.** Telephon: 3520.
Empfehle meinen
großen Saal bis 800 Personen fassend
den gerichten Vereinen und Gewerkschaften zu allen Festlichkeiten
und Versammlungen.
Kleiner Saal bis 180 Personen zur nächsten Saison
noch Sonnabende und Sonntage frei.
F. Scholz.

Belmonte
a. Co., Juweliers
Reizende Geschenke, Juwelen,
Uhren, Gold- und Silberwaren
in bekannter Freiswürdigkeit
Leipzigerstr. 91
u. Köpenickerstr. 45.

Bootswerft Paul Steinbock, Friedrichshagen, Friedrichstr. 6
empfiehlt sich den werthen Arbeiter-Sportgenossen zum Bau von modernen
Segel- und Ruderbooten sowie Motorbootkörpern jeder Art nach eigenen
und gelieferten Zeichnungen. - Gebrauchte Boote stehen zum Verkauf.

**Steckenpferd-
Seife**
die beste Lilienmilchseife
für zarte weiße Haut

Möbel-Angebot.
Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zinsver-
gütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Raten-
zahlungen. Anfragen: Post-arte 806, Postamt 27.
Keine Kasseleren. Größte Katalog.

METZNER

Kinderwagen-Walthaus
Metall-Bettstellen
Kinder- und Rohr-
Möbel • Korb-
waren Ruhestühle
Puppenwagen Alle
Kinderfahrzeuge c.c.
Größte Auswahl Berlins
Andreasstr. 23 And e arplatz
Brunnenstr. 95 • Beusselstr. 67
Leipziger Str 54, Neukölln, Bergstr. 133
Spandau, Charlottenstr. 24a

Nervöse Erscheinungen
werden oft durch Ermüdung des Körpers her-
vorgehoben. Absätze Continental machen Ihren
Gang leicht und elastisch und verhindern vor-
zeitiges Ermüden. Verlangen Sie aber ausdrücklich
von Ihrem Schuhmacher die enorm haltbaren
Continental-Absätze.

Genossenschaft Berl. Bandagisten
80 10, Köpenicker Str. 98 b
zwischen Neander- und Neue Jakobstraße)
Gegr. am 1. Juli 1907 von organisierten Bandagisten - Gehilfen.
Bruchbandagen, Leibbinden, Plattfußeinlagen, Gummiwaren,
Artikel zur Krankenpflege u. dergl.
::: Lieferung aller Krankenkassen Berlins und Vororte. :::
des Verbandes der Hausarztvereine und der Konsum-Genossen-
schaft Berlin und Umgegend. 104/9*
Eigene Werkstatt. Fachgemäße Bedienung.
Für Damen weibliche Bedienung.

Kartoffel-Floden
sind gedämpfte, getrockn. Rohkartoffeln,
bestes Futter für Geflügel, Klein- u.
Großvieh, von 1/2 Str. ab Frankfurt
a. O. gegen Nachnahme liefern billigst.
Hark & Meißner, Frankfurt a. O.*

Damen sparen Geld!
Engros- „Einzel-Verkauf“ Export-
La-or T.-er
Unter 15 Mark
Blusen-
Kostüm.
Uster 6
Stammkästel
Kindermäntel
Sport-Paletots
Sport-Paletots
Popeline-Mäntel
Kimonos
Kostüme auf Seide 12
Alpaka-Mäntel
Wolles-Blusen
Wolles-Blusen
Kostüme 9
Sport-Paletots
Popeline-Mäntel
Kimonos
Kostüme 15
Sport-Paletots
Popeline-Mäntel
Kimonos
Kostüme
Hochelegante Modelle - Kostüme u. Mäntel,
Tuch, Seidene, Etamine und Mohr
bedeuten unter Herstellungspreis.
Spezialität: Extraweiten für starke Damen.
Max Moscz tz, Berlin C, Landsberger Str. 59, eine Treppe,
Einzel-Verkauf nur in der 1. Etage.
Achtung: In Ihren eigenen Interessen auf die 1. Etage.

**Vareinhaus Bernhard Schwarz (über
Wallstr. 13 (Spindlerhof)**
Gardinen
und einschlägiges: Portieren, Säuser, Teppiche etc.
groß u. detail
Extra-Werkstatt für Polster-Möbel.

ORIGINAL SINGER
"66"
die Nähmaschine des
20. Jahrhunderts.
Neue Spezial-Apparate für
den Hausgebrauch.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Reichel's Echter „Medico“
Wachholder-Extract**
das beste natürliche
Blutreinigungsmittel
(täglich verordnet)
zur erfolgreichen Frühjahrskur gegen alle von
unreinem Blut und Blutverunreinigung herrührenden Krankheiten,
Gicht, Rheuma, Morrhöden, besonders bei Rheumatismus,
Nervenreizen, Harn-, Hosen u. Frauenleiden, Beschwerden,
auch vorzüglich für Diätarme u. Reichliche.
Die stärkenden Eigenschaften besitzen die wertvollen Wachholder-
Rinde u. in Extraktform, garantiert rein und ist nur in meinen Original-
packungen mit Marke „Medico“ und meiner Firma 25, 1.50, 2.50 und für
einen Gebrauch eine Kanne (nicht verteilbar) 2, 6.-.
In Drogerien u. Apotheken erhältlich, wo nicht, wende man sich an
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Die able über auf „Reichel's Echter „Medico“ und meine Nachforschungen.

